

Preussische Allgemeine



Nr. 33 · 18. August 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Supermacht Indien?

Warum die Welt vor einem „indischen Jahrhundert“ stehen könnte – und welche Probleme das einwohnerreichste Land der Erde trotz seines Booms zu bewältigen hat Seite 2



Reportage Streifzüge durch das sommerliche Jerusalem Seite 3



Denkmal Mitten im Krieg ehrt Russland einen deutschen Fürsten Seite 23

VON REINHARD MOHR

POLITIK

Der Bundeskanzler und das Prinzip des „Scholzismo“

Mit der Vermeidung klarer Positionen und dem Ausweichen vor kritischen Fragen hat Olaf Scholz seinen Regierungsstil gefunden. Den Schaden trägt das Land

Theo Koll ist ein alter Fernsehase des ZDF, den nichts so leicht aus der Ruhe bringt. Doch beim „Sommerinterview“ mit Olaf Scholz am vergangenen Sonntag musste selbst er offensichtlich ein paar Mal an sich halten, um es beim ungläubigen „Aber Herr Bundeskanzler, die Zahlen sagen etwa anderes ...!“ zu belassen. Der Kanzler hatte wieder einmal sein „schlumpfiges Grinsen“ (Markus Söder) aufgesetzt, um schon mit der Mimik zu signalisieren, dass er sich zu keiner einzigen klaren Aussage hinreißen lassen wird, schon gar nicht dazu, auch nur einen Hauch Selbstkritik zu üben. Nicht einmal zum spektakulär gendergerechten Elend der Männer- wie der Frauenfußballnationalmannschaft wollte er sich äußern.

eine „gute Zukunft für Deutschland“ prophezeit, während an allen Fronten die Alarmstufe Rot ausgerufen wird – ob in der Wirtschaft oder in der Schulbildung, beim Wohnungsbau und der Digitalisierung, wegen Bürokratieirrsinn, Bahnchaos oder der rasant anschwellenden illegalen Migration, die mit dem Kern des deutschen Asylrechts nichts mehr zu tun hat, weil es *de facto* längst zum Einwanderungsrecht geworden ist für alle, die es irgendwie nach Deutschland schaffen.

Diese Form von Verdrängung und Verleugnung der Realität gehört originär zum „Scholzismo“, dem ambitionierten Nachfolgeprojekt des einfachen „Scholzomaten“, der sich zu einer gleichsam buddhistischen Rhetorik-Maschine gemausert hat. Die raffinierte Kommunikationsstrategie besteht darin, Kommunikation zu verweigern – jedenfalls im Sinne eines echten Austauschs. Denn der birgt immer das Risiko der Verunsicherung eigener Positionen – genau den Effekt also, der die europäische Aufklärung vor bald 300 Jahren zum größten Freiheitsprojekt Europas reifen ließ, das am Ende Königreiche stürzte.

glimpfungen, die dann von den großen Medien aufgegriffen werden, weshalb längst professionelle Interview-Coaches dafür sorgen, dass Journalistenfragen fast ausnahmslos mit einem Kurzvortrag über ein Thema eigener Wahl beantwortet werden. Andererseits: Welche substantiellen Gedanken erwartet man von Leuten wie Ricarda Lang oder Kevin Kühnert, die schon in jungen Jahren eine ins wolkige Nichts führende ideologische Suada perfektioniert haben, die mit der Wirklichkeit im Lande nichts zu tun hat?

Womöglich hat ihm sein sensorischer Autopilot angezeigt, dass es zwischen Hansi Flick, Martina Voss-Tecklenburg und ihm schlagende Parallelen gibt, deren Thematisierung das eigene geistig-seelische Immunsystem beeinträchtigen könnte. Und genau das ist auch das Programm des Kanzlers und seiner 19-Prozent-SPD: die Immunisierung gegen Kritik.

Nein, auch dazu und zu den Sorgen der Bevölkerung in den überlasteten Städten und Landkreisen hat Scholz nur die Aufzählung von Kabinettsbeschlüssen parat, kombiniert mit Sätzen aus dem mobilen Phrasenkoffer, die alles auf einen Gesprächston herunterdimmen, mit dem suggeriert wird: „Wir haben’s im Griff, bloß keine Aufregung!“ Und wenn es allzu drängende Fragen gibt, heißt es: „Wir schauen es uns an!“ Wie großzügig. Und wie beruhigend.

Das Motto des Scholzismo aber ist klar: bloß keine Angriffsflächen bieten. Lieber nichts sagen, als etwas Falsches sagen. Oder als etwas Richtiges, das jedoch im Social-Media-Zeitalter umgehend skandalisiert wird. Friedrich Merz hat das mit seinem Wort von den „kleinen Puschas“ schmerzhaft erfahren: Eine zutreffende Beschreibung gerät in die Erregungsmühlen der Moralisierung einer Öffentlichkeit, die es gar nicht mehr gewohnt ist, hart zu streiten, ohne den anderen *a priori* zu diskreditieren.

Vielleicht muss man dem Scholzismo zugutehalten, dass er auch eine Konsequenz der politischen Konstellation ist. Der Kanzler steht deutlich rechts von seiner Partei und Fraktion. Allein die „Zeitenwende“ angesichts des Ukrainekriegs kostete viel Überzeugungskraft gegenüber der mehrheitlich antimilitaristisch-pazifistisch gesinnten SPD. Und dann sind da noch die Grünen, die in Sachen Weltrettung von einem braven Sozialdemokraten wie Scholz nicht zu übertreffen sind. Hinzu kommt die politische Entkernung der Partei von Wehner, Brandt und Schmidt. Was heute der sozialdemokratische Fortschritt sein soll, da alle nur noch vom Klima reden und von Diversität, Nachhaltigkeit und Gendergerechtigkeit in den Farben des Regenbogens, weiß niemand.

Nein, Selbstzweifel kann ein Regierungschef, der ein neues „Wirtschaftswunder“ allein durch den Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien verspricht, von der „hoch erfolgreichen Exportnation Deutschland“ schwärmt und voll auf die „Fachkräftezuwanderung“ setzt, um den massiven Arbeitskräftemangel und die demographische Entwicklung auszugleichen, gar nicht gebrauchen. Auch dass Experten dies alles als unrealistisches Szenario betrachten, spielt keine Rolle.

Verleugnung der Realität

Konfrontiert mit einer Umfrage, der zufolge fast drei Viertel der Bevölkerung den Eindruck haben, Scholz antwortete nicht auf Fragen, die ihm gestellt werden, und zeige im Übrigen keine Durchsetzungskraft, bestreitet er schlicht das Ergebnis der Erhebung. Das kann einfach nicht sein, das sagt schon das unerschütterliche Selbstbewusstsein des Kanzlers.

Was immer man über die Politikergeneration von Willy Brandt bis Helmut Kohl sonst noch sagen mag: Auch nach den schärfsten Wortgefechten im Bundestag trank man in der Kantine ein Bier zusammen. Heute dagegen dominiert die Angst vor „Shitstorms“, vor persönlichen Verun-

So ist der Scholzismo auch der Versuch, von dieser Blöße abzulenken. Also Augen zu und schlumpfig grinsen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Was treibt die Gruppe „Wagner“ an der polnisch-weißrussischen Grenze? Seite 6

Kultur
Vor 150 Jahren wurde der „mährische Falstaff“ Leo Slezak geboren Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die deutsche Volksgruppe in Osterode lud ein zur Sommerferienwerkstatt Seite 13

Lebensstil
Auf den Spuren des Wilden Markgrafen Carl Wilhelm Friedrich in Gunzenhausen Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Indiens Aufstieg Begünstigt durch die Rivalität zwischen den USA, Russland und China bringt sich das seit Kurzem bevölkerungsreichste Land der Welt als neues globales Schwergewicht in Stellung

Neue „Supermacht“ mit Schatten

Der Subkontinent stürmt an die Spitze – verharrt aber in Vielem bislang auf Entwicklungsland-Niveau

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im April dieses Jahres verdrängte Indien die Volksrepublik China von der Spitze der Rangliste der bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Und auch sonst ist der flächenmäßig siebtgrößte Staat der Erde auf dem besten Wege, zu einer globalen Supermacht aufzusteigen, weswegen die „New York Times“ kürzlich sogar titelte: „Bricht jetzt das indische Jahrhundert an?“

So prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) jährliche Wachstumsraten der indischen Wirtschaft von sechs bis sieben Prozent, womit das Land mittelfristig zur drittgrößten Volkswirtschaft nach den USA und China aufsteigen und ab 2050 dann sogar den ersten Platz einnehmen könnte – Letzteres glaubt beispielsweise der frühere Chefökonom des IWF und Gouverneur der indischen Zentralbank, Raghuram Rajan.

Immerhin verfügt Indien über einen florierenden IT-Sektor mit etlichen Millionen Beschäftigten. Zum Vergleich: Für den größten deutschen Software-Konzern SAP arbeiten nur rund 112.000 Menschen. Dazu kommen Industriegiganten wie Reliance Industries mit einem Umsatz von 110 Milliarden US-Dollar, die Tata-Gruppe, welche bereits Niederlassungen in 85 Ländern besitzt, oder die Pharmakonzerne Cipla und Glenmark, die heute quasi als „Apothekendeckel“ fungieren. Außerdem wären da noch Geldinstitute wie die Mumbaier HDFC Bank. Diese hat 120 Millionen Kunden sowie 8300 Filialen und soll 172 Milliarden Dollar wert sein, weshalb sie nach Angaben des Finanzinformationsdienstleisters Bloomberg auf Platz 4 der größten Banken rund um den Globus rangiert. Insgesamt gibt es in Indien inzwischen mehr börsennotierte Unternehmen als in jedem anderen Land der Erde, nämlich rund 5000.

Vorteilhafte Weltlage

Ein wesentlicher Standortvorteil der indischen Wirtschaft ist dabei die hohe Arbeitsmoral beziehungsweise -leistung der Beschäftigten: Einer Studie der Schweizer Großbank UBS zufolge liegt die durchschnittliche tatsächliche Jahresarbeitszeit in Mumbai bei 3315 Stunden und somit knapp dem Doppelten des Wertes in Deutschland. Hilfreich ist darüber hinaus,

dass 300 Millionen Inder Englisch sprechen, also die Geschäfts-, Technik- und Wissenschaftssprache der modernen Welt.

Des Weiteren profitiert Indien von der gegenwärtigen geopolitischen Situation, die es zum begehrten Partner der USA, Australiens, Japans und Europas, aber auch Russlands und vieler Schwellen- oder Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Südamerika macht. Dadurch hat das traditionell um Neutralität bemühte und geschickt zwischen den Machtblöcken lazierende Indien viele unterschiedliche außen- und wirtschaftspolitische Optionen. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus denkbar, dass die Republik auf dem indischen Subkontinent in einer künftigen multipolaren Welt zumindest auf Augenhöhe mit den USA und China agiert.

Andererseits könnte das Konglomerat aus 28 Bundesstaaten und acht bundesunmittelbaren Territorien aber durch innere Widersprüche daran gehindert werden, an äußerem Gewicht zu gewinnen. Be-

kanntlich rumoren in Indien erhebliche religiöse, ethnische, soziale und politische Spannungen. Und auch im Verhältnis zu den Nachbarn Pakistan und China folgt eine Krise der anderen, weswegen erhebliche Summen in die Aufrüstung fließen (siehe unten).

Jedes fünfte Kind ist unterernährt

Weitere Hürden auf dem Weg zur Weltmacht stellt die vielfach noch marode oder fehlende Infrastruktur vor allem im Bereich Verkehr und Energieversorgung dar, die überbordende Korruption und Bürokratie sowie die Rechtsunsicherheit und der Reformstau, wenn es um Fragen des Eigentums und der Landnutzung geht. Daher muss Indien noch gewaltige Anstrengungen unternehmen, um ähnlich erfolgreich wie China zu sein. 2022 jedenfalls betrug das indische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nur rund 2380 US-Dollar, während es in der Volksrepublik nördlich des Himalaja bei ungefähr 12.000 Dollar lag.

Aber damit nicht genug: Die staatliche Ineffizienz in der ehemaligen britischen Kolonie, welche im August 1947 ihre Unabhängigkeit erlangte, führt darüber hinaus zu einer immensen Umweltverschmutzung und unzureichenden Gesundheitsversorgung der Mehrheit der Bevölkerung sowie zu einem Mangel an Nahrungsmitteln. Im von der Welthungerhilfe und der Nichtregierungsorganisation Concern Worldwide herausgegebenen Welthungerindex rangierte Indien 2022 nur auf Platz 107 – und damit sogar noch hinter Äthiopien und seinen deutlich ärmeren Nachbarn Bangladesch, Sri Lanka und Myanmar.

So leidet jedes vierte Kind in Indien an Unterernährung. Gleichzeitig liegt die Kindersterblichkeit höher als in anderen asiatischen Staaten: Fünf Prozent der indischen Kinder erleben ihren fünften Geburtstag nicht. Insofern ist die potentielle Supermacht auf manchen wichtigen Gebieten nach wie vor ein Entwicklungsland.



Auftretende Wirtschaftsmacht mit ungelöstem Armutsproblem: Vor der Skyline der Metropole Mumbai vegetieren zahlreiche Menschen der ehemaligen britischen Kolonie in Slums
Foto: imago/Panthermedia

WELTPOLITIK

Der Nahe Osten rückt in Indiens Fokus

Bis etwa 2013 spielte Indien keine größere Rolle im Nahen Osten – abgesehen von den zahlreichen indischen Gastarbeitern, welche auf den Baustellen der Golfstaaten schufteten, und den wachsenden indischen Ölkäufen in der Region. Dann kam es zu einer rapiden Annäherung zwischen Indien und Israel. Diese führte zu etlichen gemeinsamen Projekten im Bereich der Hoch- und Militärtechnologie. 2021 avancierte Israel bereits zum drittgrößten Waffenlieferanten Neu-Delhis. Und innerhalb der kommenden fünf Jahre soll der indisch-israelische Handel mit Rüstungsgütern ein Volumen von 133 Milliarden US-Dollar erreichen, wobei schon jetzt 46 Prozent der Waffenexporte Tel Avivs nach Indien gehen.

Erstaunlicherweise führt dieses Zusammenwirken mit Israel zu keinen Problemen mit der arabischen Welt. Vielmehr versuchen die Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihrerseits offensiv, mit Indien ins Geschäft zu kommen, obwohl sie eigentlich auf der Seite des islamischen Staates Pakistan stehen, der als Todfeind Indiens gilt. Der Grund für dieses Zurückstellen des Blockdenkens liegt im gemeinsamen Interesse an der Terrorbekämpfung sowie dem wirtschaftlichen Potential des Landes mit der nunmehr größten Bevölkerung der Welt, welches nicht nur Öl und Gas benötigt, sondern auch viele andere Importe tätigt. So stieg das Volumen der Exporte der GCC-Staaten nach Indien auf 103 Milliarden US-Dollar, während im Gegenzug Waren im Werte von 45,5 Milliarden eingeführt wurden, womit Indien zum größten Handelspartner der Mitglieder des GCC aufstieg.

Neu-Delhi wiederum zeigt in jüngster Zeit auch starkes Interesse an Ägypten, das durch den Suezkanal ein wichtiges Transitland ist. Hier will Indien offenbar Parallelstrukturen zur „Neuen Seidenstraße“ Chinas zwischen Asien und Europa schaffen, um Peking Paroli zu bieten. W.K.

VERTEIDIGUNG

Militärisch auf Augenhöhe mit den Großen

Schon fast so viele Soldaten wie China – und ein stetig wachsendes Arsenal an Spitzenwaffen aller Gattungen

Nachdem das Koalitionskabinett von Premierminister Atal Bihari Vajpayee 2003 ein faktisches Großmachtkonzept verabschiedet hatte, stieg Indien auch zu einer der führenden Militärmächte der Welt auf: Mit fast 1,5 Millionen aktiven Soldaten stehen die Streitkräfte Neu-Delhis nach der chinesischen Volksbefreiungsarmee an zweiter Stelle, was die Zahl der Personen unter Waffen betrifft.

Darüber hinaus gab die Republik Indien 2022 umgerechnet 81,4 Milliarden US-Dollar für Verteidigungszwecke aus, womit sie unmittelbar hinter den USA, China und Russland rangiert. Und gemäß dem globalen Feuerkraft-Rangliste besitzt das indische Militär auch die viertgrößte

Kampfkraft aller Armeen rund um den Globus. So verfügt das Heer immerhin über 4600 Kampfpanzer und mehr als 100.000 sonstige gepanzerte Fahrzeuge sowie fast 5000 Geschütze beziehungsweise Raketenwerfer. Die Luftwaffe wiederum kann etwa 700 Kampfflugzeuge, 800 Hubschrauber und 700 weitere Maschinen sowie gut 200 größere Drohnen aufbieten.

Ebenso hochgerüstet ist die Marine, deren Aufgabe darin liegt, den Indischen Ozean zu überwachen und darüber hinaus in dessen Randmeeren Präsenz zu zeigen. Zum Bestand der indischen Seestreitkräfte gehören aktuell knapp 300 Schiffe, darunter zwei Flugzeugträger, elf

Zerstörer, zwölf Fregatten, 19 Korvetten, 18 U-Boote und 138 Patrouillenboote. Besonders wichtig für die Durchsetzung der Machtansprüche Neu-Delhis sind dabei die beiden Flugzeugträger „Vikramaditya“ und „Vikrant“ sowie das 2016 in Dienst gestellte Atom-Unterseeboot „Arihant“.

Dieses ist als erstes und bislang einziges U-Boot, welches keiner der fünf UN-Vetomächte gehört, mit ballistischen Raketen ausgerüstet, welche auch Atomsprengköpfe tragen können. Von denen besitzt Indien um die 160 Stück, weswegen die „Arihant“ noch mehrere Schwesterschiffe erhalten soll, beginnend mit der „Arihant“ Ende 2023. Viele der moderneren Waffensysteme der indischen

Zwei Flugzeugträger demonstrieren den Machtanspruch im Indischen Ozean und in seinen Nebengewässern

Streitkräfte wurden wie die „Vikrant“ und „Arihant“ im eigenen Land entwickelt und gebaut, darunter die Kampfpanzer vom Typ Arjun, eigene Raketenwerfer, die Tarnkappen-Fregatten, Kampfflugzeuge, die Kampfhubschrauber und die kernwaffentragenden Mittelstrecken- beziehungsweise Interkontinentalraketen.

Gleichzeitig hat Indien aufgrund seiner internationalen Position keine sonderlichen Probleme, hochwertige Militärtechnik im Ausland zu erwerben, wobei die Zulieferer vor allem in den USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Deutschland, Israel, Japan, Brasilien, Russland und der Schweiz sitzen. W.K.

In der „Row Zero“ zur Erlösung

Sommertage in Jerusalem. Jener Welthauptstadt des Glaubens, wo Religionsfreiheit weniger eine Frage gelebter Toleranz ist als vielmehr geladener Maschinengewehre. Und wo trotz allem auch ein Gefühl von Sicherheit, Ruhe und Gastfreundschaft herrscht

VON BIRGIT KELLE

Tageserwachen in Jerusalem. Über dem Dach meiner Herberge weht eine Vatikanfahne, und wie jeden Morgen um vier Uhr schreit ein Muezzin von der anderen Straßenseite mit seinem Megaphon durch mein offenes Fenster. Unten an der Straße stehen junge Frauen und Männer der israelischen Armee Wache. Gegen Fünf zieht ein leise singender Pilgerchor vorbei Richtung Grabeskirche, danach in Gegenrichtung eine laut lamentierende Gruppe arabischer Jugendlicher. Einer von ihnen brüllt dramatisch in die leere Gasse: „This is a racist state!“ Die aufgehende Sonne erleuchtet in sanftem Licht die Dächer der Stadt.

Wahrscheinlich nirgendwo auf der Welt tragen so viele Religionen auf so engem Raum so gut sichtbar ihren Glauben auf der Straße wie in Jerusalem. Jüdische Frauen mit kunstvollen bunten Tüchertürmen über den Haaren. Orthodoxe Männer mit Schläfenlocken, Hüten und gewagten Pelzmonstern auf dem Kopf, die mich nicht anblicken, sondern im Vorbeilaufen mit der Hand gar die Augen vor dem Anblick meines Ausschnittes beschützen. Nun gut, wenigstens beharren sie nicht darauf, dass ich mich verhülle. Arabische Frauen in allen Verschleierungsgraden, muslimische Männer in langen Gewändern. Ein katholischer Priester in kurzem Hemd, pilgernde Christen in allen Hautfarben.

Religionsfreiheit ist in Jerusalem keine Frage gelebter Toleranz, sondern geladener Maschinengewehre. Und doch ist es ein Wunder, wie man hier gleichzeitig das Gefühl von Sicherheit, Ruhe und Gastfreundschaft vorfindet.

Es hatte mich ein bisschen beschämt vor der Reise, wie wenig ich über Israel wusste. Aus der Schule erinnere ich nichts über den Nahostkonflikt, so als sei der Geschichtsunterricht nach dem Holocaust stehen geblieben. Noch heute beschwören alle das „Nie wieder“ auf deutschem Boden, doch keiner redet über das „Wie weiter?“ der Juden. Dafür solidarische Palästinensertücher auf den Schulhöfen, damals wie heute. Man gefällt sich konstant in der Rolle des Minderheitenbeschützers, selbst wenn die vermeintliche Opfergruppe auf deutschen Straßen „Juden ins Meer“ skandiert.

15 Sekunden bis in den Bunker

Es gäbe kein „passiv-aggressiv“ in Israel, nur ein „aggressiv-aggressiv“, erklärt unser Reiseleiter Aaron, ein kalifornischer Jude, ausgewandert ins Land seiner Glaubensväter, auf dem Weg in die Wüste Negev. Besuch in der „15-Sekunden-Zone“ im Dreieck zwischen ägyptischer Grenze und Gazastreifen. „Only 15 seconds to grab your kids and make it to the safe room“, erklärt die Leiterin der Ganztagsbetreuung der zentralen Schule dieser Gegend. Die Eltern könnten tagsüber in Ruhe arbeiten, weil die Kinder hier sicher seien.

Die ganze Schule ist raketensicher, die zusätzlichen Schutzräume im Haus als Wissenschaftsräume ausgebaut. Der Pausenraum hat eine Spielkonsolen-Auswahl wie aus dem feuchten Traum eines Teenagers. Es gibt ein Planetarium und High-Tech-Teleskope dank einer Kooperation mit der NASA. Einer der Schutzräume ist völlig interaktiv, man kann jede Landschaft auf Boden und Wände bringen. Genutzt wird er auch für die Traumatherapie jener Kinder, die nicht so gut zurechtkommen mit einem Leben in dauerndem Alarmzustand.

Der Staat investiert in seine Kinder, bildet sie aus, in einem Land zu überleben, das von Feinden umzingelt ist. „Sie sollen sich nicht als Opfer fühlen“, sagt die Leiterin, sondern Lösungen, Handlungsfähigkeit und „Out of the box thinking“ lernen. Noch vor wenigen



Warten auf die Wiederkehr des Herrn: Das Goldene Tor zur Altstadt von Jerusalem

Foto: shutterstock

Jahren herrschte extremer Wassermangel im Wüstenstaat Israel, heute exportiert das Land sogar Wasser nach Jordanien. Überlebenswille, lösungsorientiert.

Wir fahren weiter zu einem alten Kibbuz. 1945 haben dort 110 Juden acht Meter unter der Erde über zwei Millionen Patronen in einer Geheimaktion von Hand produziert, während man über der Erde auf Sichtweite der britischen Armee residierte und in der Wäscherei über der Munitionsfabrik zur Tarnung gar die Uniformen der Briten wusch. Eine Geschichte, die nach Verfilmung schreit. Nur einmal hatte eine der unwissenden Arbeiterinnen im Kibbuz die geheime Tür zur Wendeltreppe unter der Wäscherei entdeckt. Man hat sich entschieden, sie einzuweißen, anstatt sie zu erschießen, was als Option offen diskutiert wurde, erklärt Shmuel, der uns in das Kellerverließ hinabführt. Ohne diese Munition wäre man nach Abzug der Briten 1947 erledigt gewesen.

Es war der „War of Independence“ der Juden – und er ist es bis heute. Sie verlassen sich nicht auf Fremde, jeder muss hier seine Verantwortung tragen. Die israelische Jugend kämpft für ihr Volk, die deutsche Jugend gegen den Klimawandel.

„Ich gebe ihnen ein Denkmal und einen Namen“

Yad Vashem. Ich verliere mich in den Zeugnissen der Gedenkstätte für die Toten des Holocaust. Die Zeugenberichte der Überlebenden auf Videowänden sind das Erschütterndste. Alte Männer in Tränen über jene, denen sie nicht helfen konnten. Kinder von einst, die bei den Erschießungen unter Leichenbergen zufällig überlebten. Notizen aus dem Warschauer Ghetto, geschrieben von jenen, die begriffen hatten, dass sie das Grauen aufzeichnen müssen, weil wahrscheinlich niemand überleben würde. Schreiben gegen das Vergessen, Beweissammlung für die Nachwelt.

Zeugnisse unendlichen Mutes versammeln sich in den Geschichten der „Gerechten unter den Völkern“, jenen nichtjüdischen Helfern, die bewiesen, wie viel jedermann hätte tun können, statt wegzusehen. Wie viele der aktuellen „Nie wieder“-Rufes stünden heute

wohl wo, wenn das „Nie wieder“ vielleicht das eigene Leben kostet und nicht nur Gratismut an staatlich organisierten Gedenktagen?

Zahlreiche israelische Soldatengruppen ziehen mit mir durch die beklemmenden Betonwände von Yad Vashem. Man erzählte uns, alle Soldaten würden vor ihrer Vereidigung hierhergebracht, damit sie wüssten, wofür und warum sie ihr Land und ihr Volk verteidigen.

Fliegende Teppichhändler

Zurück in der Altstadt. Jeder der unzähligen Händler, die einen in ihren Laden locken wollen, kann ein paar Brocken Deutsch. Der Keramikhändler hat einen Cousin in Tübingen, „Tschüßle“ sagt er lachend zum Abschied. Preise sind Verhandlungssache, wer wie ein Opfer aussieht, wird eines. Ich lasse mir aus Versehen von einem Teenager 40 Euro für vier Bier aus der Tasche ziehen. Lehrgeld.

Beim Antiquitätenhändler Baidun sind wir damit gut gerüstet, der Versuchung zu widerstehen, sich in seinen berühmten Laden hineinzuziehen zu lassen. Stolz zeigt er uns also auf der engen Gasse abgegriffene Exemplare des „National Geographic“ sowie welcher deutsche A- und B-Promi sich bereits in sein Gästebuch eingetragen hat. Ich bin sicher, er hat auch fliegende Teppiche und Aladdins Lampe oder weiß wenigstens, wo er diese besorgen kann.

Ein anderes Bethlehem

„Everything is about three things in Israel: Security, security and more security“, hatte schon Reiseleiter Aaron am ersten Tag erklärt. Was es ganz konkret bedeutet, zeigt uns heute Kobi auf einer „Sicherheitstour“ rund um Jerusalem. Er ist Reservist, hat schon zwei Kriege überlebt, Juden aus dem Libanon und aus Äthiopien in Rettungsaktionen herausgeholt. Den Selbstmordattentäter, der sich vor seiner Motorhaube in die Luft sprengte, hat er nur überlebt, weil sein Fahrzeug gepanzert war, die Kameraden im Auto hinter ihm hatten weniger Glück.

Wir stehen auf dem Hügel gegenüber von Bethlehem mit Blick auf die acht Meter hohe Mauer, die rund um Jerusalem einen Schutzwall zum Westjordanland zieht. Früher habe

man Raketenbeschuss aus Bethlehem bis zu den Wohnhäusern hinter uns gehabt, heute sei das unterbunden. „Mein“ Bethlehem hatte bislang Hirten, Engel und Weise aus dem Morgenland. Heute findet man dort keine Krippe, und auch einen Friedensfürsten sucht man weit und breit vergebens.

Danach geht es in den Sicherheitsbereich direkt an die Mauer. Betonwände türmen sich neben dem Bus auf. Sicherheitstore, Kameras in alle Richtungen, denn hier ist auch ein Übergang für jene 70.000 Bewohner des Westjordanlandes, die täglich zur Arbeit nach Jerusalem pendeln. Wir stehen direkt auf dem Kuppeldach über Rachels Grab, eine Pilgerstätte für Juden und Christen. Während acht Meter tiefer gerade orthodoxe Juden ihre Kinderwägen in die Grabstätte schieben, hat vor uns ein Grenzposten die Waffen und Gummigeschosse auf einem Tisch ausgebreitet, die man hier standardmäßig mit sich führt. Die Mauer habe ihre Berechtigung selbst bewiesen, „seit es sie gibt, hatten wir keinen einzigen Selbstmordattentäter mehr in der Stadt“. Die Leichtigkeit meines Sommerabends in der Stadt wird hier verteidigt.

Im Hauptquartier der Sicherungsanlagen treffen wir die jungen Frauen, die alle vor zig Bildschirmen täglich 24 Stunden lang jeden Zentimeter der Mauer im Auge behalten, Verdächtige erfassen und über Funk an die Außenposten melden. „Warum arbeiten hier nur Frauen“, will ich von ihm wissen. „Weil sie das einfach besser können als die Männer“, lautet die Antwort. Israel braucht keine Frauenquote, sie nehmen einfach überall die Besseren.

„I don't want to share my country!“

Letzter Falafel vor der Grenze. Der arabische Taxifahrer Fadi gibt uns das totale Kontrastprogramm zu den vergangenen Tagen: „I don't want to share my country!“, sagt er. Seine Familie lebe bereits seit 120 Jahren in Jerusalem, man merkt es am selbstbewussten Fahrstil durch die engen Gassen. Bei der Ausfahrt am Löwentor zeigt er uns den Friedhof links, dort werde man irgendwann auch ihn beerdigen. Er erzählt aus seinem Leben und schimpft zwischendurch auf die orthodoxen Juden. „Sie machen nur drei Dinge, den ganzen Tag: Bus fahren, Shoppen und Sex.“ Und natürlich das Land besetzen.

Fadi fragt, ob wir ein paar palästinensische Dörfer sehen wollen? Gott sei Dank nimmt ein Lkw, der uns die Abbiegespur dorthin blockiert, die Entscheidung ab. Er selbst will übrigens auch nicht im Westjordanland wohnen, plaudert er munter weiter, denn da würde nichts funktionieren und keiner wisse, wo eigentlich die Millionen aus dem Ausland versickern. So lebt er lieber im besetzten Land, schickt hier seine Kinder auf eine Privatschule. Später dürfen diese Kinder hier kostenlos studieren. Ja, immer diese furchtbaren Besetzer.

Am Morgen noch ein letzter Spaziergang zur Klagemauer und zum jüdischen Viertel. Alles hier ist heilig, auch der Kaffee und die Bagels. Der McDonalds ist koscher. An der Grabeskirche ergattern wir eine katholische Messe mit dem Patriarchen persönlich direkt in der kleinen Vorkammer am Grab Jesu und drängen uns mit einer Gruppe Inder in den winzigen Raum.

Danach geht es auf den Ölberg gegenüber der Stadt, zu Fuß wieder bergab durch die brütende Hitze. Rast im orthodoxen Kloster auf halber Strecke und dann zu den uralten Olivenbäumen im Garten Getsemani. Ein Schild warnt am Eingang, dass hier Waffen nicht erlaubt seien.

Auf dem Weg in die Stadt vorbei an jüdischen, christlichen und muslimischen Gräbern. Alle warten hier gemeinsam vor dem zugemauerten Goldenen Tor, dass der Herr wiederkommt, es öffnet und sie dann die Ersten sind – in der „Row Zero“ zur Erlösung.

Wahrscheinlich nirgendwo auf der Welt tragen so viele Religionen auf so engem Raum so gut sichtbar ihren Glauben auf der Straße wie in Jerusalem

● Birgit Kelle ist Publizistin und schreibt unter anderem für „The European“, „Die Welt“ und „Focus“. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020). www.birgit-kelle.de

MELDUNGEN

Waldrodung für Solaranlage

Potsdam – Der niedersächsische Agrarkonzern Lindhorst-Gruppe plant, erstmalig in Deutschland, westlich von Hohensaaten (Ortsteil von Bad Freienwalde, Landkreis Märkisch-Oderland) einen Mischwald zu roden, insgesamt 380 Hektar, um einen 250 Hektar großen Solarpark anzulegen. Die Anlage soll „Ökostrom“ für einen geplanten Gewerbepark liefern. 2019 hatte der Investor und Aufsichtsratsvorsitzende des Konzerns, Jürgen Lindhorst, eine 694 Hektar große Konversionsfläche inklusive des seit Jahrzehnten nur minimal bewirtschafteten Naturwaldes gekauft. Die Stadtverordneten vor Ort stimmten im Mai 2022 mehrheitlich einschließlich der Grünen für den Plan. Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) lehnt das Vorhaben ab. Dagegen ist auch eine Bürgerinitiative mit Unterstützung des Nabu. Die Lindhorst-Gruppe behauptet, sich für „Umweltschutz, intakte Böden, intakte Wälder und Insektenvielfalt“ einzusetzen. *D.J.*

Nord Stream 2 streng geheim

Berlin – Das Internet-Portal „Business Insider“ hat das Ergebnis einer eigenen Recherche veröffentlicht, wonach das Bundeskanzleramt interne Ermittlungen wegen Geheimnisverrats gegen Unbekannt eröffnet hat. Grund soll sein, dass an die Presse vertrauliche Informationen über den Stand der Nachforschungen hinsichtlich der Urheber des Terroranschlags auf die Nord-Stream-Pipelines durchgestochen wurden, welche klar auf eine Täterschaft der Ukraine hindeuten. Als Hauptverdächtige gelten laut „Business Insider“ Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND), welche ihr Wissen über das Attentat angeblich nicht nur – so wie eigentlich vorgesehen – mit einem ausländischen Geheimdienst teilen, sondern auch an Journalisten weitergaben. Dabei mussten BND-Angehörige, „die an dem Thema Nord Stream arbeiten“, sogar „gesonderte Geheimhaltungsverträge unterschreiben“, so die Nachrichtenseite. *W.K.*

Waldbrand: Iraker angeklagt

Dresden – Die Staatsanwaltschaft Dresden hat vor dem Amtsgericht Pirna Anklage gegen vier Iraker im Alter von 25 und 26 Jahren erhoben, weil sie für einen verheerenden Waldbrand unterhalb der weltbekannten Bastei-Aussicht im Nationalpark Sächsische Schweiz verantwortlich sein sollen. Das Feuer brach am späten Abend des 17. Juli 2022 aus und vernichtete 2500 Quadratmeter Wald in einer der sensibelsten Regionen des Gebirges. Die Löscharbeiten dauerten aufgrund des unwegsamen Geländes mehrere Tage. Laut den Ermittlern ließen sich die vier Immigranten auf einem Plateau außerhalb der zugelassenen Wanderwege nieder und rauchten dort trotz großer Hitze, Trockenheit und Waldbrandwarnstufe III stundenlang ihre Shisha-Pfeifen, wonach sie mehrere glühende Kohlestücke den Hang hinabwarfen. Dies wertete die Staatsanwaltschaft als vorsätzliche Brandstiftung. Dennoch befindet sich derzeit keiner der Beschuldigten in Haft. *W.K.*



Viel zu häufig Müßiggang statt Integration: Immigranten in Essen

Foto: imago/Gottfried Czepluch

EINWANDERUNG

Die Illusion ist geplatzt

In der sozialen Hängematte: Die Hälfte der Asylsucher von 2015 arbeitet nicht

VON BODO BOST

Im August beginnt das neue Ausbildungsjahr in Deutschland. Händeringend werden in fast allen Ausbildungsberufen junge Menschen gesucht, um eine der Hunderttausenden freien Lehrstellen zu besetzen. Aber unter den 600.000 Asylsuchern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, die Bürgergeld beziehen, melden sich nur wenige, obwohl die meisten schon mit der großen Asylsucherwelle 2015/16 nach Deutschland gekommen sind, also nach acht Jahren in der sozialen Hängematte schon etwas Deutsch sprechen sollten.

Die Bundesagentur für Arbeit spricht mittlerweile schon von einem wachsenden „Berg von ausbildungsfernen“ jungen Leuten mit Immigrationshintergrund, die trotz jahrelangen Schulbesuchs in Deutschland nicht mehr in das bundesdeutsche System der Arbeitsvermittlung integrierbar seien, mit anderen Worten, diese Leute sind unvermittelbar. Ganze

Generationen von Bürgergeldbeziehern werden da herangezogen, die ihr Leben lang im deutschen Sozialsystem ausharren und diesen Lebensentwurf wohl auch an ihre nicht selten zahlreichen Kinder weitergeben.

Diese Situation hat einige Kommunalpolitiker der CDU in Baden-Württemberg dazu veranlasst, darüber nachzudenken, ob es bei solchen Leuten nicht überlegenswert wäre, Pflichtdienstjahre einzuführen, damit sie vielleicht doch noch die Kurve kriegen. Integration kann nicht in der sozialen Hängematte passieren, auch wenn einige linksgrüne Politiker jetzt sogar die Staatsangehörigkeit nicht mehr davon abhängig machen wollen, ob der Betreffende seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann. Integration in die deutsche Gesellschaft kann laut Experten aber nur durch Arbeitsaufnahme gelingen.

Wie wenig die große Asylsucherwelle von 2015/16 auf dem deutschen Arbeitsmarkt angekommen ist, beweisen abermals die aktuellen Zahlen vom deutschen

Arbeitsmarkt. Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) waren im Jahr 2021 nur 54 Prozent der 2015 nach Deutschland gekommenen Asylsucher in irgendeiner Weise erwerbstätig. Das bedeutet umgekehrt, dass 46 Prozent noch immer von Bürgergeld oder Sozialhilfe leben. Das gilt für 63 Prozent der Frauen und 39 Prozent

54 Prozent in irgendeiner Weise erwerbstätig, 46 Prozent im Sozialsystem

Zahlen einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

LINKSPARTEI

Stimmung zum Zerreißen gespannt

Ex-Chef Klaus Ernst: „Große Gruppe politikunfähiger Clowns“ – Dietmar Bartsch mahnt zur Einigkeit

Man kann Dietmar Bartsch getrost als Urgestein der Linkspartei bezeichnen. Mit Unterbrechungen sitzt der 65-Jährige nun schon 22 Jahre im Bundestag. Derzeit hat er den wohl unangenehmsten Job im politischen Berlin. Gemeinsam mit Amira Mohamed Ali führt Bartsch die Linksfraktion. Zumindest bis Anfang September. Dann wählt die Fraktion turnusgemäß einen neuen Vorstand. Falls sie bis dahin überhaupt noch existiert.

39 Abgeordnete gehören ihr derzeit an, sollte die Zahl der Mitglieder unter 37 fallen, wäre der Fraktionsstatus futsch. Vor einigen Wochen hat der Parteivorstand der wohl prominentesten Politikerin der Partei, Sahra Wagenknecht, nahegelegt, ihr Mandat niederzulegen. Wagenknecht hat sich seit Längerem mit der Parteispitze überworfen und liebäugelt mit der Gründung einer eigenen Partei. In

diesem Zusammenhang ist der Rückzug Mohamend Alis zu sehen. „Ich bin Mitglied der Partei Die Linke, das ist der jetzige Stand, und was die Zukunft bringt, das wird man sehen“, sagte sie in der vergangenen Woche und fügte hinzu: Die Entwicklung der Partei habe sie bei Amtsantritt nicht vorausgesehen, sie habe sich eine andere Entwicklung gewünscht.

Die Linkspartei hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Boden verloren. Im Westen spielt sie in den meisten Bundesländern keine Rolle mehr. Im Osten hat ihr die AfD den Rang abgelaufen. Wagenknecht hatte in den vergangenen Jahren einen Kurs gefordert, den ihre Kritiker als AfD-nah bezeichnet haben. Nähe zu Russland und eine restriktive Migrationspolitik. Die Parteiführung mit Janine Wissler und Martin Schirdewan an der Spitze kann damit nichts anfangen. Sie

suchen das Heil ganz linksaußen. Zur Europawahl soll die Klima- und Immigrationsaktivistin Carola Rackete als Spitzenkandidatin nominiert werden.

Der Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann hat dagegen vorgeschlagen, Wagenknecht solle diese Rolle einnehmen. Bei der bundespolitisch eher bedeutungslosen EU-Wahl könne getestet werden, wie groß Wagenknechts Rückhalt bei den Wählern sei. Doch es gilt als unwahrscheinlich, dass es so kommt. Die Fronten sind verhärtet.

Unterstützung für Wagenknecht

Der frühere Parteichef Klaus Ernst, der dem Wagenknecht-Lager zugeordnet wird, lässt jedenfalls kein gutes Haar an seinen Mitstreitern. Es gebe „eine große Truppe politikunfähiger Clowns in der Partei“, sagte er dem Bayerischen Rund-

der Männer. Als erwerbstätig in diesem Sinne gilt allerdings schon, wer geringfügig beschäftigt ist, also auch die 520-Euro-Jobber.

Zu diesen zählt ein Drittel der erwerbstätigen Asyl-Zuwanderer aus den Jahren 2015/16, also etwa 18 Prozent von allen arbeitet in Teilzeit. Vollzeitbeschäftigt sind also nur 36 Prozent der Asylsucher aus der Welle von 2015/16, trotz aller Vorhersagen vom Segen für den Arbeitsmarkt, die damals geäußert wurden. Diese beruhten auf der Tatsache, dass das Gros der Asylsucher damals jung war, sie gehörten also zur am besten vermittelbaren Altersgruppe.

Schiefer Vergleich mit Ukrainern

Dagegen wird bereits bemängelt, dass von den eine Million Ukrainern, die erst seit anderthalb Jahren nach Deutschland flüchten, bislang nur etwa 20 Prozent erwerbstätig sind. Dabei handelt es sich bei ihnen nicht um vorwiegend junge Männer, sondern um alleinerziehende Mütter mit Kindern, die auch unter deutschen Arbeitslosen am schwersten vermittelbar sind. Zudem sind die Ukrainer meist schon höher qualifiziert als die Orientalen des Jahres 2015. Daher streben sie Stellen an, für welche sie gute deutsche Sprachkenntnisse mitbringen müssen, weshalb viele Ukrainer derzeit zunächst in Sprachkursen sitzen, ehe sie auf den Arbeitsmarkt strömen können.

Italien hat jetzt sein Bürgergeld für junge Migranten wieder abgeschafft, da dort 300.000 Arbeitsplätze in der Obst- und Tourismusindustrie unbesetzt sind. Auch für die Mafia in Neapel und Sizilien war das Bürgergeld, dessen Bezug faktisch nicht kontrolliert wurde, ein wahrer Segen. In Deutschland sind die Hälfte der Asylsucher von 2015/16 weiterhin arbeitslos, 60 Prozent davon haben auch noch keine Bildungseinrichtung von Innen gesehen.

Bei den Frauen aus dieser Gruppe sind die Zahlen besonders schlecht. Nur 23 Prozent der 2015 ins Land gekommenen Zuwanderinnen sind erwerbstätig. Die übrigen 77 Prozent dürften bald in den Genuss der von der Ampel so hartnäckig geforderten Kindergrundsicherung kommen. Denn Vorausberechnungen haben ergeben, dass von den zwei Millionen Kindern, die davon profitieren könnten, mehr als die Hälfte Kinder von Immigrantinnen sind. Die Kindergrundsicherung wird in diesen bildungsfernen Kreisen die Integration durch Arbeit noch mehr behindern, weil sie die Anreize für ein Verbleiben in der sozialen Hängematte verstärkt, erst recht, wenn in der Rezession die Arbeitslosenzahlen, aber auch die Zahl der neu ankommenden Immigranten weiter steigen.

funk. Damit meine er Teile des Vorstands, aber auch der Basis. „Es gibt Leute in der Partei, deren Kontakt zur Arbeit sich darauf beschränkt, dass sie mal als Schüler oder Student ein Regal bei Aldi eingeräumt haben“, erklärte er weiter und machte keinen Hehl daraus, dass er Wagenknecht bei einer möglichen Neugründung unterstützen werde.

Bleibt als Stabilisator nur noch Urgestein Bartsch. „Spaltungen der Linken haben nie dazu geführt, dass es voranging, sondern immer zu einer Stärkung der Konservativen oder sogar der Rechtsextremen geführt“, erklärte er in der vergangenen Woche und verwies darauf, dass die Partei 1990 und 2002 schon zweimal totgesagt gewesen sei. „Aber die leben bekanntermaßen länger“, fügte er hinzu. Aber mehr als diese Hoffnung bleibt auch ihm nicht. *Peter Entinger*

WOHNUNGSKNAPPHEIT

Senat will gegen Bauflaute kämpfen

Auch Berlin verfehlt seine Ziele drastisch – Wegner verspricht, energisch gegenzusteuern

VON HERMANN MÜLLER

Alein schon die anhaltend starke Zuwanderung nach Deutschland macht es erforderlich, dass jedes Jahr in großer Zahl vor allem preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Tatsächlich wird der Wohnungsbau immer teurer. Projekte wie die „Heizwende“ von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sorgen dafür, dass die Neubauzahlen in Berlin und ganz Deutschland weit hinter dem zurückbleiben, was Politiker angekündigt hatten.

Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, dass in Deutschland jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden. Wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, hat die Ampelkoalition auch im vergangenen Jahr ihr Wohnungsbauziel deutlich verfehlt. Fertiggestellt wurden nach Angaben des Amtes im Jahr 2022 nämlich lediglich 295.000 Wohnungen.

Auch die im Land Berlin regierende schwarz-rote Koalition hat in diesem Frühjahr sehr ambitionierte Ziele formuliert. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und SPD vereinbart, dass in der Hauptstadt jährlich bis zu 20.000 Wohnungen neugebaut werden. Bis zu 5000 davon sollen Sozialwohnungen sein.

„Müssen schneller genehmigen“

Vor Kurzem musste Berlins Bausenator Christian Gaebler (SPD) jedoch einräumen, dass der Senat nicht damit rechnen, dass in diesem Jahr in Berlin die angepeilte Anzahl an neuen Wohnungen erreicht werde. Urteile von Kommentatoren, der schwarz-rote Senat verfehle die Wohnungsbauziele genauso wie zuvor der rot-grün-rote Vorgänger, sind indes überzogen. Die Regierung unter dem regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat erst Anfang Mai die Arbeit aufgenommen. Um für eine Trendwende auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen, war die Zeit damit viel zu kurz.

Noch bis zum Jahresende will Schwarz-Rot ein Gesetz auf den Weg bringen, das ein schnelleres Bauen ermöglichen soll. „Das alles Entscheidende ist, dass wir den Wohnungsmarkt wiederbeleben, dass es mehr Leerstand gibt, dass es mehr Wohnungsangebote gibt“, sagte Wegner dem Sender 105,5 Spreeradio. Als



Selbst Menschen mit mittlerem Einkommen haben schlechte Karten: Wohnungsbesichtigung in Berlin

Foto: akg images

Ziel gab Wegner aus: „Wir müssen schneller genehmigen, wir brauchen mehr Wohnungsbau.“ Angehen will der Senat auch noch in diesem Jahr ein neues Fördermodell, das auf die Bezieher mittlerer Einkommen zielt.

Bislang haben viele Normalverdiener keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Gleichwohl haben diese Berliner auf dem Wohnungsmarkt mittlerweile genauso schlechte Karten wie die Bezieher kleiner Einkommen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Druck auf dem Mietwohnungsmarkt zusätzlich durch Haushalte verstärkt wird, die ihre Pläne zum Hausbau oder zum Kauf einer Wohnung aufgrund der Preisentwicklung aufgeben.

Auch aus anderen Gründen dürfte es der Berliner Senat schwer haben, eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt der Hauptstadt zu erreichen. Bundesweit deutet nämlich alles auf eine jahrelange Krise im Wohnungsbau hin. Nach Einschätzung von Experten wie Ludwig Dorffmeister vom Münchner Ifo-Institut ist Bauen in Deutschland mittlerweile

„einfach zu teuer“. Überdurchschnittlich gestiegen sind nicht nur die Baulandpreise, sondern auch die Rohbaukosten. Nach Berechnungen der Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (Arge) haben sich diese Kosten in Deutschland seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Starke Kostentreiber auf dem Bau sind zudem immer mehr staatlich verordnete Vorgaben zu Wärmedämmung oder Heizung.

Bei Läden wuchert der Leerstand

Der rasante Anstieg der Baukosten macht eigentlich Mieten erforderlich, die am Markt oftmals nicht durchsetzbar sind. Als Folge werden immer öfter Neubaulandprojekte auf Eis gelegt. Vonovia, Deutschlands größtes Vermietungsunternehmen, kündigte beispielsweise schon im Februar an, wegen Inflation und gestiegenen Zinsen in diesem Jahr überhaupt kein neues Wohnungsbauprojekt mehr starten zu wollen.

Ebenfalls bereits im Frühjahr hatte die Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes

Bauen vor einem Kipppunkt auf dem Wohnungsmarkt gewarnt: „Die angemessene Deckung des Wohnraumbedarfs in Deutschland, insbesondere im Segment des bezahlbaren Wohnungsbaus, wird dann langfristig nicht mehr möglich sein.“

Leere und zugeklebte Schaufenster in Berlins City West deuten darauf hin, dass es dagegen bei Einzelhandelsimmobilien zunehmend ein Leerstandsproblem gibt. Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg, wies gegenüber dem Sender rbb auf die Folgen von zwei Krisen hin, die sich überlagert hätten. Laut Busch-Petersen sind die Hilfsmaßnahmen zum Ausgleich der Corona-Lockdownfolgen zu spät gekommen. Dazu habe die Inflation bei den Verbrauchern zum Einbruch der Konsumlaune geführt. Zu spüren bekommt der Einzelhandel überdies die stärkere Nutzung des Onlinehandels, der durch die Lockdowns einen zusätzlichen Schub erhielt. Als Folge ist die Nachfrage nach Ladenflächen in Berlin schon teils deutlich zurückgegangen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Milliardenzuschüsse in der Kritik

„Mittelstand im Regen“: Subventionen für Großinvestoren in Magdeburg und Dresden erregen Unmut

Rund zehn Milliarden Euro soll das Halbleiterwerk kosten, das der taiwanische Weltmarktführer TSMC in Dresden errichten will. Bereits 2027 wollen die Taiwaner in Sachsen zusammen mit Bosch, Infineon und NXP die Produktion aufnehmen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck begrüßte die Entscheidung von TSMC für den Standort Dresden. Der Grünen-Politiker sagte, der Bau der Fabrik werde substantiell zur Versorgung Deutschlands und Europas mit Halbleitern beitragen. „Deutschland ist ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Standort, gerade auch bei Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik“, so Habeck weiter.

Tatsächlich wird die Attraktivität des Standortes auch in diesem Fall kräftig mit Hilfe der Steuerzahler aufgepoliert.

Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ hat der Bund zugesagt, den Fabrikbau mit fünf Milliarden Euro zu fördern. Umgerechnet auf die in Aussicht gestellten 2000 Mitarbeiter würde damit jeder Arbeitsplatz, der in dem TSMC-Werk neu entsteht, mit 2,5 Millionen Euro subventioniert.

Der Anteil von Steuergeldern an der Gesamtinvestition ist bei der Dresdner Chipfabrik sogar noch höher als im Fall der zwei Chipwerke, die der amerikanische Halbleiterhersteller Intel in Magdeburg errichten will. Dort sollen bei einer Gesamtinvestition von 30 Milliarden Euro immerhin zehn Milliarden an staatlichen Geldern fließen.

Beim TSMC-Projekt in Dresden ist nun allerdings in der Wirtschaft und auch unter Ökonomen starker Unmut über die Subventionspolitik des Bundes zu spüren.

Scharfe Kritik kam etwa vom Branchenverband „Der Mittelstand BVMW“: Der Vorsitzende des Verbandes, Christoph Ahlhaus, sagte: „Es ist keinem Unternehmer in Deutschland mehr vermittelbar, warum den Großen milliardenschwere Begrüßungspakete geschnürt und großzügige Ausgleichszahlungen für die hohen deutschen Strompreise gewährt werden, während man den Mittelstand im Regen stehen lässt.“ Der Verband fordert, Strompreise für alle Unternehmen in Deutschland auf ein „wettbewerbsfähiges Niveau“ zu deckeln.

„Ungewisse Wette auf die Zukunft“

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sieht in den geplanten Chipfabriken von Intel in Magdeburg und TSMC in Dresden „eine ungewisse Wette auf die

Zukunft“. Der Staat gebe 15 Milliarden Euro an Subventionen allein für diese beiden Fabriken aus. Dies werde sich wirtschaftlich nur dann rechnen, wenn diese beiden Investitionen „einen Impuls für die gesamte regionale Wirtschaft geben und auch in anderen Branchen und bei Zulieferern Innovationen und neue Arbeitsplätze entstehen“, so Fratzscher gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“.

Auch der Präsident des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, Christoph Schmidt, zeigt sich skeptisch. Schmidt erklärte gegenüber der „Rheinischen Post“, es sei zweifelhaft, dass die Subvention dem Land langfristig mehr bringe, „als wenn man die gleichen Mittel in die Forschung und Entwicklung etwa von Speichertechnologien oder in die Infrastruktur für den Import und Transport von Wasserstoff stecken würde“. H.M.

KOLUMNE

Ohne Bleiberecht

VON VERA LENGSEFELD

Die jüngste Gruppenvergewaltigung im Görlitzer Park in Kreuzberg war nur die Spitze des Eisbergs. Die Tat hatte eine gute Folge. Endlich kann das Problem, das Berlin mit der Kriminalität von Asylsuchenden hat, nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Selbst Cem Özdemir, der mit seiner Familie in Kreuzberg wohnt, musste eingestehen, dass sich seine Tochter nichts nicht in den Görlis traut.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass der Park sowie der umliegenden Wrangelkiez seit Jahren von der Polizei als einer von sieben „kriminalitätsbelasteten Orten“ definiert wird. Ihr stehen hier besondere Eingriffsbefugnisse zur Verfügung. Gebracht hat das bisher nicht viel, im Gegenteil. Die Kriminalitätsrate ist gestiegen. Laut Polizei gab es im Jahr 2018 noch 427 ausländerrechtliche Verstöße, im Jahr 2022 waren es schon 697. Aktuell stellte die Polizei im ersten Halbjahr 315 Verstöße gegen das Ausländerrecht fest. Bei den Straftaten handelt es sich insbesondere um Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie gegen das Aufenthalts-, Asyl- oder Freizügigkeitsgesetz. Während es 2021 noch 250 Straftäter ohne Bleibeperspektive gab, sind es in diesem Jahr bereits 404.

Und das trotz der gemeinsamen Taskforce von Polizei und Landesamt für Einwanderung, die 2020 vom damaligen Innensenator Andreas Geisel (SPD) ins Leben gerufen wurde. Diese Einrichtung soll alle Möglichkeiten ausloten, um gegen im Görlitzer Park aktive Wiederholungstäter ohne Bleibeperspektive ausländerrechtlich vorzugehen. In der Praxis geschieht aber wenig. Von den 404 Wiederholungstätern ohne Bleibeperspektive liegen 138 Fälle in der Zuständigkeit Berlins. Davon waren 100 vollziehbar ausreisepflichtig. Neun sind abgeschoben worden, sechs freiwillig ausgewandert. Der Rest ist nach wie vor im Görlis aktiv.

MELDUNG

Friseurbesuche drastisch teurer

Berlin/Potsdam – Verbraucher in der Region Berlin-Brandenburg müssen für Friseurbesuche deutlich mehr bezahlen als vor der Corona-Pandemie. Wie aus Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg hervorgeht, sind insbesondere in Brandenburg die Friseurpreise stark gestiegen. Wie der Sender rbb unter Berufung auf Statistikdaten berichtet, lagen die Preise für einige Leistungen bei Damenfrisuren im Juli 2023 bis zu 41,5 Prozent höher als im Januar 2020. Bei Friseurleistungen für Herren und Kinder sind die Preise im Vergleich zum Jahresanfang 2020 im Durchschnitt um 36,4 Prozent angestiegen. Damit haben sich in Brandenburg die Preise für Friseurleistungen von der allgemeinen Teuerung abgekoppelt. Laut dem rbb-Bericht lagen die Verbraucherpreise in Brandenburg im Juli 2023 durchschnittlich 30,9 Prozent höher als vor dreieinhalb Jahren. In Berlin sind die Preise in diesem Zeitraum um 17,3 Prozent gestiegen. H.M.

● MELDUNGEN

36 bis 42 Jahre Haft verhängt

Las Palmas – Wegen einer brutalen Gruppenvergewaltigung wurden vier illegale Einwanderer aus Marokko von einem Gericht der spanischen Insel Gran Canaria zu langen Haftstrafen verurteilt. Der Haupttäter Aziz Laghribi muss für 42 Jahre ins Gefängnis, die anderen Tatbeteiligten Mohammed El Bazouni, Hicham El Adnany und Hamza Ez Zahaf erhielten jeweils 36 Jahre, wobei der Staatsanwalt Jorge López Tineo sogar 61 beziehungsweise 58 Jahre gefordert hatte. Opfer der Sexualverbrechen war eine norwegische Touristin gewesen, welche den Immigranten am Abend des 26. Februar 2022 im Park Agua La Perra in die Hände fiel. Der Missbrauch der Frau dauerte insgesamt vier Stunden; anschließend musste sie wegen der erlittenen Verletzungen eine Woche lang in stationärer Behandlung verbringen. Die Dingfestmachung der Marokkaner gelang, weil diese nach der Vergewaltigung über den Nachrichtendienst „WhatsApp“ mit ihrer Tat geprahlt hatten. W.K.

Erneuter Mord an Farmer

Pretoria – Am 3. August wurde der weiße südafrikanische Farmer Duwayne Smith vor den Augen seiner Frau und seiner zwei Töchter von unbekanntem schwarzen Tätern erschossen. Diese verwendeten Sturmgewehre vom Typ AK-47 und befanden sich offensichtlich nicht auf einem Raubzug. Der Mord geschah nur wenige Tage, nachdem der schwarze Linksextremist Julius Malema zum wiederholten Male öffentlich dazu aufgerufen hatte, weiße Farmer zu töten. Der Vorfall vom 3. August war bereits der sechste seiner Art nach Malemas verbalen Ausfällen, welche von südafrikanischen Gerichten bislang stets als Ausdruck von „Redefreiheit“ gewertet wurden. 2022 gab es insgesamt 333 gewaltsame Angriffe auf Farmen mit 55 zumeist weißen Todesopfern. Dabei dürfte die Dunkelziffer deutlich höher gewesen sein, denn viele Landwirte vertrauen der Polizei nicht mehr und verzichten auf Anzeigen. W.K.

Mehr Kältetote als Hitzetote

London – In der renommierten medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ erschien eine Studie von 68 Ärzten und anderen Wissenschaftlern aus mehr als 20 Ländern, deren Kernaussage lautet, dass der Klimawandel zwar zu einem Anstieg der Hitzetoten führe, parallel dazu aber einen noch stärkeren Rückgang an Kältetoten bewirke. Die Differenz bezifferten die Autoren mit 166.000 Verstorbenen pro Jahr rund um die Welt. Damit bestätigt die Studie die Ergebnisse einer anderen Untersuchung von neun Forschern aus Großbritannien, Deutschland, Italien und der Schweiz, über die im Juli vorigen Jahres in „The Lancet Planetary Health“ berichtet wurde. Dieser zufolge lag die Zahl der Kältetoten in England und Wales sogar 77 Mal so hoch wie die der Hitzetoten. Das führten die Autoren vor allem auf den Blutdruckanstieg bei Kälte zurück, welcher dem Herz-Kreislauf-System schadet. W.K.

NATO-OSTFLANKE

Söldner machen Warschau nervös

Wagner-Truppe soll in Weißrussland aktiv die illegale Immigration in NATO- und EU-Gebiet befördern

VON BODO BOST

Das Auftauchen von mehreren Tausend Söldnern der Wagner-Gruppe und ihres Chefs Jewgenij Prigoschin in Weißrussland Mitte Juli hatte die polnischen Dienste in Aufregung versetzt. Bei einem Treffen am 23. Juli in St. Petersburg berichtete Weißrusslands Machthaber Alexander Lukaschenko, dass Söldner der Wagner-Gruppe, die sich in seinem Land aufhalten, „eine Reise nach Warschau und Rzeszow“ unternehmen wollten.

Militärische Scharfschützen wurden daraufhin an die polnisch-weißrussische Grenze abkommandiert sowie 500 Präventivpolizisten und Patrouillen des Grenzschutzes zusätzlich eingesetzt. An den Flussabschnitten der Grenze, unter anderem am Bug und am Swilatsch, einem südlichen Nebenfluss der Memel, sollen zudem elektronische Geräte installiert werden. Und auch an der 200 Kilometer langen Landgrenze zum Königsberger Ge-

biet installieren die Polen Überwachungskameras. Die Lage dort ist seit zwei Jahren wegen der von Minsk und Moskau aus gesteuerten illegalen Masseneinwanderung ohnehin angespannt.

Die illegale Einwanderung ist auch ein äußerst profitables Geschäft für das Regime Lukaschenko. Niemand kann das Grenzgebiet ohne Wissen und Zustimmung der belarussischen Dienste betreten. Die Migranten werden hergebracht und erhalten Anweisungen, wie, wann und wo sie versuchen sollen, ins EU- und NATO-Gebiet einzudringen. Dass der Druck an der polnischen Grenze nicht nachlässt, sondern zunimmt, zeigen die Zahlen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben illegale Einwanderer bereits fast 18.000 Versuche unternommen, nach Polen einzudringen, während es im gesamten vergangenen Jahr 15.700 waren.

Die Zahl der Söldner wird derzeit auf etwa 3000 geschätzt, wobei die meisten von ihnen im Dorf Assipowitschy (Region Mogilew) und in einem nahe gelegenen

Lager im Dorf Zel eingesetzt wurden. Es wird erwartet, dass die Gruppe letztendlich etwa 10.000 Personen umfasst. Die Söldner sollen auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe von Brest Soldaten der weißrussischen Spezialkräfte ausbilden, sowie in Naroulja nahe Gomel, 50 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt, wo sie dem Vernehmen nach in eigens für

sie gebauten Unterkünften untergebracht werden.

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilte mit, dass den polnischen Diensten Informationen vorliegen, wonach sich mehr als hundert Söldner der Wagner-Gruppe in Richtung der Landenge von Suwalki bewegt haben. Dies sei sicherlich ein Schritt in Richtung eines hybriden Angriffs auf polnisches Gebiet, sagte Morawiecki. Er fügte hinzu: „Sie werden wahrscheinlich als belarussische Grenzsoldaten getarnt sein und illegalen Migranten helfen, auf polnisches oder litauisches Gebiet zu gelangen, um diese Länder zu destabilisieren.“

Versuchte Grenzdurchbrüche haben in den ersten sieben Monaten dieses Jahres massiv zugenommen

Angriffe auf Grenzer nehmen zu

Der polnische Grenzschutz befürchtet, dass illegale Grenzdurchbrecher in der Lage sein werden, eine größere Bedrohung an der Grenze aufzubauen. Migranten werden ausgebildet, wie sie polnische Patrouillen provozieren und angreifen können. Weißrussische Dienste schulen Migranten auch darin, Steine und Äste auf Fahrzeuge des Grenzschutzes zu werfen. Mehr als 20 polnische Grenzschutz-Fahrzeuge sind so bereits zerstört worden.

Prigoschins Söldner sind für Polen vor allem „im Bereich der Propaganda“ gefährlich, mehr als im militärischen Feld. Sie verfolgen den Willen, die EU-Staaten zu desorganisieren. Der Aufenthalt der Söldner auf den Truppenübungsplätzen an der Grenze zu Polen und Litauen ist ein Element der psychologischen Operation, die darauf abzielt, die Besorgnis in Warschau und Wilna zu verstärken. Auch entlang der Grenze zur Ukraine sollen vermehrt Wagner-Söldner und Selbstschutzeinheiten als Sabotage- und Aufklärungsgruppen eingesetzt werden.

Der Bau von Befestigungsanlagen an der Grenze zu Weißrussland hat die Möglichkeiten von Durchbrüchen verringert, aber das Problem nicht beseitigt. Am schwierigsten ist es auf der südlichen Seite, unter anderem bei den polnischen Grenzorten Narewka, Czeremcha und Białowieża. Dort befindet sich der größte Naturschutzpark Europas, ein schwieriges Gelände, sumpfig, bewaldet, in dem es leicht ist, sich zu verstecken. Neuerdings schicken die Belarussen sehr große Gruppen von Migranten, die sich nach der Überwindung der Grenze in alle Richtungen zerstreuen, was die Operationen der Grenzschützer noch mehr erschwert.



Polen fürchtet hybriden Krieg: Wagner-Söldner bei militärischen Übungen in Weißrussland

Foto: imago/TAR-TASS

SPORT

Saudis rollen den Weltfußball auf

Mit gewaltigen Summen Spitzenspieler eingekauft und die heimische Liga gepusht – WM 2030 im Visier

Fußball ist die mit Abstand populärste Sportart der Welt und hat eine unvergleichliche Fähigkeit, die Herzen der Menschen und die Politik zu erobern. Obwohl einige Islamgelehrte im strenggläubigen Saudi-Arabien das Gekicke in kurzen Hosen, noch dazu unter dem Gegröle von zuschauenden Frauen, durchaus als nicht Koran konform ansehen, hat sich in den letzten Jahren das superreiche wahhabitische Saudi-Arabien unter der Führung von Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) auf die ehrgeizige Mission begeben, eine herausragende Fußballnation zu werden und das gesamte Potenzial des Spiels auszuschöpfen – von seinem weitreichenden kulturellen Einfluss bis hin zu den ungenutzten wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Nachdem Katar bereits Austragungsort der jüngsten WM war, wird Saudi-Arabien den Asien-Pokal 2027 ausrichten und hat sich zudem um die WM 2030 beworben. Vor allem aber hat sich Saudi-Arabien nach früheren Vorstößen von Ländern wie Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten in den Klubfußball nun als die größte finanzielle Kraft erwiesen, die es in diesem Sport je gegeben hat. Saudische Klubs der Profiligen, deren Namen in der Fußballwelt vorher noch kaum jemand kannte, verfügten in der Saison 2023/24 plötzlich über ein Budget zum Einkauf neuer Spieler, das höher ist als das von Bayern und Dortmund zusammen.

Der saudische Public Investment Fund (PIF) unter dem Vorsitz von MBS ist die treibende Kraft hinter dem Vorstoß

in den Fußball. 2021 erwarb der PIF den englischen Klub Newcastle United FC – und machte damit den oft mittelmäßigen Verein zu einem wichtigen Konkurrenten im europäischen Fußball. Der PIF hat 2022 auch den Londoner Chelsea gekauft. In den letzten Monaten hat sich der Fokus Saudi-Arabiens darauf verlagert, seinen heimischen Klubwettbewerb, die Saudi Pro League (SPL), zu einer festen Größe im internationalen Fußball zu machen.

Die SPL machte im vergangenen Jahr Schlagzeilen, als sie Cristiano Ronaldo mit einem zweieinhalbjährigen Vertrag im Wert von weit über 200 Millionen Dollar verpflichtete. Andere Stars wie Karim Benzema, N'Golo Kante, Jordan Henderson und Ruben Neves sind ihm in diesem Sommer in die saudische Liga gefolgt. Im

Gegensatz zu ihren europäischen Pendanten sind die saudischen Klubs nicht an die Regeln des finanziellen Fairplays gebunden, welche die Kaufkraft der Klubs einschränken. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, ohne große regulatorische Bedenken umfangreiche Verträge abzuschließen. Einigen Berichten zufolge wird Karim Benzema in der saudischen Liga bis zu 100 Millionen Dollar pro Jahr verdienen – über 80 Millionen Dollar mehr als bei Real Madrid, wo er einer der bestbezahlten Spieler war.

Für ein Land wie Saudi-Arabien kann der Fußball ein Mittel sein, um seinen Ruf als regressiver und autokratischer Staat reinzuwaschen, obwohl der Fußball im saudischen Volk in keiner Weise verwurzelt ist. Bob

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Aufgrund einer Initiative von Deutschland, Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden bereitet die EU eine Beschränkung der Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) vor, einer großen Klasse von einigen Tausend synthetischen Industriechemikalien. Im Zuge eines umfassenden REACH (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals)-Beschränkungsprozesses ist ein Verbot aller bisher wesentlichen PFAS in der EU bereits 2025 möglich.

Von März bis September führt die europäische Chemikalienbehörde ECHA (European Chemical Agency) eine sechsmonatige öffentliche Anhörung zu PFAS durch. Diese als giftig geltenden Substanzen kommen in der Natur nicht vor und sind wasser-, schmutz- und fettabweisend. Da sie weder durch Wasser, Wärme oder Bakterien abbaubar sind, werden sie auch als „Ewigkeitschemikalien“ bezeichnet. Ein Verbot könnte innovativen Alternativen den Weg bereiten. Doch während Umweltverbände und das Umweltministerium ein baldiges Ende von PFAS fordern, plädiert Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für einen „differenzierten Umgang“ mit dieser Chemikaliengruppe, da es für die Anwendung in den „Schlüsseltechnologien auf dem Weg zur Klimaneutralität“ derzeit keine Alternativen gebe. Desgleichen warnten die Verbände der Autoindustrie (VDA), der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) und des Maschinenbaus (VDMA) davor, dass für die Energie- und Mobilitätswende bei einem umfassenden Verbot eine „Vollbremsung“ drohe.

Schwere Schäden befürchtet

Die häufigsten Anwendungen von PFAS in Alltagsprodukten sind Oberflächenbehandlungen von Textilien, Metallen und Kunststoffen sowie Papier- und Kochgeschirrbeschichtungen. Für viele industrielle Produkte sind sie hochrelevant, so als Komponenten bei der Herstellung von Schmiermitteln, Bremsflüssigkeit, Pflanzenschutz- und Feuerlöschschäumen, Halbleitern und Kabeln.

PFAS reichern sich in der Umwelt, in den Nahrungsketten und im Menschen an. Sie sind ubiquitär, also überall verbreitet. Mehrere Studien kamen zu dem Ergebnis, dass diese Industriechemikalien gesundheitsschädigend sein können. So könnten PFAS Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit haben, Entwicklungsstörungen bei Kindern verursachen oder das Risiko für einzelne Krebsarten erhöhen. Trotzdem gibt es keine Regeln, die den Gebrauch und die Entsorgung von PFAS systematisch erfassen und begrenzen.



Umweltschäden werden in Kauf genommen: Windräder haben aufgrund des Einsatzes von PFAS erhebliche Nebenwirkungen

GESUNDHEIT

Energiewende schlägt Umweltschutz – mal wieder

Im Streit um die giftige „Ewigkeitschemikalie“ PFAS offenbart sich die Doppelbödigkeit der „grünen“ Transformation in der EU

Zunehmend größere Mengen von teils hochgiftigen PFAS werden infolge der sogenannten klimaneutralen Energieversorgung und bei der E-Mobilität produziert und eingesetzt. Ohne PFAS seien Produktion und Betrieb von E-Autos, Wärmepumpen, Lithium-Ionen-Batterien, Energiespeichern und Wasserstofftechnologien derzeit nicht möglich, erklären Branchenvertreter.

Für Wärmepumpen stehen als Alternative natürliche Kältemittel zur Verfügung, doch die Heizungsbauer wehren sich gegen eine baldige Umstellung. In den Schaltanlagen der Windräder wird das als höchst klimaschädlich geltende Gas Schwefelhexafluorid (SF₆) verwendet. Deutschland ist der größte SF₆-Emittent Europas. PFAS sind in großer Menge in den Verbundstoffen der bis zu 80 Meter langen Rotorblätter der Wind-

räder und in deren Beschichtung vorhanden. Bei der Zerlegung ausgedienter Rotorblätter vor Ort und in noch größerem Umfang bei der Sprengung von Windrädern gelangen PFAS-kontaminierte Partikel in den Boden, der anschließend landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar ist. Stillschweigend hingegen wird auch der Eintrag von giftigem Mikroplastik durch den Oberflächenverschleiß der Rotorblätter in den Boden und in die Meere.

„Nachhaltiger Umbau“ misslungen

Laut der EU-Agentur ECHA könnten ohne einschränkende Maßnahmen allein in der EU in den kommenden 30 Jahren bis zu 4,4 Millionen Tonnen PFAS in die Umwelt gelangen. Unklar ist, mit welchem Anteil die dezentrale Stromerzeugung durch Naturenergien, zukünftige Was-

serstoffproduktion und die E-Mobilität dabei berücksichtigt sind. Die Politik hat für das Ziel der sogenannten Transformation etliche schwerwiegende Nebenwirkungen in Kauf genommen, darunter auch, dass sich die „Ewigkeitsgifte“ in exponentiell gestiegenem Umfang in der Umwelt angereichert haben. Auch aus den Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände geht hervor, dass ihr jeweiliges Geschäftsmodell aus dem Bereich der „grünen Technologien“ Vorrang vor einer sauberen Umwelt hat.

Politiker und Wirtschaftsvertreter sollten die jetzt aufgekommene Diskussion als Weckruf verstehen und bekennen, dass der im Green Deal der EU festgeschriebene „nachhaltige Umbau“ nicht gelungen ist. Schon die Bezeichnung ist aufgrund der bekannten Tatsachen widersinnig.

PHARMA-INDUSTRIE

Biontech rutscht in die roten Zahlen

Das abrupte Ende der großen Corona-Impfwellen hat das Mainzer Unternehmen hart getroffen

Sie galten als Corona-Gewinnler schlechthin. Doch beim Mainzer Unternehmen Biontech ist die Stimmung seit einiger Zeit getrübt. Das zweite Quartal brachte einen Nettoverlust von gut 190 Millionen Euro nach einem Gewinn von 1,67 Milliarden vor Jahresfrist. Der Umsatz brach auf 167,7 Millionen Euro ein von 3,2 Milliarden im Vorjahreszeitraum.

Der Umsatzrückgang könnte sich auf die gesamte deutsche Wirtschaftsleistung auswirken. Laut Unternehmensberatung Barkow dürfte der Pharmahersteller in diesem Jahr rund 5,5 Milliarden Euro Umsatz machen – nur gut ein Drittel des Vorjahreswerts. Unter sonst gleichen Bedingungen würde das einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 von 0,33 Prozent bedeuten.

Die Aussichten der Biontech-Manager im Hinblick auf die weitere Corona-Entwicklung haben sich nicht erfüllt. Dabei wurde der mit dem US-Partner Pfizer produzierte Impfstoff zum Kassenschlager. Doch die Zahl der Impfungen tendiert gegen Null. Zwar wird für gewisse Berufs- und Bevölkerungsgruppen eine Auffrischung empfohlen, doch deren Erfolgsaussichten sind höchst ungewiss. Biontech konzentriert sich deshalb seit Anfang des Jahres wieder verstärkt auf die Krebsforschung, in der die Firma ihre Wurzeln hat. Doch auch dort läuft nicht alles nach Plan.

Erst kürzlich stellte der französische Pharmakonzern Sanofi ein mit Biontech entwickeltes Krebsmittel ein. Finanzvorstand Jens Holstein versucht dennoch, Optimismus zu verbreiten. Vergleichs-

weise weit sei Biontech etwa bei Therapien für Patienten mit Bauspeicheldrüsen- und Lungenkrebs.

„Wir gehen mit einer starken Finanzposition in die zweite Hälfte des Jahres 2023 und sind gut aufgestellt, unseren neuen variantenangepassten Covid-19-Impfstoff auf den Markt zu bringen sowie mehrere klinische Studien mit Zulassungspotential in den Bereichen Onkologie und Infektionserkrankungen durchzuführen“, sagte er. Zudem verwies er im Hinblick auf die Corona-Impfstoffe auf die Jahreszeit. Das Geschäft mit Impfstoff unterliege saisonalen Effekten. Derzeit sei Sommer auf der nördlichen Erdhalbkugel. Zum Herbst und Winter rechnet Biontech dann wieder mit mehr Einnahmen. Doch ob es dazu kommt, ist ungewiss. Bereits

die vierte Impfung im vergangenen Jahr verlief unter „ferner liefen“.

Zudem häufen sich Meldungen von Prozessen wegen möglicher Impfschäden. Und wenn weniger Menschen sich impfen lassen wollen, wird der Verteilungskampf härter. „Wir sorgen uns um den fairen Wettbewerb in Deutschland“, sagte Gerald Wiegand, Deutschlandchef von Biontech-Konkurrent Moderna. Das US-Unternehmen dürfte auf dem deutschen Markt bei einer neuen Impfung weitgehend leer ausgehen. Denn die Bundesregierung hat nur Lieferverträge mit Biontech abgeschlossen. Kritiker sehen darin eine unzulässige Monopolstellung. Vor allem Gesundheitsminister Karl Lauterbach gilt als vehementer Unterstützer des Mainzer Unternehmens. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

12.000 Lokale akut bedroht

Berlin – Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) warnt vor den Folgen der von der Bundesregierung geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer für Speisen in Gaststätten von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024. Aufgrund der dadurch verursachten Verteuerung inmitten einer Phase ohnehin sehr hoher Preise würden noch mehr Gäste als bisher wegbleiben, was die Schließung von 12.000 Lokalen zur Folge haben könnte. Dabei hätten bereits die Corona-Lockdowns 36.000 Inhaber zur Aufgabe gezwungen. DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges spricht von einer drohenden „Katastrophe“ für die Branche, und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten bezeichnete das Vorhaben als Maßnahme „zur Unzeit“. Allerdings führt der niedrigere Mehrwertsteuersatz zu Mindereinnahmen des Staates von 3,3 Milliarden Euro, was angesichts der rasant steigenden Ausgaben als ernsthaftes Problem gilt. *W.K.*

Lindner streicht Gelder

Berlin – Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat die für 2024 eingeplanten Gelder für die Digitalisierung der Verwaltung fast vollständig gestrichen: Statt 377 Millionen Euro wie in diesem Jahr werden im nächsten Jahr lediglich 3,3 Millionen bereitgestellt. Damit dürfte es weiter unmöglich sein, das Onlinezugangsgesetz einzuhalten. Dies verpflichtete „Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten“. Diese „Digitalrevolution“ fiel bislang aus, weswegen die deutschen Behörden international nach wie vor als rückständig gelten, und wird nun wohl auch weiterhin ausbleiben. Dennoch behauptete ein Sprecher des Finanzministeriums: „Wir werden im kommenden Haushalt kein Finanzproblem bei der Digitalisierung haben ... Für die zentralen Hebelprojekte der Digitalstrategie ist die Finanzierung gesichert.“ *W.K.*

Biogas-Anbieter ist insolvent

München – Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beim führenden deutschen Biogashändler bmp greengas sorgt unter Stadtwerken und auch in der Biomethan-Branche für Unruhe. Nach Recherchen des NDR haben mehr als 100 deutsche Biogas-Kraftwerksbetreiber, darunter zahlreiche Stadtwerke, mit der bmp langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Mit dem Insolvenzverfahren ist nun allerdings fraglich, ob die Lieferzusagen auch erfüllt werden können. Zur Schiefelage des Betriebes soll es durch die Einkaufspolitik der Unternehmensführung gekommen sein. Auf der einen Seite hat bmp greengas mit seinen Kunden langjährige Lieferverträge mit festen Mengen vereinbart. Die Verträge von bmp mit den Lieferanten von Biogas wiesen dagegen regelmäßig kürzere Laufzeiten auf. Durch den massiven Anstieg der Preise auf dem Gasmarkt im vergangenen Jahr soll diese Strategie zu Verlusten bei bmp geführt haben. *H.M.*

ANALYSE

China am Scheideweg

BODO BOST

Die Teilnahme des chinesischen Gesandten Li Hui am Friedensgipfel in Saudi-Arabien stand im krassen Gegensatz zu Pekings Entscheidung, ein ähnliches Forum in Kopenhagen im Juni auszulassen. Auf dem Gipfeltreffen, das Russland ausschloss, warb der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj vor einer großen Gruppe von Ländern des globalen Südens für seine Vision zur Beendigung des Krieges.

Sein Zehn-Punkte-Plan würde eine demütigende Niederlage von Wladimir Putin, Xi Jinpings engstem und wichtigstem Verbündeten, bedeuten. Chinas Vertreter, ein Beamter der mittleren Ebene ohne politische Entscheidungsbefugnis, war nicht gekommen, um dieses Projekt zu unterstützen oder auch nur ähnliche Optionen auszulegen, sagen Außenpolitikexperten.

Peking fürchtet einen möglichen Regimewechsel in Moskau und dessen mögliche sicherheitspolitische Folgen für China als Folge des Krieges. Das Treffen in Dschidda bot Peking die Chance, den globalen Süden zu beschwichtigen und den Schadensverlust gegenüber seinen westlichen Handelspartnern, die Chinas Wohlstand ausmachen, wegen der Beziehungen zu Russland zu begrenzen.

Beschwichtigungsversuche

Chinas Kosten-Nutzen-Rechnung ist wackelig, aber im Großen und Ganzen möchte es keine substantiellen ukrainischen Gewinne sehen, da diese sowohl die Interessen der USA als auch die Fähigkeit der NATO, die Lage in Europa zu stabilisieren, stärken würden, indem sie Russland schwächen. Weltweit zahlen vor allem die ärmeren Menschen einen immer höheren Preis für Russlands Krieg in der Ukraine, auch wenn er Tausende von Kilometern entfernt ist.

Die russische Blockade der ukrainischen Getreideexporte durch das Schwarze Meer haben die Lebensmittelpreise in die Höhe schnellen lassen – viele Verbündete Pekings aus dem globalen Süden werden darunter leiden. Anders als Russland hat China noch den Sozialismus als Staatsideologie, Solidarität spielt da zumindest auf dem Papier noch eine Rolle. China möchte nicht den Eindruck erwecken, Putin so sehr zu unterstützen, dass es zulässt, dass

der globale Süden Hunger leidet, das scheint der zentrale Hintergedanke Pekings.

Chinas Präsenz für Ukraine positiv

Für die Ukraine ist Chinas Präsenz positiv, unabhängig von Chinas Zielen und trotz seiner engen Beziehungen zu Russland. Bei aller Unterstützung Moskaus, auch mit Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, liefert Peking direkt keine Waffen an Russland. Und wenn Kiew schon keine chinesische Unterstützung gewinnen kann, so will es doch zumindest die Unterstützung für seinen Aggressor begrenzen. Das Treffen in Dschidda bot Peking die Gelegenheit, die Beziehungen zu den Verbündeten im globalen Süden zu stärken und zu versuchen, den Schaden für Chinas Ruf im Westen zu begrenzen, wo die Kritik an den engen Beziehungen zu Moskau immer lauter wird.

Für China bot die Teilnahme an Friedensgesprächen in Dschidda die Möglichkeit, sich als verantwortungsbewusster Akteur in den internationalen Bemühungen um eine Beendigung des blutigen Konflikts zu präsentieren, auch wenn das Land den Aggressor unterstützt. Putins kläglich gescheiterter Afrika-Gipfel in St. Petersburg bot diese Chance nicht.

Die große Anzahl von Delegationen aus Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas, die in Dschidda waren, um Selenskys Position zu hören, war vielleicht der wichtigste Aspekt des Treffens, das hinter verschlossenen Türen stattfand und keinen Abschlussbericht hatte.

Russlands koloniales Projekt

Im globalen Süden wird der Konflikt häufig noch als Stellvertreterkrieg zwischen den Supermächten USA und der untergegangenen Sowjetunion angesehen, das möchte Kiew ändern. Gegen Kiew spricht, dass viele ehemalige Kolonialmächte, wie Frankreich, Großbritannien, Spanien oder Portugal jetzt als NATO-Mitglieder Kiew unterstützen. Deshalb sind viele Länder des globalen Südens noch zurückhaltend bei der Unterstützung der Ukraine. Aber immer mehr Länder des globalen Südens erkennen, dass die Sowjetunion untergegangen ist und Russland heute sein eigenes koloniales Projekt in der Ukraine verfolgt.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Was geschähe, wenn heute eine Partei mit dem Namen „Die Rechte“ aufträte? Ansteckplaketten der Linkspartei

KOLUMNE

Ungleichgewicht

FLORIAN STUMFALL

Politische Absichten und Entwicklungen sind, soweit sie nicht über allgemeine Verlautbarungen verbreitet werden, sehr leicht am Sprachgebrauch der Politiker und Medienleute zu erkennen. So ist das ursprünglich günstig belegte Wort „konservativ“, das später wenigstens noch als neutral gelten mochte, heute aus dem Gebrauch völlig verschwunden. Es wurde ersetzt durch „erkonservativ“, was einen unbestritten abwertenden Charakter trägt. So soll das Konservative insgesamt verächtlich gemacht und als eine legitime weltanschauliche Haltung getilgt werden. So dringt die Botschaft bis ins Unterbewusstsein der Menschen, wogegen es keine Abwehr gibt.

Was für den Begriff „konservativ“ gilt, das hat, um die psychologisch-propagandistische Daumenschraube ein wenig anzuziehen, noch erheblich mehr Wirkung bei der politischen Einordnung nach links oder rechts. Was „links“ angeht, so scheint dieser Begriff alles in sich zu vereinen, was als fortschrittlich, sinnvoll und ehrenwert anzusehen ist. Das geht so weit, dass sich eine Partei ungeachtet ihres Herkommens und der damit verbundenen politischen wie moralischen Belastung „Die Linke“ nennen darf. Es ist, als hätte es den donnernden Zusammenbruch des Sozialismus im Jahre 1989 als Beleg für seine Untauglichkeit und Unmenschlichkeit nie gegeben.

Öffentliche Beurteilung

Um das Ungleichgewicht in der öffentlichen Beurteilung darzulegen, sollte man sich überlegen, was geschähe, wenn heute eine Partei mit dem Namen „Die Rechte“ aufträte. So, wie „links“ als die alles Finstere überwältigende Morgenröte einer menschlichen Zukunft dargestellt wird, gilt „rechts“ als der Sammelpunkt der Verkommtheit und Bösartigkeit. Geht es um Russland, den Feminismus, das Gendern, das Klima oder den Islam, so ist nur noch eine Auffassung statthaft. Die klassische politische Skala mit einer bürgerlichen Mitte und abgestuften, aber stets im demokratischen Rahmen sich befindenden Variationen seitlich dieser Mitte gibt es nicht mehr. Was nicht links ist, ist rechtsextrem. Denn auch hier gilt, was eingangs dargestellt wurde: Die Kennzeichnung „rechts“ findet in Politik und Medien kaum mehr Verwendung. Es

heißt fast nur noch „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“.

Wer sich für den Erhalt der klassischen Familie mit Vater, Mutter und Kindern ausspricht, wer dafür eintritt, dass straffällige Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung schnellstens ausgewiesen werden, wer das Bargeld behalten will, wer sich gegen eine übergriffige EU und ihre bürokratische Dominanz wendet, wer dem anhängt, was früher Patriotismus geheißt hat, wer an der unkontrollierten Zuwanderung Kritik übt oder wer sich im falschen Zusammenhang auf das

Was nicht links ist, ist rechtsextrem

im Grundgesetz verbriefte Recht der freien Meinung beruft, der verfällt dem Vorwurf, ein Rechtsextremist zu sein. Und dies gewinnt immer mehr auch an strafrechtlicher Relevanz.

Das gibt Anlass zur Überlegung, wonach sich denn der politische Extremismus orientiert. Diese Suche freilich soll nicht geleitet sein von der oktroyierten politischen Korrektheit und den damit verbundenen Interessen der dazugehörigen und davon profitierenden Seite, sondern von der Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte und deren Auswertung. Diese aber zeigt, dass es bei allen extremistischen Bewegungen, sie mögen angesiedelt sein oder heißen, wie sie wollen, eine Menge an Übereinstimmungen gibt.

Alle extremen politischen Ordnungen sind gekennzeichnet durch eine absolute Staatsgläubigkeit und einem davon abgeleiteten Zentralismus. Die Entscheidungen fallen ganz oben, Diskussionen sind angesichts der Gleichschaltung der Meinungen nicht mehr vonnöten. Was im politischen Bereich gilt, wird auch auf die ökonomische Ordnung angewandt: es herrscht – als ein Kernstück des nationalen wie internationalen Sozialismus – eine Kommandowirtschaft, bei der es ebenso wenig Konkurrenz gibt wie in der Politik. Die grundlegende Doktrin ist der Kollektivismus. Alles Individuelle steht im Ruh des Abweichlertums, dafür ist kein Platz. Demokratische Zustimmung wird durch die Herrschaft der Angst ersetzt. Ein Programm von zeitlo-

ser Durchschlagskraft, verbrämt von Phrasen über Werte und Menschlichkeit.

Es begann mit der 68er-Revolution

Wer wissen will, wie es in Deutschland so weit hat kommen können, muss weit zurückgreifen. Es begann mit der 68er-Revolution. Sie wurde lange missverstanden als der Versuch, den bürgerlichen Staat umzustürzen. Tatsächlich aber ging es darum, ihn von innen heraus zu zersetzen. Dazu wurden die grundlegenden Prinzipien angegriffen. Leistung wurde durch Lust ersetzt, Verantwortung durch Anspruch, Pflicht durch Anmaßung. Das war die eine Strategie. Die zweite bestand im schon damals propagierten „Marsch durch die Institutionen“. Beide Ziele befinden sich heute in greifbarer Nähe.

Um das Langzeitvorhaben gänzlich abzuschließen, wird viel Aufwand betrieben. Wesentlich begünstigt wurde es schon durch die Umwandlung der CDU durch die gewesene Vorsitzende, Kanzlerin Merkel. Heute verstärkt diese Partei die Linke auf vielen Feldern, und die bayerische CSU unter Söder folgt ihr nach. Auch hier wird ein mächtiger psychologischer Druck spürbar. Der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“ („NZZ“), Eric Gujer, kennzeichnet das so: „Deutschland mutiert zur Erziehungsanstalt.“ Abweichende Internetportale wie „PI News“, auf denen sich ehrenhafte Persönlichkeiten wie die einstige DDR-Dissidentin Vera Lengsfeld oder der Herausgeber der Schweizer „Weltwoche“, Roger Köppel, zu Wort melden, verfallen dem Vorwurf, rechtsextremistisch zu sein. Dem schließt sich der zur politischen Neutralität verpflichtete Präsident des Verfassungsschutzes, Thomas Haltenwang, an, der verkündet, dass es Aufgabe seines Amtes sei, die AfD zu verhindern.

Vera Lengsfeld erinnert an die Staatssicherheit der DDR, welche die Bürger gedrängt hat, einander zu denunzieren und zieht den Vergleich: „Heute ergeht die Aufforderung von Politik und Medien, aufeinander zu achten und antidemokratische Positionen und Haltungen zu melden.“ Alles wie gehabt. Nur, dass sich zu Rot das Grün gesellt hat.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Ein mährischer Falstaff

Vor 150 Jahren wurde der legendäre Tenor Leo Slezak geboren – Nach der Opernkariere sorgte er als Schauspieler für Lacher

VON HUBERTUS THOMA

Er ist einer der seltenen Fälle, in denen die Nachwelt dem Mimen Kränze flocht. Leo Slezak war für die deutschsprachige Kulturszene zwischen Jahrhundertwende und Zweitem Weltkrieg ein Übervater, an dem kaum ein Weg vorbeiführte: um die 400 Schallplatten, über 50 Filme, seine vier humoristischen, autobiographischen Bücher – unter dem Titel „Lachen mit Slezak“ bis heute erhältlich – sowie unzählige Anekdoten haben den Opernsänger und Schauspieler lebendig gehalten.

Über 30 Jahre, von 1901 bis 1934, hat Slezak an der Wiener Hof- und späteren Staatsoper, aber auch an der Volksoper und im Konzertsaal als erster Tenor und wahrscheinlich populärster Künstler gewirkt. Auch in Rottach-Egern am Tegernsee, wo er 1910 ein Bauernhaus erwarb und 1946 verstarb, ist die Erinnerung noch lebendig: Es gibt dort außer einer Leo-Slezak-Straße eine lebensgroße Bronzeskulptur im Kurpark, die ihn im Kreise seiner Freunde, den Schriftstellern Ludwig Thoma und Ludwig Ganghofer präsentiert.

Geboren wurde Slezak am 18. August 1873 in Mährisch-Schönberg mit Deutsch als Mutter- und Tschechisch als Vatersprache. Dass er am gleichen Tag Geburtstag hatte wie Kaiser Franz Joseph erfüllte den überzeugten Monarchisten Zeit seines Lebens mit großem Stolz.

Ähnlich seinen im gleichen Jahr geborenen Sängerkollegen Enrico Caruso und Fjodor Schaljapin wuchs er in ärmlichsten Verhältnissen auf, die er durch sein überlegendes Talent überwinden konnte, deren Folgen ihn aber lebenslang begleiteten: Einen „Sparpathologen“ nannte er sich in seinem letzten, von Tochter Gretel aufgezeichneten Buch „Mein Lebensmärchen“, wo er auch bekennt, seiner immensen Erfolge aufgrund beklemmender



Künstlerisches Schwergewicht: Leo Slezak (l.) im Operettenfilm „Gasparone“

Foto: imago stock&people

Ängste vor möglichen Schicksalsschlägen nie richtig froh geworden zu sein.

Vor seinem Publikum und seinen Kollegen tat Slezak indessen alles, um den Eindruck des Gegenteils zu erwecken: Vor seinen Späßen, seinem Improvisationstalent, dem ironischen Witz und mildesten Humor war niemand sicher.

Sein Debüt in Brünn als „Lohengrin“ 1896 wurde von einer Anekdote geprägt: „Wenn ich Noten lesen könnte würde ich mit Ihnen überhaupt nicht reden“, soll Slezak dem Dirigenten zugerufen haben, als dieser ihn mit Hinweis auf die Partitur („Slezak, schauen Sie doch in die Noten!“) auf einen Fehler aufmerksam ma-

chen wollte. Der junge Sänger war Schlossergeselle gewesen, bevor der Bariton Adolf Robinson seine Stimme entdeckte und sich bereit erklärte, ihn kostenlos auszubilden.

Umschulung zum Schauspieler

Von Brünn ging es über Berlin nach Breslau, wo Slezak mit der Schauspielerin Elsa Wertheim sein privates Glück fand. Nach Probegastspielen wurde Slezak nach Wien engagiert, wo der Komponist und Dirigent Gustav Mahler ihn zur der Künstlerpersönlichkeit formte. Bei Auftritten an der New Yorker Metropolitan Oper pflegte er mit dem Startenor Enrico Caru-

so ein entspanntes kollegiales Verhältnis, es gibt sogar eine Slezak-Karikatur aus Carusos Hand. Den Ausbruch des Ersten Weltkriegs erlebte Slezak im mondänen russischen Badeort Kislowodsk, bevor er das Land fluchtartig verlassen musste.

Von einigen Auslandsgastspielen abgesehen blieb Slezak nach dem Ersten Weltkrieg im deutschsprachigen Raum, wo er alljährlich nicht nur in den bedeutenden Musikzentren auftrat, sondern auch unermüdlich die Provinz bereiste. Nachdem er in zahlreichen Zeitungsbeiträgen seinen Sinn für charmante und ausdrucksvolle Erzählungen unter Beweis gestellt hatte, fasste er die gelungensten

von ihnen in dem Buch „Meine sämtlichen Werke“ zusammen. Das im Titel gegebene Versprechen hielt der Autor, ermutigt durch den sensationellen Verkaufserfolg, nicht ein. Es folgten weitere Werke von ihm.

Die Ausbildung eines zweiten künstlerischen Standbeins war auch der Tatsache geschuldet, dass Slezak in den 1920er Jahren seinen Zenit als Sänger überschritten hatte. Nach Stimmkrisen zog er sich aus dem Repertoirebetrieb der Oper zurück, um in gut bezahlten Revuen und Operetten aufzutreten. Dies wurde ihm von Puritanern der Kunst häufig übel genommen, ist mit dem Armutstrauma seiner Jugend aber gut zu erklären.

Der letzte Höhepunkt seiner Laufbahn als Opernsänger war der Kalaf in der Wiener Erstaufführung von Puccinis „Turandot“ 1927 an der Seite von Lotte Lehmann. Das Ansinnen Alban Bergs, in der Wiener Erstaufführung des „Wozzeck“ die Rolle des Tambourmajors zu übernehmen, lehnte Slezak ab – er war als Traditionalist kein Freund der Neutöner.

Zu dieser Zeit hatte Slezak bereits mehrere Filme gedreht, die ihm auch jenseits des Opern- und Konzertpublikums große Popularität einbrachten. Bezeichnend der Kommentar eines begeisterten Kinobesuchers: „Und so ein Talent wie diesen Mann lassen die jahrzehntelang Opern singen!“ Die Tätigkeit als Filmschauspieler war allerdings zeitaufwendig, zumal er für die Dreharbeiten meist nach Berlin zur Ufa reisen musste.

In den 1930er Jahren wurde dieser mährische Falstaff zu einem der populärsten Darsteller des deutschen Kinos. In manchen, aber nicht allen Streifen gibt er Gesangseinlagen. Sein letzter bedeutender Film war der zum 25. Jubiläum der Ufa bereits als Farbfilm gedrehte „Münchhausen“ mit Hans Albers in der Titelrolle, dessen vollständige Fassung erst vor wenigen Jahren wieder aufgetaucht ist.

AUSSTELLUNG

Schwankend im Blumenmeer

Künstler als Floristen – Die Münchner Kunsthalle lässt mit „Flowers Forever“ Blumen sprechen

Man glaubt es kaum, aber der Direktor der Münchner Kunsthalle Roger Diederer gibt es schriftlich: „Flowers Forever. Blumen in Kunst und Kultur“ ist die erste Ausstellung, die sich der Kunst und Kulturgeschichte der Blume vom Altertum bis heute widmet.

Es sei, wie es wolle. Tatsächlich ziehen die aus deutschen und ausländischen Museen stammenden rund 170 naturnahen wie aus kostbarstem Porzellan und edlen Metallen gefertigten Ausstellungsstücke und wertvollen Gemälde die Besucher schnell in ihren Bann. Immer geht es um die Blume in Kunst und Wissenschaft, in Mythologie und Religion, in Literatur, Politik, Ökonomie und Ökologie.

Die beiden Höhepunkte des thematisch gegliederten Parcours sind zweifellos der Spiegelsaal, den man eher vorsichtig betritt, weil schon der Boden auf den ersten Blick nicht verrät, ob er Realität oder Spiegelung ist. Die KI gesteuerten Installationen zeigen virtuelle farbige Blumengärten, deren Pflanzen sich unaufhörlich bewegen und verändern: Ein technisches und ästhetisches, bewundernswertes Schauspiel!

Den letzten Raum der Ausstellung bildet ein riesiger Rosengarten, der schon handwerklich ein Hingucker ist. Calyx heißt das Meer von rund 200.000 getrockneten Blüten, welche die englische Künstlerin Rebecca Louise Law mit gut 180 Helferinnen aus München gesammelt, getrocknet und kunstvoll verarbeitet hat. Kein Wunder, dass vor allem die weiblichen Besucher sich darin gern fotografieren lassen.

Blumen begleiten den Menschen von der Geburt bis zu seinem Ende. Sie beglücken die Liebenden, vermitteln Botschaften. Memento mori heißen die kleinen, mit Blumenkränzen geschmückten, Skulpturen aus dem Freisinger Dom Museum. Und Trost spenden die Madonnenbilder – Rose ohne Dornen – oder mit Lilien als Zeichen der Reinheit. Im 17. Jahrhundert entstand im Kloster Seon die blumenreiche Strahlenkranz Monstranz.

Die Ausstellung belässt es aber nicht nur bei Schönheit und Freude. Nelken wurden politische Symbole wie bei der Nelkenrevolution 1974 in Portugal als die aufständischen Soldaten Nelken in die Gewehrläufe steckten. Eher linksorien-

tierte Politiker tragen bevorzugt rote Nelken am Revers.

Im 17. Jahrhundert begann mit Tulpen der internationale Blumenhandel. Ein Bild zeigt weite Tulpenfelder in den Nieder-



Abraham Mignon, „Vase mit Blumen“, zirka 1665 Foto: Studio Tromp

landen. Blumenmotive kamen auf elegante Möbel, Vasen, Geschirr und Gebrauchsgegenstände. 420.000 Blumenarten hat die Wissenschaft bis heute katalogisiert. Von dieser Vielfalt lässt die Ausstellung einiges ahnen. „Von einem Blütenrausch im flirrenden Garten Eden“ schwärmt ein Besucher.

Der Katalog aus dem Prestel Verlag „spricht nicht durch die Blume“. Internationale Experten äußern sich präzise zu Botanik, Kunst, Kultur, Literatur und Wirtschaft; Kurztexte beleuchten Hintergründe zu einigen Objekten.

Im Umfeld der Ausstellung findet in München mit 500 Rahmenveranstaltungen das „Flower Power Festival München 2023“ statt. Im Herbst wandert die Ausstellung in veränderter Form ins Musée des Impressionismes in Giverny.

Norbert Matern

● „Flowers Forever. Blumen in Kunst und Kultur“ in der Kunsthalle München, Theaterstraße 8, bis 27. August, täglich geöffnet von 10 bis 20 Uhr, Eintritt: 16 Euro. Der Katalog kostet in der Kunsthalle 35 Euro. www.kunsthalle-muc.de

● MELDUNG

Masuren und Ermland im Bild

Düsseldorf – Mit der Ausstellung „Im Gegenlicht“ präsentiert das Gerhart-Hauptmann-Haus vom 18. August bis 29. September im Kin-Top von Düsseldorf-Oberbilk, Mindener Straße 20, Bilder aus Ermland und Masuren. Fotos von Wojciech Szulc-Cholnicki veranschaulichen den gegenwärtigen Alltag einer jahrhundertalten Region, die von Zuwanderern aus vielen Ländern Europas geprägt wurde und heute im Nordosten der Republik Polen liegt. Entstanden ist ein Potpourri beeindruckender Momentaufnahmen zwischen gestern und heute. Der Fotograf Szulc-Cholnicki wurde 1972 in Preußisch-Holland [Pasłęk] geboren, das in der Woiwodschaft Ermland-Masuren liegt, und arbeitete von 1997 bis 2012 für die polnische Fotoagentur Ekpictures. Er veröffentlichte unter anderem in „The Guardian“, „Die Zeit“, „Hollywood Reporter“, „Premiere“ sowie in der polnischen Presse zu Themen wie Film, Kino und Reisen. Infos: Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum: www.g-h-h.de tws

● SONDERMARKEN

„70 Jahre
Yad Vashem“

Berlin – Das Bundesministerium der Finanzen hat im August 2023 ein Sonderpostwertzeichen „70 Jahre Yad Vashem“ herausgegeben. Die Gestaltung des Postwertzeichens und der Ersttagsstempel stammen von Stefan Guzy aus Berlin. Die Briefmarke hat einen Wert von 85 Cent und ist in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich. Das Sonderpostwertzeichen wird am 7. September um 18 Uhr im Rahmen der Veranstaltung „Verantwortung begegnen“ im Bundesministerium der Finanzen (BMF) öffentlich vorgestellt. In dieser Veranstaltung wird im BMF auch die Ausstellung „Survivors. Faces of Life after the Holocaust“ eröffnet, bei der in Yad Vashem erstellte Portraits von 75 Holocaust-Überlebenden dargestellt werden. Yad Vashem ist die staatliche israelische „Gedenkstätte des Holo-



Sonderpostwertzeichen „70 Jahre Yad Vashem“ Foto: BMF

causts und des Heldenmuts“ in Jerusalem. Am 19. August 1953 beschloss die Knesset das Yad-Vashem-Gesetz, mit dem die staatliche Behörde gegründet wurde. PAZ

Ein Stück ZDF-Geschichte

Berlin – Das Bundesministerium der Finanzen hat diesen Monat die Sonderpostwertzeichen „Mainzelmännchen“ aus der Serie „Für die Jugend“ zur Unterstützung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. herausgegeben. Die Sonderbriefmarken und Ersttagsstempel wurden von Werner Hans Schmidt aus Frankfurt am Main ge-



Sonderpostwertzeichen „Mainzelmännchen“ Foto: BMF

staltet. Die Briefmarken haben einen Wert von, 85+40 Cent, 100+45 Cent und 160+55 Cent und sind in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich. Die Präsentation durch den Sprecher des Bundesfinanzministeriums Fabian Leber fand vergangenen Mittwoch um 13 Uhr im JFC Medienzentrum e.V., Seekabelstraße 4, 50733 Köln statt. PAZ



Flankiert von zwei Prototypen des „Volksempfängers“: Joseph Goebbels spricht zur Eröffnung der Großen Deutschen Funkausstellung in den neuen Messehallen am Funkturm in Berlin Foto: ullstein

RUNDFUNK

„Ganz Deutschland hört den Führer
– mit dem Volksempfänger“

Anlässlich der Eröffnung der 10. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin stellte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, vor 90 Jahren das Modell „VE 301“ vor

VON JÖRG KOCH

Bereits eineinhalb Monate nach der „Machtergreifung“, am 13. März 1933, hatte die neue nationalsozialistische Regierung mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine Institution zur Verbreitung ihrer Ideologie geschaffen. Nun musste nur noch dafür gesorgt werden, dass der Rundfunk seiner Bestimmung als „wirklicher Diener am Volk“ und als „Mittel zur Vereinheitlichung des deutschen Volkes in Nord und West, in Süd und Ost“ gerecht werden konnte. Das bedeutete, eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Rundfunkapparaten musste bewerkstelligt werden.

Am 18. August 1933, anlässlich der Eröffnung der 10. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin, die unter dem Motto stand: „Der Rundfunk dem Volke!“, stellte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, den von 28 deutschen Rundfunkapparatfabriken nach einheitlichen Vorgaben hergestellten „Volksempfänger VE 301“ vor. Der „Volksempfänger“, von dem bis zur Ausstellungseröffnung bereits 100.000 Exemplare produziert waren, war von dem Elektrotechniker Otto Griessing entwickelt worden. Die Gestaltung des Bakelit-Gehäuses geht auf den Industriedesigner Walter Maria Kersting zurück. Eine kostengünstige Serienproduktion war durch einheitliche Baupläne und standardisierte Bauteile möglich.

Der größere „Arbeitsfront-Empfänger“ für Plätze und Betriebe

Der Röhrenempfänger sollte an die „Machtergreifung“ vom 30. Januar 1933 erinnern, daher der symbolische Zusatz „301“. Einschließlich Antenne kostete er 76 Reichsmark. Obwohl dies nach heutiger Kaufkraft immerhin rund 380 Euro entspricht, war er damit deutlich günstiger als vorhandene Standardgeräte, deren Verkaufspreise zwischen 200 und 400 Reichsmark lagen. Überdies konnte

der Kaufpreis in 18 Monatsraten zu 4,40 Reichsmark abgezahlt werden. Für diese Ratenzahlung verschenkten manche Radio-Händler kleine Volksempfänger-Spardosen an ihre Kunden, um das Sparen attraktiver zu machen. Außer den Anschaffungskosten hatte jeder Rundfunkteilnehmer eine monatliche Gebühr von zwei Reichsmark an die Reichspost zu zahlen.

Nun war das Rundfunkhören nicht mehr nur einer privilegierten Schicht vorbehalten, sondern auch wirtschaftlich schwächer gestellte Bevölkerungskreise hatten die Möglichkeit, an den Geschehnissen der Zeit teilzuhaben. Der handliche Apparat war technisch einfach ausgestattet und lediglich für den Empfang von Mittelwellen- und Langwellensendern konstruiert. Zu hören waren zwar bis zu 20 Stationen, doch ausländische Sender, die über Kurzwelle ausstrahlten, konnten, je nach Standort und Tageszeit, kaum oder nur bei minderer Sendequalität empfangen werden. Im ganzen Reich sollte man mindestens den Deutschlandsender und einige Regionalsender empfangen können.

Bis zur Funkausstellung 1935 waren bereits 1,3 Millionen Geräte auf dem

Markt. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren rund dreieinhalb Millionen „Volksempfänger“ vorhanden.

1935 folgte der Arbeitsfront-Empfänger „DAF 1011“. Auch bei diesem Apparat besaß die Kennzeichnung symbolischen Charakter. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) sollte nach der Beseitigung der Gewerkschaften die NS-Gemeinschaftsideologie in den Betrieben durchsetzen und damit die „Volksgemeinschaft“ verwirklichen. Am 10. November 1933, daher die Bezeichnung „1011“, hatte Adolf Hitler vor Arbeitern der Siemens-Werke in Berlin eine Rede gehalten und auf seine bisherigen Erfolge hingewiesen: „Als ich kam, hatte Deutschland 6,2 Millionen Erwerbslose und jetzt sind es 3,71 Millionen. Es ist das für neun Monate eine Leistung, die sich sehen lassen kann.“ Der Arbeitsfront-Empfänger wurde vor allem auf öffentlichen Plätzen und bei der Übertragung wichtiger Meldungen und Reden in den Betrieben eingesetzt.

Der batteriebetriebene „Olympia-Koffer“ für die Sommerspiele 1936

Im Oktober 1937 kündigte Goebbels einen verbesserten Volksempfänger an, der nur noch 65 Reichsmark kosten sollte. Zu den preiswerten „politischen Rundfunkapparaten“, die bis zu Kriegsbeginn auf den Markt kamen, zählen auch der anlässlich der Olympischen Spiele 1936 auf den Markt gebrachte „Olympia-Koffer“ für 138 Reichsmark und der „Deutsche Kleinempfänger“ („DKE 38“), der ab 1938 zum günstigen Preis von nur noch 35 Reichsmark verkauft und im Volksmund „Goebbels-Schnauze“ genannt wurde.

Der zwar acht Kilo schwere, doch handliche, transportable und batteriebetriebene „Olympia-Koffer“ bot einen Empfang im Freien. Beworben wurde er als „tragbarer Empfänger für Reise, Wochenend und Sport“. Zahlreiche Hörer hatten in den Sommermonaten zum Gebührensparen ihr Rundfunkgerät abgemeldet, da sie sich selten zuhause, sondern stattdessen in Schrebergärten, an

Seen oder dergleichen Urlaubsdomizilen aufhielten und deshalb ihr häusliches Gerät kaum nutzen konnten. Mit einem tragbaren Gerät waren die Hörer nicht mehr ortsbunden, sodass dieses Motiv für Abmeldungen in den Sommermonaten an Bedeutung verlor.

Der „Deutsche Kleinempfänger“ für den schmalen Geldbeutel

Ähnlich wie bei den KdF-Wagen oder den KdF-Reisen handelte es sich bei alledem nicht um Ersatz, sondern nur um niedrigpreisige Alternativen zum bisherigen Angebot. Letzteres bestand weiterhin und reichte von einfachen Apparaten bis zu hochwertigen Prestigeobjekten mit hohem Bedienkomfort.

Nach 1933 hatte eine beachtliche Zunahme der Rundfunkteilnehmer eingesetzt. Bis 1938 verdoppelte sich in Deutschland die Zahl der angemeldeten Rundfunkgeräte. Vor allem im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 stieg der Absatz der Apparate. Die Übertragungstechnik bei den Sommerspielen war meisterhaft organisiert. Die 67 Rundfunksprecher aus 19 europäischen und 13 überseeischen Ländern sendeten einwandfrei rund 2500 Berichte, Reportagen und Kommentare aus dem Berliner Olympiastadion. Bis zu dem sportlichen Großereignis war nach und nach der Gemeinschaftsempfang auf öffentlichen Plätzen, in Betrieben und Schulen sowie an öffentlichen Gebäuden wie Bahnhöfen mit einem Netz von 6000 installierten Lautsprechersäulen ausgebaut worden. Ergänzt wurde die Beschallung im Freien ab 1938 durch die „Reichsrundfunksäule“, einem turmähnlichen Großlautsprecher, der für die Übertragung des Programms auf größeren Flächen bestimmt war.

Doch Star der Rundfunkgeräte war und blieb der „VE 301“. Das lag auch an der gezielten und einprägsamen Werbung. Bereits zu Beginn seiner Erfolgsgeschichte war ein Plakat auf den Markt gekommen mit dem einprägsamen Zweizeiler „Ganz Deutschland hört den Führer – mit dem Volksempfänger“.



Dr. Jörg Koch ist Historiker, Heimatforscher und Autor. Er wurde im Jahre 2002 bei Wolfgang von Hippel mit einer Arbeit über „Das Wunschkonzert im NS-Rundfunk“

promoviert. Dieses Jahr erschien seine Monographie „Kino für das Ohr. 100 Jahre Rundfunkgeschichte(n)“, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 226 Seiten mit 60 Abbildungen, ISBN 978-3-17-043172-0.

GEBURTENKNICK

Die Zeitenwende in der deutschen Demographie

Seit 50 Jahren sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden – Voraussichtlich wird das Geburtendefizit noch zunehmen

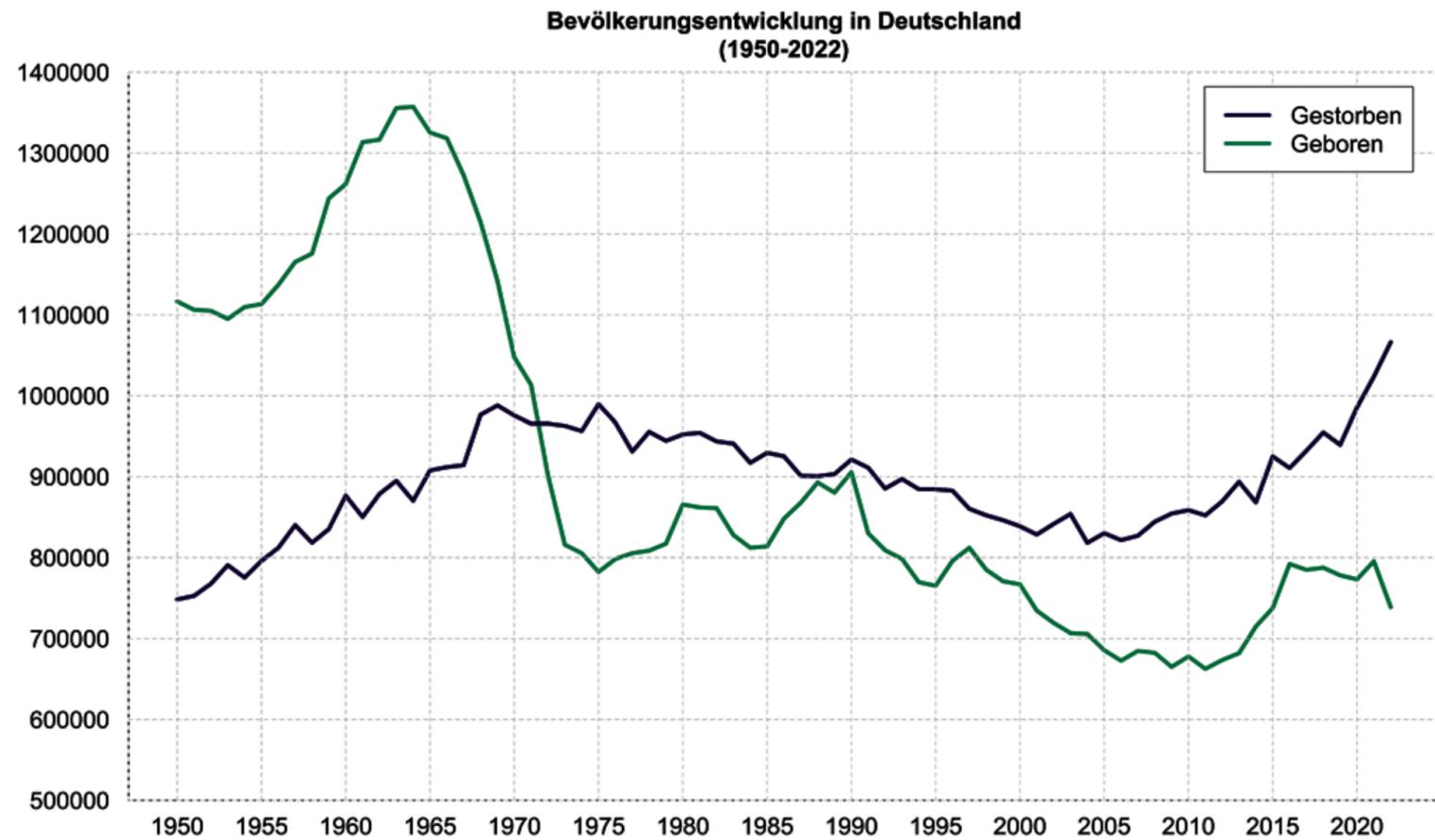
VON BODO BOST

Der Rang eines Staates wird seit alters her und bei allen Völkern an der Bevölkerungszahl und deren Wachstum gemessen. Seit Jahrhunderten spielte Deutschland dabei in der ersten Liga, unter den Top Ten der Welt. Das hat sich seit den 1970er Jahren geändert, als die deutsche Bevölkerung angefangen hat zu schrumpfen, und nur noch durch Zuwanderung in manchen Jahren geringfügig wächst. Deutschland war das weltweit erste Land mit einem dauerhaften Geburtendefizit. Bis heute rätseln die Wissenschaftler, warum gerade zu Anfang der 1970er Jahre plötzlich die Geburtenfreudigkeit rasant Jahr für Jahr abnahm. Der Knick, der sich in der Geburtenkurve zeigt, ist vor allem deshalb so stark, da es seit Mitte der 1950er Jahre als Spätfolge des Krieges eine Baby-Boomer-Phase mit deutlich erhöhten Geburtenzahlen in Deutschland gab. Diese Phase hat in der ersten Hälfte der 1960er den Höhepunkt erreicht. Dass es in Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten gab, hatte es, außer in Kriegsjahren, seit Beginn der Aufzeichnungen vor 120 Jahren nicht gegeben.

Ursprünglich dachte man, dass es ein vorübergehendes Phänomen sei, aber die Bundesrepublik behielt einen Sterbeüberschuss auch, nachdem die DDR, in der es noch eine höhere Geburtenquote gab, 1990 dazu kam. 1960 bekamen Frauen in Deutschland durchschnittlich 2,53 Kinder. Nach dem sogenannten Pillenknick schwankte die Geburtenhäufigkeit ab Mitte der 1970er Jahre jahrzehntelang um den Wert von 1,4. Notwendig zum Erhalt der Bevölkerungszahl ist eine Geburtenrate von 2,1 Prozent. Nach 2014 ist die Geburtenrate wieder etwas gestiegen auf 1,53 Kinder je Frau, sie sinkt aber bereits wieder ab.

Gründe für die Geburtenabnahme

Das Argument, dass die Geburtenabnahme etwas mit dem Pillenknick zu tun habe, zieht nicht so recht, weil die Antibabypille in Deutschland schon seit 1961 auf dem Markt war, es aber in den 1960er Jahren noch Geburtenjahrgänge von über einer Million gab. Das kinderreichs-



te Jahr war 1964 mit rund 1,36 Millionen Geburten. Ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit der Antibabypille und dem anschließenden Absinken der Geburtenrate unter das Selbsterhaltungsniveau wird heute zu meist verneint.

An der Abschaffung des Paragraphen 218 kann es auch nicht gelegen haben, denn die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch wurde erst 1974 vom Bundestag verabschiedet. Schon bei der Debatte im Bundestag wurde mit einer gesellschaftlichen Veränderung argumentiert, als „Schritt hin zur Eigenverantwortung und sozialen Gleichstellung der Frauen“, um das Abtreibungsverbot aufzuheben. Die veränderte Rolle der Frau in Gesellschaft und Familie, im Verbund mit der 1968er-Bewegung und wachsendem Wohlstand,

machten dann auch viele Analysten als zentralen Grund für den Geburtenrückgang verantwortlich. Während früher Frauen nur als Mütter gesellschaftliche Achtung erlangen konnten, war es seit den 1960er Jahren eher umgekehrt, Kinder wurden immer mehr zum Karrierehindernis für emanzipierte Frauen. Kinderreichen Familien, vor 100 Jahren noch die Norm, wurden seitdem gesellschaftlich immer mehr ausgegrenzt.

Vorreiter Deutschland

Deutschland blieb nicht lange das einzige Land, das eine schrumpfende Bevölkerung hatte. Auch in allen anderen europäischen und westlichen Ländern veränderte sich die Rolle der Frau und damit auch die Kinderzahl, in einigen Ländern wie Frankreich jedoch relativ spät. Auch die Europäische Union hat schon seit ei-

nigen Jahren einen negativen Geburten-saldo.

Der Ausgleich für die fehlenden Kinder kam zunächst als Gastarbeiter aus anderen europäischen Ländern, was zunächst keine Integrationsprobleme schuf, weil die Gastarbeiter durch Arbeit integriert wurden. Erst als es nach der Ölkrise von 1973 einen Stopp der legalen Gastarbeiterzuwanderung gab, begann eine erste illegale, unregelte Zuwanderung via Asyl, die mit der Zeit immer größer wurde. Heute ist diese viel größer als es die Gastarbeiter-Zuwanderung je war.

Für die Zukunft wird ein weiter steigendes Geburtendefizit erwartet, bedingt durch eine weiter sinkende Zahl an Geburten und immer mehr Sterbefälle. Bevölkerungsvorausberechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass bis 2050 jährlich eine Zuwanderung von 400.000 ge-

braucht werde, um dies auszugleichen. Die Bevölkerung Deutschlands werde daher langfristig immer stärker schrumpfen. Andere EU-Länder wie Luxemburg oder Italien holen sich ihre Zuwanderer unter den Nachkommen der einstigen Auswanderer in Brasilien. Die fehlenden Geburten in Deutschland und Europa können gesellschaftlich nur durch eine Zuwanderung in die Arbeitsplätze ausgeglichen werden, nicht aber, wie derzeit, durch eine Zuwanderung in die Sozialsysteme, bei der keine Integration mehr stattfindet und durch die das gesellschaftliche Konfliktpotential ab dem Moment rasant steigt, in dem die Renten und Sozialleistungen nicht mehr sicher sind. Denn das derzeitige Sozialversicherungssystem basiert auf einer Solidargemeinschaft, und die wird durch Zuwanderung in die Sozialsysteme unterminiert.

1. VISCOUNT NUFFIELD

Der Henry Ford des Vereinigten Königreichs

Der Mini trug auch seinen Namen – Vor 60 Jahren starb der einstige Eigentümer von Morris, MG, Riley und Wolseley



Ab 1938 1. Viscount Nuffield: William Morris Foto: imago/agefotostock

Als das vielleicht bekannteste Automobil britischer Provenienz, der Mini, 1959 auf den Markt kam, wurde er sowohl als Austin als auch als Morris verkauft. Das lag daran, dass sein Produzent, die British Motor Corporation (BMC), über beide großen Marken verfügte. Und das wieder ist darauf zurückzuführen, dass dieser zeitweise größte britische Automobilhersteller 1952 aus einer Fusion der Austin Motor Company mit der Nuffield Organization hervorgegangen war.

Dass die 1905 von Herbert Austin, dem 1. Baron Austin, mit potenten Geldgebern in Birmingham gegründete erste britische Automobilfabrik Austin Motor Company den Markennamen Austin beisteuerte, ist noch vergleichsweise unkompliziert. Schon etwas komplizierter verhält es sich mit der Nuffield Organization. Sie wurde 1938 von einem Briten erschaffen, der seit eben jenem Jahr der 1. Viscount Nuffield

war und in eben jenem Nuffield in der Grafschaft Oxfordshire vor 60 Jahren, am 22. August 1963, auch verstarb.

Die Nuffield Organization gründete der Viscount 1938, um den in jenem Jahr von ihm übernommenen Automobilhersteller Riley, der 1895 von William Riley in Coventry als Fahrradfirma gegründet worden und inzwischen insolvent war, mit den schon in seinem Besitz befindlichen Automobilunternehmen zu vereinen. Zu Letzteren gehörten außer dem 1927 in Konkurs gegangenen Unternehmen Wolseley vor allem die 1913 von William Morris gegründete Morris Motor Company und die zehn Jahre darauf entstandene Sportsparte Morris Garages (MG). So kam der Mini-Hersteller BMC außer in den Besitz der Marke Austin auch in den der Marke Morris.

William Morris und der Viscount Nuffield waren ein und dieselbe Person. Am

10. Oktober 1877 kam der später geadelte Bürgerliche in Worcester, einer Stadt in den West Midlands zur Welt. Als 15-Jähriger verließ er die Schule. Neun Monate nach dem Abschluss einer Ausbildung zum Fahrradmechaniker und Fahrradverkäufer eröffnete er einen kleinen Fahrradreparaturbetrieb im Haus seiner Eltern. Nach dem Umzug in einen eigenen Laden kam zur Reparatur die Produktion von Drahteseln. Es folgte der Herstellung von Motorrädern und schließlich von Autos.

Mit dem Modell Oxford gelang ihm der Durchbruch. 1912 entwarf er es, im darauffolgenden Jahr gründete er zu dessen Produktion in einer ausrangierten vormaligen Kaserne in Cowley in der Grafschaft Oxfordshire seine Morris Motor Company.

Der Erste Weltkrieg bedeutete einen Rückschritt. Statt Automobilen wurde in den Produktionsstätten nun Munition hergestellt. Nach dem Krieg konnte Mor-

ris jedoch an seine Vorkriegserfolge anknüpfen und kräftig expandieren. 1929 kam der Morris Minor, eine Art Ford Modell T oder VW Käfer der Briten. Von Henry Ford übernahm er auch die Fließbandfertigung und war damit ähnlich erfolgreich wie der Amerikaner.

Im Gegensatz zu jenem waren ihm jedoch keine Nachkommen vergönnt und damit auch nicht die Gründung einer Automobildynastie. Befreit vom Zwang, das Erarbeitete für nachfolgende Generationen zusammenzuhalten, betätigte sich das Mitglied der Anglo-German Fellowship als Mäzen und sozialer Wohltäter. Nennenswerte eigenständige britische Automobilmarken gibt es heute nicht mehr und einen Viscount Nuffield auch nicht. Aber das Nuffield College beispielsweise, das nach Morris benannt ist, weil es von ihm 1937 begründet wurde, gibt es noch heute. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ob tatsächlich eine signifikante und damit auch relevante Erderwärmung oder gar „Erderhitzung“ stattfindet, ist stärker umstritten, als die Klima-Alarmisten wahrhaben wollen: Mittlerweile hadert sogar der neue Vorsitzende des UN-Weltklimarates IPCC, James Skea, mit den permanent beschworenen Untergangsszenarien, und der Physik-Nobelpreisträger von 2022, John F. Clauser, äußerte kürzlich: „Ich kann getrost sagen, dass es keine echte Klimakrise gibt.“

Allerdings lässt sich ein Umstand nicht ignorieren: Dort, wo mehr Menschen leben, ist es tatsächlich wärmer. So liegen die Temperaturen auf der Nordhalbkugel der Erde, die 90 Prozent der Bewohner unseres Planeten auf 68 Prozent der globalen Landmasse beherbergt, zweifelsfrei höher. Das resultiert aber weniger aus dem Stoffwechsel des Homo sapiens – jeder Vertreter unserer Spezies produziert kontinuierlich rund 100 Watt Körperwärme – als aus dem zivilisatorisch bedingten Flächenfraß.

Denn eine naturbelassene und mit Vegetation bedeckte Fläche wird im Vergleich zu bebautem beziehungsweise mit Asphalt, Beton oder Pflastersteinen versiegeltem Land deutlich weniger heiß. Konkrete Messungen hierzu ergaben: Bei 34 Grad Lufttemperatur beträgt die Oberflächentemperatur von Rasenflächen rund 30 Grad, wohingegen sich die benachbarten Gehwege und Straßen auf 50 Grad aufheizen. Ähnlich dürften die Werte auf Dächern sein. Der Temperaturunterschied zwischen natürlichen und künstlich gestalteten Flächen liegt also im Durchschnitt bei 20 Grad, wenn draußen sommerliche Wärme herrscht.

Auch Immigration treibt Flächenfraß

Vor diesem Hintergrund kann man es nur als ausgesprochen nachteilig bezeichnen, dass der Flächenfraß in Deutschland derzeit ein Ausmaß von 58 Hektar pro Tag angenommen hat. Der größte Teil, nämlich 40 Hektar, geht dabei auf das Konto des Wohnungsbaus sowie der Schaffung von Industrie- und Gewerbeflächen. So verschlingt die geplante Ansiedlung der beiden Halbleiterwerke des US-Herstellers Intel bei Magdeburg nicht nur Rekordsubventionen in Höhe von 3,3 Millionen Euro pro Arbeitsplatz, sondern auch 450 Hektar Land, darunter 380 Hektar bester Börde-Ackerboden.

Weitere zehn Hektar am Tag fallen neuen Freizeit- und Erholungseinrichtungen zum Opfer. Dazu kommen außerdem noch acht Hektar täglich für die Erweiterung der Verkehrsflächen – obwohl diese hierzulande momentan recht schleppend verläuft.

Allerdings betrug der Flächenfraß in Deutschland im Jahre 1900 noch 130 Hektar innerhalb von 24 Stunden und



Standort mit Garantie für Höchsttemperaturen: Thermometer neben einem Parkplatz in Kalifornien

Foto: pa

ERDERWÄRMUNG

Die unterschätzte Rolle der Bodenversiegelung

Wo die Sonne auf Beton statt auf Grün trifft, wird es naturgemäß besonders heiß. Dies wird auch dazu missbraucht, um besonders alarmierende Messwerte zu erlangen, wie eine US-Studie herausfand

sank hernach kontinuierlich bis 2015 auf 50 Hektar pro Tag. Dann sorgte unter anderem der massenhafte Zustrom von Immigranten für einen erneuten Anstieg des Flächenverbrauches: 3,6 Millionen eingereiste „Schutzsuchende“ oder solche, die vorgaben, welche zu sein, benötigten Unterkünfte und eine entsprechende Infrastruktur zur Versorgung, wodurch zahlreiche neue Hitzeinseln in Stadt und Land entstanden.

Das gilt analog für die Energiewende. Die riesigen Solar- und Windparks, die „ökologisch“ produzierten Strom liefern und Gas-, Kohle- oder Kernkraftwerke überflüssig machen sollen, beanspruchen ebenfalls zunehmend mehr Land, auf dem vorher Gräser, Büsche und Bäume wuchsen und als natürliche Thermostate fungierten.

Daran ändert auch der „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ nichts, den die EU-Kommission im September 2011 an das Europäische Parla-

ment, den EU-Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen schickte. So ist das darin gesteckte Ziel, „die Landnahme so zu reduzieren, dass bis 2050 netto kein Land mehr verbraucht wird“, bei einer Fortsetzung der derzeitigen Migrations- und Energiepolitik absolut illusorisch.

96 Prozent der Stationen „gestört“

Der Flächenfraß gerät aus naheliegenden Gründen heute kaum ernsthaft zum Thema in den Medien, dennoch müssen seine Folgen nun dazu herhalten, die Klimapanik weiter zu befeuern. Das geschieht durch eine gezielte oder zumindest fahrlässig vorgenommene falsche Platzierung von Temperaturmessgeräten an Standorten, welche sich rasch aufheizen. Auskunft hierüber gibt unter anderem eine Studie des ehemaligen US-amerikanischen Radio- und Fernsehmeteorologen Anthony Watts, welche 2022 von der kon-

servativ-liberalen Denkfabrik The Heartland Institute herausgegeben wurde und den Titel trägt: „Corrupted Climate Stations. The Official U.S. Temperature Record Remains Fatally Flawed“ (Beschädigte Klimastationen. Die offizielle Temperaturerfassung in den USA bleibt fatal fehlerhaft).

Darin wird gezeigt, dass 96 Prozent der 8700 Messstationen des Cooperative Observer Program (COOP) des Nationalen Wetterdienstes (NWS) der Vereinigten Staaten zur Erfassung von Werten zum Nachweis des angeblichen Klimawandels nicht den Standards der staatlichen Wetter- und Ozeanographiebehörde für eine „akzeptable“ und „unverfälschte“ Datengewinnung entsprechen.

Dies resultiert daraus, dass sie in zu großer Nähe zu wärmeproduzierenden oder wärmespeichernden Objekten stehen, wobei zu den Letzteren eben auch Gebäude, Parkplätze, Straßen, Mauern und ähnliches zählen. Seine Aussagen be-

legt Watts unter anderem mit zahlreichen eindeutigen Fotos von Messstationen quer durch die USA, vielfach aufgenommen mit Wärmebildkameras, welche die übermäßige Aufheizung in der Nähe der Thermometer auf das Eindrücklichste zeigen, wonach er dann außerdem noch zu dem Fazit gelangt, dass die Daten der wenigen „ungestörten“ Stationen „nicht auf eine Klimakrise hindeuten“.

Dabei dürften die Verhältnisse in der dicht besiedelten Bundesrepublik ganz ähnlich sein. Das zeigt unter anderem der Skandal um den angeblichen „deutschen Allzeit-Hitzerekord“ vom 25. Juli 2019. Dem Deutschen Wetterdienst (DWD) zufolge betrug die Lufttemperatur in der Gemeinde Lingen im Emsland damals genau 42,6 Grad Celsius im Schatten. Allerdings lag die Messstation an einem ausgesprochen stark aufgeheizten Platz, was eindeutig gegen die Qualitätskriterien der World Meteorological Organization (WMO) verstieß.

AUSSTEIGER

Und die Währung ist mit Keksteig gedeckt

Mehr als 50 freihändig gegründete „Mikrostaaten“ ringen weltweit um ihre völkerrechtliche Anerkennung

Wer die Vereinigten Gebiete der Souveränen Nation der Volksrepublik Slowjamastan besuchen will, muss sich auf einiges gefasst machen. Denn hier sind unter anderem das falsche Aufhängen von Toilettenpapier, Kunststoffschuhe der Marke Crocs, das Platzieren der Füße auf dem Armaturenbrett eines Autos, das Essen von Streichkäse durch direktes Beißen und das Fahren auf der linken Spur ohne Überholabsicht verboten.

Verantwortlich für diese „drakonischen“ Gesetze ist der selbsternannte Sultan von Slowjamastan, Randy Williams, welcher die „Gelegenheitsdemokratie“ seit ihrer Gründung im Dezember

2021 regiert. Der Radiomoderator hatte zuvor alle von den Vereinten Nationen anerkannten 193 Staaten der Welt bereist und danach zudem auch die Republik Molossia besucht, die im US-Bundesstaat Nevada liegt und seit 1998 um ihre Unabhängigkeit von Washington kämpft.

Hier erfuhr er von „Präsident“ Kevin Baugh, dass Molossia nach wie vor gegen die inzwischen untergegangene DDR Krieg führe und eine Währung besitze, die nicht mit Gold, sondern mit Schokoladenkeksteig gedeckt sei. Das inspirierte Williams, für umgerechnet 17.600 Euro ein elf Hektar großes Stück Wüstenland an der California State Route 78 nord-

westlich von San Diego zu erwerben und dann dort genau wie Baugh einen eigenen Staat zu proklamieren.

Der zählt momentan bereits 500 Bürger, wobei weitere 4500 unbearbeitete Anträge auf Einbürgerung vorliegen. Williams' „Untertanen“ können allerdings noch keine nennenswerte Infrastruktur nutzen. Diese besteht lediglich aus einem Grenzschild an der Autobahn, einer Telefonzelle, einem Schlagbaum mit Wächterhäuschen sowie einem Schreibtisch unter freiem Himmel, der als Herzstück der imaginären Hauptstadt Dublandia gilt, weil der „Sultan“ hier gelegentlich Audienzen in seiner grünen Phantasieuniform

abhält. Dafür besitzt Slowjamastan aber eine Nationalhymne, ein Nationaltier, eine Nationalfrucht und eine Flagge samt Nationalwappen sowie eine eigene Währung, genannt Duble.

Wie Molossia strebt auch das „Reich“ von Williams die Loslösung von den USA an, wobei es sich auf die 1933 verabschiedete Konvention von Montevideo über Rechte und Pflichten der Staaten beruft. Der zufolge muss ein „Staat als Subjekt des internationalen Rechts ... folgende Eigenschaften besitzen: (a) eine ständige Bevölkerung; (b) ein definiertes Staatsgebiet; (c) eine Regierung; und (d) die Fähigkeit, in Beziehung mit anderen Staaten

zu treten“. Dies wäre im Falle von Slowjamastan gegeben – der Haken ist nur, dass die „Volksrepublik“ auf US-amerikanischem Territorium liegt.

Dennoch wurde Williams' slowjamastanischer Pass bereits in 16 verschiedenen Ländern bei der Einreise abgestempelt, darunter auch in Südafrika und Neuseeland. Das resultierte wohl daraus, dass die Grenzbeamten überfordert waren, denn mittlerweile gibt es schon mehr als 50 solcher sogenannten Mikronationen wie Slowjamastan von Akhzivland an der libanesisch-israelischen Grenze bis zur Republik Whangamomona in Neuseeland. W.K.



OSTERODE

Lernen im Garten des Deutschen Hauses

Viel Spaß beim Spielen – Deutsche Minderheit veranstaltete Sommerferienwerkstatt für Kinder

VON UWE HAHNKAMP

Seit Jahren sind der Termin und der Ort für die Sommerferienwerkstatt der Kinder der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Ermland-Masuren gleich. Sie findet Ende Juli in Osterode statt, mit einem Internat als Stützpunkt und dem Deutschen Haus der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Tannen“ für den Deutschunterricht. In diesem Jahr warteten vom 24. Juli bis zum 1. August viele Erlebnisse auf die Kinder von neun bis zwölf Jahren.

Das Deutsche Haus in Osterode, Sitz der Gesellschaft „Tannen“, der letzte Sonnabend im Juli, endlich einmal sonniges Wetter. Vom Spielplatz im Park auf der anderen Seite der Herder-Straße dringt der fröhliche Lärm spielender Kinder herüber, im Haus selbst ist es fast ganz still. Im großen Saal lernen 20 Kinder eifrig Körperteile auf Deutsch anhand einer selbst gemalten Figur. Sie sind fleißig, die Konzentration an diesem Tag ist aber, so die Lehrerin Anja Laskowska, trotz der spielerischen Gestaltung des Unterrichts wegen der Sonne geringer als sonst.

Heinrich Hoch, Vorsitzender der „Tannen“ und des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, der die Freizeit organisiert, findet während des täglichen Deutschunterrichts ein wenig Ruhe zum Durchatmen: „Es war sehr viel los, trotz des regnerischen Wetters, das unser Programm ein wenig durcheinandergebracht hat. Vor allem gab es den Unterricht und das sogar bei zwei Lehrern.“ In Danzig war die Gruppe am Anfang der Werkstatt, und das war ziemlich anstrengend. „Wir mussten sehr aufpassen, weil wegen des Dominikanermarkts viele Menschen in der Stadt waren. Aber wir waren auch an



Gemeinsam erstellt: Die jungen Teilnehmer stellen ihr Plakat „Freunde“ im Garten des Deutschen Hauses vor

Foto: U.H.

der Ostsee, schon einmal baden“, berichtet Hoch.

Vergnügen und Disziplin

Die Kinder ließen ihre angekündigten Gäste dann am Unterricht und an ihren Erfolgen teilhaben und präsentierten lebhaft ihr Können zu den Körperteilen und ein Gedicht zu Freunden in der Schule auf Deutsch, und zwar im Garten hinter dem Haus, weil sie es drinnen nicht mehr aushielten. Auch die Interviews für die Radiosendung der Deutschen Minderheit mit einigen Freiwilligen fanden dort gemächlich in der Sonne statt.

Das reichhaltige Programm bereitete den Kindern viel Vergnügen. Neben der „etwas schwierigen deutschen Sprache“, so eine Teilnehmerin, gab es handwerkliche Arbeitsgruppen, Filmabende, Disco, Karaoke und andere Wettbewerbe. Auch die Landeskunde kam dank des Freilichtmuseums in Hohenstein und des neu gestalteten Grunwald-Museums nicht zu kurz. Besonderen Anklang fanden bei vielen Kindern die Bootsfahrt auf dem Drewenzsee in Osterode. Und natürlich lockte am laut Hoch „ersten wirklich sonnigen Tag“ der Freizeitpark und der Strand.

Bei so vielen Erlebnissen sowie An- und Aufregungen schlagen manche Kinder schon mal über die Stränge, sollte man meinen, aber von den Betreuerinnen der Gruppe kam einhellig der Kommentar, dass von der Disziplin und dem Engagement der Kinder nur Positives zu berichten sei. Zum Ende des Unterrichts jedenfalls stürmte die Horde noch etwas wilder zu einem Gruppenfoto und dann diszipliniert in Zweierreihen auf den Spielplatz gegenüber und in den Nachmittag zu Gokart-Fahren und Baden. Endlich in die Wärme, endlich frei, endlich sich austoben!

MELDUNGEN

Sonnenuhr erneuert

Allenstein – Im Rahmen der Feiern des Kopernikus-Jahres 2023 hat das nach dem Astronomen benannte III. Allgemeinbildende Lyzeum in Allenstein die Sonnenuhr auf ihrem Gelände zu neuem Leben erweckt. Die bisherige Konstruktion entstand zur Schulbenennung nach Nikolaus Kopernikus im Jahr 1971, war inzwischen unansehnlich geworden und mit Moos bewachsen. Die Enthüllung der neuen glänzenden Sonnenuhr läutet das 60-jährige Jubiläum der Schule ein, das im kommenden Jahr begangen wird. An der Uhr kann man nicht nur die Stunden ablesen, wie der Leiter des Allensteiner Planetariums Jacek Szubiakowski erläuterte, sondern auch die Daten des Wechsels der Jahreszeiten. Übrigens geht die Uhr noch bis Oktober eine Stunde nach, denn sie zeigt die biologische Zeit und nicht die gerade herrschende mitteleuropäische Sommerzeit. U. H.

Neues Stadion

Braunsberg – In Braunsberg wurde offiziell das neue Leichtathletik- und Fußballstadion eröffnet. Es entstand anstelle des Stadions des lokalen Fußballklubs Zatoka aus den 80er Jahren. Es verfügt über Plätze für 500 Zuschauer und 50 Gäste von auswärts. Der Direktor des Städtischen Sportzentrums Andrzej Piróg freute sich im Gespräch über das automatische Bewässerungssystem des neuen Spielfelds. Sämtliche Einrichtungen – unter anderem für Hoch-, Weit- und Stabhochsprung sowie für Wurfdisziplinen – sind auf hohem Niveau, wie Waldemar Gajowniczek, Trainer bestätigt. Sein bekanntester Schützling ist Aleksandra Lisowska, die 2022 in München Europameisterin im Marathon wurde. U. H.

KÖNIGSBERG/NEUKUHREN

Ärger um gemeinsame Fußgänger- und Radwege

Die Zahl der Unfälle steigt – Bürger beschwerten sich bei Behörden und fordern Konsequenzen

In diesem Sommer ist eine neue Kategorie von Verkehrsmitteln in die Straßenverkehrsordnung des Königsberger Gebiets aufgenommen worden. Dazu zählen Elektroroller, Elektro-Skateboards, Elektroscooter und Segways. Diese Fahrzeuge dürfen auf einem Radweg oder, wenn kein solcher vorhanden ist, auf dem Bürgersteig fahren. Fußgänger haben jedoch immer Vorrang. Die Behörden der Pregelmetropole haben damit begonnen, spezielle Markierungen für Rad- und Rollerfahrer anzubringen.

Aufgemalte Markierungen unterteilen den Bürgersteig in zwei Teile. Für Rad- und Rollerfahrer wurde ein 75 Zentimeter bis einen Meter breiter Weg abgetrennt. Der verbleibende Teil des Bürgersteigs ist für Fußgänger vorgesehen. Piktogramme mit dem Bild eines Fahrrads und einer Person wurden neben den Markierungen angebracht.

Die Markierungen wurden auf den Hauptverkehrsstraßen der Stadt angebracht wie etwa der Samitter Allee [ul. Gorkogo] der Ponarther Straße [Kiewskaja] oder der Wrangelstraße [ul. Tschernjachowskaja]. Derzeit sind in Kö-

nigsberg etwa 50 Kilometer Radwege angelegt, und das Bürgermeisteramt plant, diese Zahl auf 300 Kilometer zu erhöhen. In Zukunft sollen auch Markierungen entlang der Fahrbahn angebracht werden.

Doch schon zu Beginn der Markierungsarbeiten erhielt das Büro des Bürgermeisters zahlreiche Beschwerden von

Bürgern. Einerseits sind Fußgänger verärgert darüber, dass sie die Bürgersteige mit anderen Verkehrsteilnehmern teilen sollen. Andererseits wissen die Beamten der Stadtverwaltung selbst nicht, was sie mit den Pfosten und anderen Hindernissen anfangen sollen, die Radfahrer daran hindern, auf ihren Fahrspuren zu fahren.

Einige Hindernisse konnten beseitigt werden, aber beispielsweise Stützen von Beleuchtungs- und Stromleitungen müssen bleiben. Viele Rad- und Rollerfahrer beachten die Markierungen nicht und rasen über den Bürgersteig. Die Folge ist eine Zunahme von Unfällen.

Die Einführung neuer Markierungen führt jedoch nicht nur in der Gebietshauptstadt zu Konfliktsituationen. Im Kurort Neukuhren [Pionerskij] hat eine Änderung der Verkehrsführung zu einer Unterschriftensammlung für den Rücktritt des Bürgermeisters geführt. Der Bau eines Abschnitts des Radwegs „Von Nehnung zu Nehnung“ (von der Frischen zur Kurischen) machte die Änderung der Verkehrsführung im Zentrum von Neukuhren erforderlich. Das Büro des Bürgermeisters beschloss, die Hälfte der Fahrbahn der Hauptstraße, die durch das Stadtzentrum führt, zur Einbahnstraße zu machen.

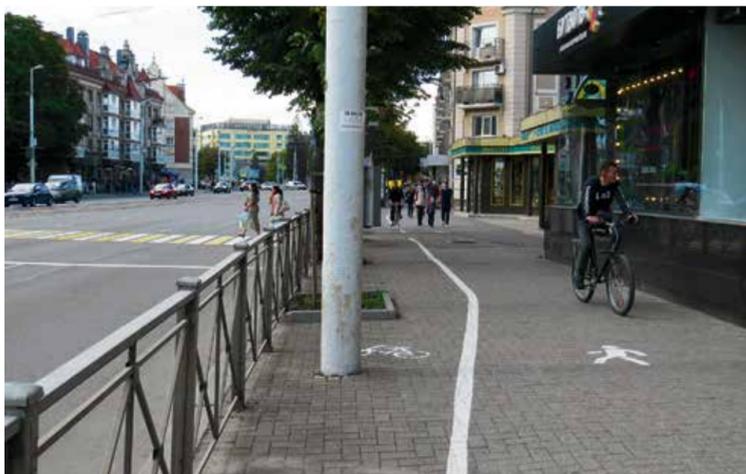
Die Verwaltung war von den Argumenten der Bürger, dass die Straße unsicherer werden würde, nicht überzeugt. Daraufhin schlossen sich die Unzufriedenen in den sozialen Medien zur Gruppe

„Stimme Neukuhrens“ zusammen und begannen, Unterschriften für den Rücktritt des Bürgermeisters zu sammeln. Außerdem wandten sie sich an die Staatsanwaltschaft.

Die Staatsanwaltschaft kassierte den Beschluss des Verwaltungschefs zur Änderung der Verkehrsregelung, und verwies darauf, dass diese Straße, für die der Einbahnverkehr eingeführt worden war, Teilstück einer Kraftfahrstraße von regionaler Bedeutung sei. Für den Verkehr darauf sei das regionale Ministerium für Infrastrukturentwicklung zuständig. Jetzt ist der Verkehr dort wieder zweispurig, und Radfahrer können unter Beachtung der Verkehrsregeln die Fahrbahn benutzen.

Mit der Einhaltung der Regeln nehmen es viele Radfahrer nicht so genau. Um die zunehmende Zahl der Unfälle einzudämmen, hat die Polizei in diesem Sommer Kontrollen durchgeführt. Besonderes Augenmerk wurde auf Radfahrer unter 14 Jahren gelegt. Radfahrer zwischen sieben und 14 Jahren dürfen nicht auf der Straße fahren, sondern nur auf dem Radweg oder dem Bürgersteig.

Jurij Tschernjyschew



Ein typisches Beispiel aus Königsberg: Ein Radfahrer ignoriert den markierten Radweg

Foto: U.H.

Wir gratulieren...



Prawdzyk, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 24. August
Ehlert, Erna, geb. **Rekittke**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 19. August
Hellwich, Helga, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 19. August
Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August

Bünger, Renate, geb. **Boguschewski**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August
Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August
Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August
Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August
Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August
Sprotte, Inge, geb. **Kaulbach**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 21. August
Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bürgermeister, Lore, geb. **Körner**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 21. August
Glang, Herbert, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 19. August
Hug, Elfriede, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 22. August
Nagel, Inge, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August
Ollech, Karl, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Possoch, Irmtraud, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. August
Schudy, Karl-Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. August
Grampe, Gerda, geb. **Meiser**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 22. August
Grüning, Charlotte, geb. **Fladda**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 21. August
Heede, Anita, geb. **Reck**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 19. August

Kaage, Hans-Armin, aus Lyck, am 18. August
Kerber, Edith, geb. **Meyer**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 20. August
Voigtmann, Kriemhild, geb. **Zacharias**, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barth, Edith, geb. **Statz**, aus Lyck, Sentker Straße, am 22. August
Fuhrmann, Irmgard, geb. **Reilein**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 19. August
Groll, Gerhard, aus Spallwitten, Kreis Fischhausen, am 24. August
Kannenberg, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Krieg, Veronika, geb. **Böhm**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 24. August
Mueller, Gerda, geb. **Sakrzewski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. August
Ollech, Magda, geb. **Münster**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. August
Oppenkowski, Charlotte von, geb. **Wlost**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Petrick, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. August
Ramm, Ursula, geb. **Kraft**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 24. August
Warnke, Erika, geb. **Pusch**, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. August
Wawrsinek, Anneliese, geb. **Heinrich**, aus Blumenfeld, Kreis Schloßberg, am 22. August
Zinnall, Werner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balewski, Irmgard, geb. **Glaubitz**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Deyda, Dieter, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 23. August
Hübner, Georg, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. August

Iwannek, Reinhard Paul, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 18. August
Kellermann, Ursula, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 19. August
Kroner, Alice, geb. **Jotzko**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 19. August
Lunk, Walter, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. August
Plath, Brigitte, geb. **Ziesmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Rogowski, Adolf, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 18. August
Schindowski, Helmut, aus Samrodt, Kreis Mohrunen, am 18. August
Schulz, Helmut, aus Wehlau, am 22. August
Sczech, Walter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 19. August
Steinert, Brunhilde, geb. **Conrades**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. August
Thiem, Irmtraut, geb. **Ebert**, aus Groß Hermenau, Kreis Mohrunen, am 18. August
Ulze, Elly, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August
Unrau, Horst, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 22. August
Weber, Irmgard, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Boguschewski, Gerold, aus Treuburg, am 24. August
Cislik, Gerd, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 18. August
Donath, Erich, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 23. August
Eggert, Ursula, geb. **Denda**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. August
Gregorz, Erhard, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. August
Hiltl, Ute, geb. **Jucknieß**, aus Wehlau, am 19. August
Krauskopf, Ilse, aus **Sangnitten**, Kreis Preußisch Eylau, am 19. August

Letkiewicz, Ortrud, geb. **Kullik**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August
Linow, Ilse, geb. **Pörschke**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 22. August
Lober, Alina, aus Modlin, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August
Materna, Klaus, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 18. August
Neumann, Hannelore, geb. **Skröblin**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 24. August
Pukrop, Gisela, geb. **Rath**, aus Stetenbach, Kreis Lyck, am 23. August
Reckert, Edelgard, geb. **Symanzik**, aus Ortelsburg, am 21. August
Schön, Edith, geb. **Kiauka**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 24. August
Schopohl, Elfriede, geb. **Jannek**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Tesmer, Hans-Dieter, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 21. August
Turowski, Gerhard, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Uschkoreit, Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Domnick, Irmgard, geb. **Paczenski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 19. August
Lippe, Detlef, aus Fischhausen, am 23. August
Rempel, Jürgen, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 19. August
Sion, Wilhelm, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 22. August
Sturmann, Maria, geb. **Paulick**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 23. August
Young, Marianne, geb. **Schöpfner**, aus Lyck, Steinstraße 37, am 19. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Thobaben, Gabriele, geb. **Conrad**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 19. August

ZUM 105. GEBURTSTAG

Plewka, Christel, geb. **Lucks**, aus Bialla/Gehlenburg, Kreis Johannisburg, am 23. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
Milpacker, Hildegard, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. August
Rama, Eduard, aus Winken, Kreis Neidenburg, am 21. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Beutel, Hildegard, geb. **Tresp**, aus Maldeuten, Kreis Mohrunen, am 21. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August
Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August
Joschko, Helga, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 18. August
Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August
Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bark, Brigitte, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de



ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift
- Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.
Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.
Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

sion (Waldkaterallee 1a, Rinteln, nahe Bahnhof) statt.

Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen werden aber alle Teilnehmer um Anmeldung bei Joachim Rebuschat, Telefon 05751 5386 oder unter rebuschat@web.de, gebeten.

Joachim Rebuschat



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhneke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964)1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag

Bielefeld - Einladung zum Heimatinachmittag der Ost- und Westpreußen in Bielefeld am Montag den 21.08.2023, im Gasthaus - Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“ in der Kurt-Schuma-

cher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld um 15:00 Uhr. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Frau Barbara Dörr, Telefon. 0521 -82026.

Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie anderer Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatlichen Grüßen der Vorstand.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Bad Oldesloe und Tremsbüttel - Im August trafen sich die Ost- und Westpreußen wieder bei Annemarie Knopf in Tremsbüttel.

Thema war das Buch „Heimat... und alles ist so anders doch“ von Günter Donder.

Er schildert darin die Zeit von 1945 bis 1958, vom Einmarsch der Roten Armee in sein Dorf bis zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland.

An nur einem Tag im Januar 1945 wurde sein Dorf Stettenbach im Kreis Lyck entvölkert, als alle mit dem Treck den Heimatort verließen. Sie wurden von der Roten Armee eingeholt, verloren den Vater und wurden dann durch Ostpreußen getrieben. Günter Don-

der erkrankte an Typhus.

Als die Mutter am 01. September 1945 auf den Hof zurückkehrte, stellte sie fest, dass sie hier auf dem Abbau mit ihren Kindern nicht bleiben konnte. Die Gefahr war zu groß.

Inzwischen gab es die Ortschilder mit polnischen Namen Stettenbach, einst Sdeden, war jetzt polnisch zu Zdedy geworden. Man sprach von Besatzungszonen in Deutschland und dass Ostpreußen zu Polen gekommen sei. Von den Konferenzen der Siegermächte in Jalta und Potsdam wusste man nichts.

Am 29. Oktober 1945 wurden Donders nach Neuendorf ausquartiert. Günter Donder berichtet von den verschiedenen weiteren Stationen, von seinen Arbeiten bei Bauern ohne Bezahlung für etwas Verpflegung, vom Brückenbau und dem Aufforsten im benachbarten Wald.

Im Sommer 1946 hatte seine Mutter ein Papier unterschrieben, das sie nicht einmal richtig lesen konnte. Die Notwendigkeit ließ ihr keine andere Wahl; sie war nun polnische Staatsangehörige, und das waren ihre unmündigen Kinder nun auch.

September 1947 - Die deutschen Jugendlichen durften Schulen besuchen und Berufe erlernen.

Pastors Mellek hatte es geschafft in Lyck ein Internat einzurichten. Erst einmal musste er die polnische Sprache erlernen, konnte dann die Schule besuchen und anschließend, das Technikum, das an der großen Lycker Kirche eingerichtete wurde, zu deutscher Zeit Gymnasium.

Eines Tages wurde er von einem Mann angesprochen, dass nur polnische Staatsangehörige

im Internat wohnen dürften. Er musste noch eine Option unterschreiben, sonst müsste er das Internat verlassen. Der Schulbesuch wäre allerdings auch ausländischen Jugendlichen möglich.

Nach Abschluss des Technikums war Günter Donder Dreher, Schlosser-, Mechaniker, Technischer Zeichner, auch Schmied, aber ohne praktische Erfahrung in einem Betrieb. Nach einem weiteren Jahr hätte er Abitur machen und dann studieren können.

Inzwischen landete er aber bei einem Projekt für Boden-Untersuchungen. Und dann rief das Militär zur Musterungskommission. Es folgten zwei Jahren Militärdienst in Mohrungen. Er war in dieser Zeit nicht einmal befördert worden, nicht einmal zum Ober schützen.

Er blieb als Zeitsoldat in Mohrungen.

Schon 1947 hatte er Edith Kania aus Goldenau kennengelernt. Am 19. April 1954 wurde geheiratet.

Edith brach nach zwei Semestern ihr Studium ab und zog nach Mohrungen.

Im September 1955 wurde Sohn Karl-Heinz geboren, der mit drei Wochen zwei Nächte nach der Taufe stirbt. Im August 1956 wurde Sohn Manfred geboren.

Die Familie hatte sich in Mohrungen eingerichtet, wollte aber nicht in Polen bleiben. Im Juli 1958 wurde der Ausreiseantrag genehmigt. Donders fanden in Köln eine neue Heimat. Günter Donder arbeitete bei Ford in Köln.

Günter Donder lebt in Köln, Frau Edith ist vor einiger Zeit verstorben. Die Buch-Interpretin lernte die Eheleute in Köln durch ihre dort lebende Freundin kennen.

Renate John hatte einen Text von Wilhelm Busch mitgebracht, Brunhild Ehlers erfreute jeden mit einem Tulpensträußchen. So ging ein ausgefüllter Nachmittag zu Ende.

Gisela Brauer

„Die alte Hansestadt DANZIG zwischen gestern und heute“

Rinteln - Am Donnerstag, dem 7. September 2023, 15.00 Uhr, hält Professor Dr. Heinz Schürmann, Bielefeld, einen Lichtbildervortrag "Die alte Hansestadt DANZIG zwischen gestern und heute" bei der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger Ortsgruppe Rinteln.

Die Veranstaltung findet im Gemeindehaus der Ev. Stadtmis-

Zusendungen für die Ausgabe 35/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 35/2023 (Erstverkaufstag 1. September) bis spätestens Dienstag, den 22. August, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

16. September: 26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam

9. bis 15. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14.

Deutsch-Polnischer Kommunalpolitiker Kongress

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: Arbeitstagung

der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal 11. und 12. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid at the bottom left with the text 'So ist's richtig:'.

Schüttelrätsel

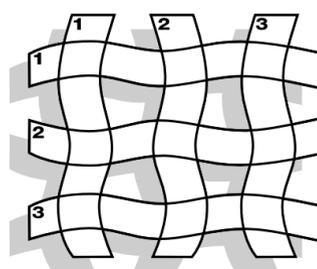
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in various orientations.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Kunststätte, Schaubühne.

Grid for Mittelworträtsel with words and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Antilleninsel in der Karibik
2 Kochgerät
3 Hauptstadt Kenias

Heimatkreisgemeinschaften

Bartenstein

Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Tel. (04101) 5686660, hans.g.steinke@online.de

Heimatkreistreffen Bartenstein am 02. September

In diesem Jahr findet vermutlich das letzte Kreistreffen in Nienburg mit folgendem Programm statt:

- 10:00 Uhr Kranzniederlegung an den Gedenksteinen der Berufsbildenden Schulen (Berliner Ring)
- ab 10:30 Uhr Saalöffnung „Weser-Suite“, DEULA, Max-Eyth-Straße 2, Konferenzraum IV-Haus D – Anmeldung, Eintrag in Anwesenheitsliste und Auswahl Mittagessen
- ab 12:00 Uhr Mittagessen
- 13:00 Uhr Begrüßung durch den stellv. Vorsitzenden
- anschließender Bericht des stellv. Vorsitzenden Christian von der Groeben über seine Reisen nach Ostpreußen im Oktober 2022 und Juni 2023
- 14:00 Uhr Mitgliederversammlung der HKG Bartenstein
- Rechenschaftsbericht des Vorstands über die zurückliegenden Jahre 2020 – 2023
- Diskussion über den Fortbestand oder die Auflösung der HKG
- Abstimmung über eine mögliche Auflösung der HKG
- 15:00 Uhr Filmvorführung von

Manfred Eckert über zurückliegende Reisen in den Kreis Bartenstein

- ab 15:30 Uhr Kaffee- und Kuchenbuffet
- Grußworte der örtlichen Repräsentanten
- Gemütliches Beisammensein und Ausklang

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Einladung zum Hauptkreistreffen

Zu unserem diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, am 7. und 8. Oktober 2023 nach Rendsburg ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Conventgarten in der Hindenburgstraße 38-42, in dem uns der Kleine Festsaal zur Verfügung steht.

Das Treffen steht ganz im Zeichen des 70-jährigen Bestehens der Patenschaften des Kreises Rendsburg (-Eckernförde) und der Stadt Rendsburg für Kreis und Stadt Gerdauen sowie des 75-jährigen Bestehens der Heimatkreisgemeinschaft

Gerdauen. Aus diesem Anlass haben wir unter anderem eine Ausstellung über den Kreis Gerdauen vor 1945 zusammengestellt, die am Freitag, 6. Oktober 2023, um 19 Uhr im Neuen Rathaus in Rendsburg eröffnet wird und dort auch am Sonnabend, 7. Oktober 2023, sowie danach bis Ende Januar 2024 zu den Öffnungszeiten des Rathauses besichtigt werden kann.

Während des Treffens erfolgt auch die Kreistagssitzung, in der die Neuwahl der Kirchspielvertreter und des Vorstandes erfolgt. Sie sind herzlich eingeladen, die Zusammenkunft zu verfolgen und sich über die Arbeit unserer Heimatkreisgemeinschaft zu informieren. Im Rahmen eines gesonderten Tagesordnungspunktes können Sie Fragen stellen und uns Anregungen und Hinweise geben.

Folgendes Programm ist geplant (Änderungen vorbehalten):

Sonnabend, 7. Oktober 2023

- 9 Uhr Öffnung des Kleinen Festsaaes im Hotel Conventgarten (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen)
- 9.30-ca. 11.30 Uhr Kreistagssitzung mit Wahlen im Kleinen Festsaal;
- im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung)
- ab 12.30 Uhr Mittagessen
- 14-17 Uhr Möglichkeit zum Besuch der Heimatstube Kreis Gerdauen in Büdelsdorf, Neue Dorfstraße 67a, und der Ausstellung „Kreis Gerdauen – unvergessen“ im Neuen Rathaus Rendsburg, Am Gymnasium 4. Ein Pendelbusverkehr ist eingerichtet.
- ab 15 Uhr Kaffeetrinken
- 18.30 Uhr Gemeinsames Abendessen
- danach Gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen)

Sonntag, 8. Oktober 2023

- 9 Uhr Öffnung des kleinen Festsaaes im Hotel Conventgarten (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen)
- 10.30 Uhr Feierstunde im Kleinen Festsaal - Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, Festrede (Vertreter der Stadt Rendsburg), Geistliches Wort und Totengedenken.

Schlusswort des Kreisvertreter, gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes

- anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42, 24768 Rendsburg, Telefon (0 43 31) 5 90 50, Telefax (0 43 31) 59 05 65, E-Mail: info@conventgarten.de, Internet: www.conventgarten.de. Bitte geben Sie das Stichwort „Heimatkreistreffen Gerdauen“ an.

Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Rendsburg-Information wenden: Altstädter Markt, 24768 Rendsburg, Telefon 04331-6634566, Mail: tourismus@rd-tm.de, Internet: www.rd-tm.de.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Rendsburg begrüßen zu können.

Walter Mogk
Kreisvertreter

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur öffentlichen Sitzung des Kreistages am Sonnabend den 26. August 2023, 14 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstr. 13, Raum A 201 (2. Etage)

Tagesordnung für die Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. am 26. August 2023 in Hagen

- Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers
- Bekanntgabe des Ergebnisses der Kreistagswahl 2023
- Wahl eines Wahlleiters
- Wahl des Kreisvertreter
- Wahl des Stellvertretenden Kreisvertreter
- Festlegung der Zahl der Kreis-ausschussmitglieder
- Wahl des Kreis-ausschusses
- Wahl des Kassenprüfers und

seines Stellvertreters

- Haushaltsplan 2023
- Lycker Treffen in Bremen 16.11.2023 und Lübeck 2024
- Diesjähriges Kreistreffen
- Kreistreffen im nächsten Jahr: 24. und 25. August 2024

Anträge zur Tagesordnung bitte bis spätestens 19.08.2023 schriftlich an die Kreisvertreterin einreichen.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Unsere jährliche Gesamt-Vorstandssitzung findet am 22. September 2023 im Kreishaus in 27283 Verden/Aller, Lindhooper Straße 67 statt. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des gesamten Vorstandes zwischenzeitlich übermittelt worden.

Von 9:30 bis 11:00 ist unser Heimatmuseum am Freitag für die Delegation aus Polen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller). Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause unter der E-Mail (preussisch-eylau@landkreis-verden.de)

Das Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft findet am Sonnabend, 23. und Sonntag, 24. September in unserer Partnerstadt

Verden /Aller mit folgendem Programm statt: „Landhotel zur Linde“, Thedinghauser Straße 16 in 27283 Verden/Aller.

Sonnabend, 23. September 2023
09:30 Uhr Abfahrt Shuttlebus am Landhotel „Zur Linde“

10:00 Uhr Kranzniederlegung im Bürgerpark und Ansprache von Pfarrer Hermann

11:00 Uhr Offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden im Landhotel „Zur Linde“, Thedinghauser Straße 16, 27283 Verden (Aller)

Ansprachen der offiziellen Vertreter, der Partner und der Kreisvertreterin.

Im Anschluss, Umtrunk mit original Ostpreußischem Pilskaler und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern.

13:30 Uhr Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit Vorstandswahlen in dem reservierten Raum im Landhotel „Zur Linde“, 27283 Verden (Aller).

Tagesordnung:

- Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende
- Totengedenken
- Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 24. September 2022, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 114
- Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries
- Jahresbericht der stellv. Kreisvertreterin und Beauftragten des Archivs, Christine Bilke-Krause
- Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes für 2024
- Bericht der Kassenprüfer und

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Kindermalschule mit viel Spaß an Farben und Formen

Elmshorn - Unter der Leitung der Elmshorner Illustratorin und Künstlerin Susanne Berger können Kinder ab 5 Jahren in den Räumlichkeiten des Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ in der Herbst-Malschule Bilder erträumen und erfinden, malen und zeichnen, vielleicht sogar modellieren... Spaß am Umgang mit Farben und Formen ist dabei garantiert. Die beiden ersten Termine sind am 6. und am 7. September 2023.

Susanne Berger: „Bei uns gehört das Skizzieren einer Idee genauso dazu wie die Ausarbeitung des Originals in verschiedenen Techniken. Vor allem aber steht immer der

Spaß am kreativen Gestalten im Mittelpunkt.“

Die Malschule findet an fünf Nachmittagen statt – für 5- bis 7-Jährige von 14.30 bis 15.30 Uhr mittwochs am 6. September, 27. September, 11. Oktober, 8. November und 22. November sowie für ab 8-Jährige von 16 bis 19 Uhr mittwochs oder donnerstags am 6./7. September, am 27./28. September, am 11./12. Oktober, am 8./9. November und am 22./23. November.

Nähere Informationen bei Susanne Berger unter Telefon 04121/61726. Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihren

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift



29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften



Der neue Kreisvorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit: v. l. n. r.: Florian Feige, Heinrich Lohmann, Günter Balschuweit, Wolfgang Freyberg, Uwe Jörg Schmickt, Valentina Manthey
Foto: Hans-Jörg Froese

sitzender der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bremen) und Valentina Manthey.

Die Kassenprüfung übernehmen Christine Schoenwiese und erneut Bernd Polte (wie bereits 2022), auch sie wurden einstimmig gewählt. Die neue Stadtvertretung besteht zudem aus den Schulsprechern Erwin Feige, Gerhard Pfiel, Heinz Schmickt sowie Christine Schoenwiese, Hans Joachim Purwin, Gerhard Feige und Manfred Urbschat.

Florian Feige, vormals Beirat im Vorstand, eröffnete die Sitzung. Anschließend wurde die Versammlungs- und Wahlleitung, gemäß einstimmigem Votum an Hans-Jörg Froese, dem stellvertretenden Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und Mitglied in der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., übergeben. Ihm ist herzlich dafür zu danken, dass mit seiner ausgezeichneten Moderation und profunden Kenntnisse des Vereinsrechts diese, sowie die vorangegangene Stadtvertretungssitzung am 19. Mai 2023 in Lüneburg, mit Konstituierung der neuen Stadtvertretung und Neuwahl des Vorstandes, erfolgreich durchgeführt wurden.

Zuvor waren die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter für die neue Legislaturperiode gewählt worden, gemäß Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (nach § 9 Abs. 1 der Satzung). Drei Kandidaten sind nach Veröffentlichung der Kandidatenliste in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (Nr. 16 vom 21. April 2023, S.17 und Nr. 17 vom 28. April 2023, S.16,17) von ihrer Kandidatur zurückgetreten. Von der Möglichkeit einer Gegenkandidatur wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Notwendigkeit einer Vorstandsnachwahl ergab sich am 21. Mai 2023, wegen des aus privaten Gründen erfolgten Rücktritts der in Lüneburg am 19. Mai 2023 gewählten 1. Vorsitzenden. Am 11. und 12. Mai 2023 erfolgten vier weitere Rücktritte aus dem Vorstand, ebenfalls aus privaten Gründen. Erfreulicherweise haben sich drei ehemalige Vorstandsmitglieder erfolgreich zur Wiederwahl gestellt.

Gemeinsam als neues Team, mit Kompetenz und Erfahrung, blicken wir nun optimistisch in die Zukunft der Stadtgemein-

schaft Tilsit e.V. Unsere aktuellen Projekte haben wir in unserer Stadtvertretungssitzung und anschließenden konstituierenden Vorstandssitzung am 05. August 2023 in Berlin besprochen. Im ersten Schritt geht es nun darum, Bestandsaufnahme zu machen und eine geordnete Übergabe durch den Vorstand der letzten Legislaturperiode zu gewährleisten. Interessante und herausfordernde Aufgaben im Rahmen der Tilsiter Erinnerungskultur sind anvisiert und unser Ziel ist es, einen wesentlichen Beitrag dafür zu leisten, dass Tilsit, unsere einstige ‚Stadt ohne Gleichen‘, auch in Zukunft nicht in Vergessenheit gerät.

Wir danken unserem bisherigen Vorsitzenden Erwin Feige für seine langjährige Arbeit für die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., auch

im Hinblick auf sein immer wieder angestrebtes Ziel einer Verjüngung von Vorstand und Stadtvertretung. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er leider nicht an unserer Stadtvertretungssitzung mit Vorstandsnachwahl in Berlin teilnehmen, doch wir würden uns freuen, wenn er der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. auch zukünftig als ein Schulsprecher und Stadtvertreter erhalten bliebe.

Uwe Jörg Schmickt

**Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842**

Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2022

- Wahl eines neuen Kassenprüfers für das Geschäftsjahr 2023 und 2024
- Deutsche Gesellschaft Natanen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen
- Neuwahl des Vorstandes
- Konstituierung des neuen Vorstandes durch den Wahlleiter
- Verschiedenes

Nach dem offiziellen Teil geht es weiter mit dem Programm

16:00 Uhr Gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen.

Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft beantwortet Ihre Fragen zur Familienforschung und gibt Ihnen Tipps und Anregungen.

Gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden (Gerichte à la carte)

19:30 Uhr Heimatabend

Wir singen gemeinsam unser Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“, anschließend sehen wir einen Film „Ostpreußen 1942“, danach gemütliches Beisammensein

Sonntag, den 24. September 2023

9:30-11:00 Uhr Unser Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet, Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller)

ab 10:00 Uhr Gemeinsames zweites Frühstück, in Ostpreußen hieß es „Klein Mittag“, mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen (Ostpreußen sind sehr gesprächig).

Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen möglich sein. Vielleicht können wir beantworten, was Sie Ihre Eltern und Großeltern nicht mehr gefragt haben.

Es werden, wie auch in den vergangenen Jahren, zahlreiche Bildtafeln aufgestellt.

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 09.30 bis 11:00 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert.

Auf Ihre Anmeldung hin, wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft im Heimatmuseum anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, bzw. im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger Anmeldung und Nennung des Wunsches unter (preussisch-eylau@landkreis-verden.de) möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September 2023 vorliegen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13.00 Uhr und am Sonntag ab 10.00 Uhr.

Außerdem werden Spezialitäten aus Ostpreußen wie Schermer-Marzipan und Spirituosen

angeboten.

Evelyn v. Borries
(Kreisvorsitzende)



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Uwe Jörg Schmickt, 10117 Berlin, Mobil (0171) 7196434, E-Mail: schm@mail.de
Mitgliederfragen: Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbenhof, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljawanja@gmx.de

Neuer Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Die neue Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. traf sich am 05. August 2023 in Berlin im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu einer Vorstandsnachwahl. Einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde Uwe Jörg Schmickt, der seit über 40 Jahren der Tilsiter Erinnerungskultur verbunden ist und, zusammen mit seinem Vater Heinz Schmickt, unter anderem auch zahlreiche Tilsit-Senteiner Schultreffen organisiert hat.

Ebenfalls in offener Abstimmung und einstimmig gewählt wurden der gebürtige Tilsiter und langjährige Schulsprecher der Meerwischer Schule, Günter Balschuweit (Stellvertreter und 2. Vorsitzender), Florian Feige als neuer Schatzmeister sowie zusätzlich drei Beiräte: Wolfgang Freyberg (ehemaliger Leiter des Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen), Heinrich Lohmann (Vor-

**PAZ-Abo
vertrieb@paz.de**

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Schuld und Leid. Das Trauma von Flucht und Vertreibung 1945–2022

Buchvorstellung und Diskussion mit den Autoren Thomas Kreuzmann und Werner Sonne
Moderation: Friedrich-Wilhelm Kramer

Mittwoch, 30. August 2023 um 18:30 Uhr, Eintritt: 5,00 €

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs begann die große Fluchtbewegung aus dem deutschen Osten. Im Frühjahr 2022 erlebte Europa eine erneute Fluchtbewegung, als viele Menschen aus der Ukraine vor dem Angriffskrieg Russlands flohen. Bei den

Älteren wecken die Bilder fliehender ukrainischer Frauen und Kinder traumatische Erinnerungen an die eigene Flucht, bei den Jüngeren werden die Erzählungen ihrer Großeltern und Eltern wach.

Verändert Putins Krieg den Blick auf das Leid der deutschen Flüchtlinge von 1945? Dürfen sie auch als Opfer betrachtet werden? Wie soll man an ihr Leid erinnern?

Anmeldung erforderlich unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

**35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung**

ANZEIGE

VOGELWARTE ROSSITTEN

„Ein Vogelzug, so gewaltig, wie noch nie ...“

Nach einer Reise auf die Kurische Nehrung – Johannes Thienemann gründete die berühmte Vogelbeobachtungsstation

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Vogelkunde (Ornithologie) konnte sich im 19. Jahrhundert als wissenschaftliche Disziplin etablieren. Zu ihren wichtigsten frühen Vertretern gehörte der aus Thüringen stammende Johannes Thienemann, der 1896 die Kurische Nehrung bereiste. Dort erlebte er einen „Vogelzug so gewaltig, wie er bisher noch nie in Deutschland beobachtet worden war“. Denn über dem schmalen Landstrich zwischen Memel und dem Samland bündeln sich etliche Flugrouten von Zugvögeln, die offene Wasserflächen meiden – an manchen Tagen ziehen bis zu zwei Millionen Vögel über die Nehrung hinweg. Deshalb initiierte Thienemann auf Anregung des Agrarzoologen Georg Rörig die Gründung einer „ornithologisch-biologischen Beobachtungsstation“ in Rossitten, welche zum 1. Januar 1901 ihre Arbeit aufnahm.

Diese ostpreußische Vogelwarte stand bis 1929 unter der Leitung von Thienemann und hatte folgende Aufgaben: Beobachtung des Vogelzuges und der Lebensweise der Vögel im Allgemeinen, Abschätzung des wirtschaftlichen Wertes der einzelnen Vogelarten, Verbesserung des Vogelschutzes, Aufbau einer Sammlung präparierter Vögel, Bereitstellung von Untersuchungsmaterial für deutsche Forschungsinstitute und Verbreitung von populärwissenschaftlichen Informationen über das heimatische Vogelleben.

Aufgrund ihrer vielen Verpflichtungen erhielt die Vogelwarte Außenstellen im Ulmenhorst sechs Kilometer südlich von Rossitten und am Drausensee bei Elbing. Letztere entstand unter der Ägide von Ernst Schüz, dem zuerst nur faktischen und später dann auch offiziellen Nachfolger von Thienemann. Schüz machte sich besonders um die Weiterentwicklung der Methode der Beringung



Rossitten in den 1920er Jahren: Professor Thienemann trainiert mit einem abgerichteten Jagdfalken Foto: Bildarchiv Ostpreußen

von Vögeln verdient, welche bereits seit 1903 in Rossitten zur Anwendung kam. Deren Zweck bestand darin, in großem Maßstab Erkenntnisse über die Vogelzugrouten und Überwinterungsgebiete sowie auch die Lebensumstände der Tiere und deren Todesursachen zu erhalten. Insgesamt erhielten in Rossitten bis 1944 etwa eine Million Vögel einen mit Nummer und Jahreszahl versehenen Metallring um den Fuß.

Wegen des hohen Wertes ihrer Tätigkeit wurde die Vogelwarte Rossitten 1923 in das Netzwerk der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften eingegliedert. Daraus resultierte auch der ständige Kontakt zur zoologischen Elite der damaligen Zeit und

zum Lehrkörper der Albertus-Universität in Königsberg. Außerdem gaben Schüz und dessen Mitarbeiter ab 1930 in

25.000

Besucher pro Saison
verzeichnete die Vogelwarte
Rossitten bereits im Jahr 1931

Gemeinschaft mit der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft und Hugo Weigold von der Vogelwarte Helgoland

die Zeitschrift „Der Vogelzug“ heraus. Dem folgte 1931 die Veröffentlichung des „Atlas des Vogelzugs nach den Beringungsergebnissen bei paläarktischen Vögeln“ von Schüz und Weigold. Im gleichen Jahr entstand ein Museum zur Information der immer zahlreicher werdenden Besucher in Rossitten – oftmals kamen pro Saison bis zu 25.000 Neugierige.

Eine weitere Aufwertung der Vogelwarte auf der Kurischen Nehrung brachte das Reichsnaturschutzgesetz von 1937 mit sich. Denn dieses verfügte, dass es nur noch drei solcher Einrichtungen geben sollte, nämlich die Vogelwarten in Rossitten sowie auf den Inseln Helgoland und Hiddensee. Unter der Leitung

von Schüz, der 1936 zum wissenschaftlichen Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft avancierte, wurden nun neben der Vogelzugforschung auch Populationsstudien und verhaltensbiologische Untersuchungen durchgeführt. Die letzteren dienten unter anderem dem Zweck, hinter das Geheimnis der Orientierung der Zugvögel zu kommen.

Thienemann starb im April 1938 und musste daher nicht mehr miterleben, wie die Vogelwarte in Rossitten im Oktober 1944 aufgegeben und das wissenschaftliche Material nach Westen evakuiert wurde. Nach Kriegsende sammelte Schüz dieses dann mühsam in den verschiedenen Auslagerungsorten wieder ein und begann mit der Suche nach einem neuen Domizil für seine Forschungseinrichtung. Das fand er schließlich 1946 in Möggingen bei Radolfzell am Bodensee im Wasserschloss von Nikolaus Freiherr von und zu Bodman. Der war selbst ein erfahrener Ornithologe und hatte lange Zeit mit den Kollegen in Rossitten kooperiert. Die nunmehrige Vogelwarte Radolfzell gehörte ab 1959 nacheinander zum Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie, Max-Planck-Institut für Ornithologie (ab 2004) und Max-Planck-Institut für Verhaltensbiologie (seit Mai 2019).

Und auch im seit 1945 sowjetisch besetzten Rossitten, das 1947 in „Rybat-schij“ umbenannt wurde, gab es einen Neuanfang: Dort entstand 1956 auf Initiative des Biologen Lew Belopolskij von der Universität Königsberg, der gerade aus einem stalinistischen Straflager kam, die neue „Biologische Station Rybat-schij“, zu der sich später noch die elf Kilometer weiter südlich liegende Außenstation Fringilla mit ihren riesigen Netzen gesellte. Hier fingen und beringten sowjetische beziehungsweise russische Ornithologen allein bis zum Jahre 2000 insgesamt 2.253.393 Zugvögel von 196 Arten – nicht zuletzt auch finanziert durch großzügige Spenden aus der Bundesrepublik.

AUSSTELLUNG IN ALLENSTEIN

Aspekte aus dem Werk des Architekten Erich Mendelsohn

Der Nachwuchs-Architekt Filip Žuchowski aus Deutsch Eylau erklärte im Mendelsohnhaus den Baustil seines großen Vorbilds

Er ist eine der weltweit bekanntesten Persönlichkeiten, die in Ostpreußen geboren wurden: der Architekt Erich Mendelsohn. „Mendelsohn.Zitate“ hieß eine kleine, aber feine Ausstellung, die Ende Juli, Anfang August für zwei Wochen im Mendelsohnhaus in Allenstein, dem Sitz der Kulturgemeinschaft „Borussia“, gezeigt wurde. Sie wurde in Kooperation mit dem Goethe-Institut in Warschau organisiert und zeigte verschiedene Aspekte aus dem Schaffen Mendelsohns an Gebäuden aus seinem umfangreichen Schaffen.

Es war der ideale Ort für eine Ausstellung über Erich Mendelsohns Schaffen und darüber hinaus ein besonderes Jahr dafür. Das Mendelsohnhaus in Allenstein wurde nämlich als Beth Tahara, als Haus der Waschungen, für die Vorbereitung der Begräbnisse auf dem direkt angrenzenden jüdischen Friedhof, erbaut. Es wurde 1913, also vor 110 Jahren, nach einem Projekt von Erich Mendelsohn – dem ersten umgesetzten seines Lebens – für die jüdische Gemeinde der Stadt Allenstein errichtet. Der mittlere Teil unter der Kuppel ist der Raum für die Feierlichkeiten, die angrenzenden, mit Türen abgeteilten, kleineren Räume wa-

ren dagegen für den Rabbi und die eigentliche Vorbereitung des Leichnams vorgesehen.

Achtung und Respekt

Diese frühere Nutzung des Gebäudes prägte auch die Form der Ausstellung „Wir haben die Tafeln so gestellt, dass der freie Raum unter der Kuppel im zentralen Raum, dem Sacrum, frei blieb. Auch der Imbiss zur Vernissage war bewusst im Vorraum“, erklärte der Kurator der Ausstellung, der junge Architekt Filip Žuchowski aus Deutsch Eylau bei der Vernissage.

Respekt zeigt er auch in den Facetten, unter denen er auf seinen Reisen Bauten von Mendelsohn unter die Lupe genommen hat: „Mein Professor und erster Arbeitgeber hat mich immer wieder auf die Bedeutung Mendelsohns und auf bestimmte Details seiner Bauwerke hingewiesen, das habe ich hier dann aufgegriffen.“

Bei seinen Erklärungen zur Ausstellung geriet der Architekt beinahe ins Schwärmen; für das Publikum war es ein interessanter Einblick, wie Mendelsohn auch heute noch von Kollegen gesehen wird. Für das Mendelsohnhaus und die



Hielt die Eröffnungsrede zur Mendelsohn-Ausstellung: Der junge Architekt Filip Žuchowski Foto: U.H.

Kulturgemeinschaft „Borussia“ als Eigentümerin ist die Meinung dieser Kollegen noch wichtiger, denn gemeinsam mit anderen Bauwerken von Mendelsohn läuft gerade eine Gruppenbewerbung um

die Aufnahme in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. Unter anderem deshalb ist die Ausstellung „Mendelsohn.Zitate“ auch komplett zweisprachig auf Polnisch und Englisch gestaltet.

„Wer baut heute noch ein rundes Treppenhaus? Wer achtet heute noch so wie Mendelsohn auf den integralen Rhythmus eines Gebäudes?“ fragte Žuchowski rhetorisch und zeigte Beispiele zu diesen Facetten im Schaffen des Architekten.

Direkt am Mendelsohnhaus betonte er die Fähigkeit Mendelsohns, Räume und Gebäude in den Maßen von Menschen wirken zu lassen. Der Saal unter der Kuppel sei nicht besonders groß, wirke aber trotz der gedrungenen Säulen weitläufig. Andererseits schaffe er es, seine hohen Bauten in New York mit Hilfe bestimmter waagerechter Linien für Menschen nicht so überwältigend aussehen zu lassen.

Rhythmus und organische Formen

Bekannt sind auch die organischen Formen, die Erich Mendelsohn wie beim Einsteinurm in Potsdam in sein Wirken integriert hat.

Žuchowski selbst versucht, diese Impulse aus Mendelsohns Werk in seiner Arbeit umzusetzen, wie sein aktueller Entwurf für ein Denkmal mit dem Titel „Segel“ auf einem Kreisverkehr in seiner Heimatstadt Deutsch Eylau beweist.

Uwe Hahnkamp

HINTERPOMMERN

Das Rittergut Starnitz bei Stolp

Über Jahrhunderte im Besitz der Familie von Gottberg

VON WILHELM VON GOTTBURG

Starnitz war ein Rittergut im Kreis Stolp in Hinterpommern und gehörte zum Kirchspiel Gross Dübsow. Das Gut war zweihundert Jahre im Besitz der Familie von Gottberg. Mein Urururgroßvater kaufte 1754 von Peter Otto v. Bandemer den landwirtschaftlichen Großbetrieb Starnitz. Der Betrieb umfasste das Hauptgut und zwei Vorwerke mit insgesamt 1788 Hektar. Außerdem gehörte ein bedeutendes Mühlenwerk dazu, das an der Schottow, einem Nebenfluss der Stolpe, lag.

Von Pommern nach Ostpreußen

Mein Urahn Gustav Wilhelm von Gottberg hatte fünf Söhne. Durch Losentscheid fiel das Gut an den jüngsten Sohn Friedrich von Gottberg, dessen Nachkommen bis 1945 Eigentümer von Starnitz waren. Der Älteste der fünf Söhne Heinrich von Gottberg, Ururgroßvater des Autors, erwarb 1816 in Ostpreußen das Gut Gross Klitten im Kreis Bartenstein gelegen, etwa 45 km südlich von Königsberg. Gross Klitten gehörte zum Kirchspiel Domnau. Heinrich von Gottberg (1783 bis 1859) begründete den ostpreußischen Zweig der Familie von Gottberg. Vor dem Erwerb von Gross Klitten hat Heinrich einige Jahre Starnitz für seinen noch nicht mündigen jüngsten Bruder Friedrich verwaltet. Wenige Jahre später kaufte ein jüngerer Bruder Heinrichs das Gut Preußisch-Wilten, das ebenfalls im Kreis Bartenstein lag. Gleichwohl, trotz des aufstrebenden ostpreußischen Zweiges der Familie, blieb Starnitz der Mittelpunkt der Großfamilie von Gottberg bis 1945.

1945 – Abschied von Starnitz

Am 6. März 1945 erhielt die verwitwete Eigentümerin Marie von Gottberg, eine Tante des Autors, die behördliche Anordnung, Starnitz mit allen Gutsleuten zu

verlassen und in Richtung Westen zu flüchten. Unter der Federführung des letzten Verwalters Harrenberg wurde rasch der Flüchtlingstreck zusammengestellt. Am 7. März 1945 verließen meine Tante sowie alle Gutsleute die heimatische Scholle. Der Räumungsbefehl kam zu spät. Die Straßen und Wirtschaftswege

grundsätzlich positiv waren, gab es aus Starnitz nur wenige Deportationen nach Sibirien.

Erstaunlich, der Verwalter des Gutes, Herr Harrenberg, wurde von der russischen Zivilverwaltung auf seinem Posten belassen. Er musste regelmäßig ein hohes Deputat an Nahrungsmitteln an die Rote

Zittau. Herr Harrenberg bewirtschaftete Starnitz unter den Russen bis zum November 1949. Zu diesem Zeitpunkt übergaben die Russen ihre Besatzungsmacht an Polen. Zunächst beließen diese Harrenberg auf seinem Posten. Erst zum Jahresende 1950 wurde er durch einen durch einen polnischen Verwalter ersetzt.

Wie sieht die Zukunft aus?

Es ist heute unklar, wer der Eigentümer von Starnitz ist. Anfang des 21. Jahrhunderts wurde das Gutshaus von einem polnischen Bürger erworben. Vermutlich war der polnische Staat der Verkäufer. Der neue Eigentümer begann das Haus umfangreich zu sanieren. Dabei hatte er sich finanziell übernommen. Ein Notverkauf rettete ihn vor dem Verlust seines gesamten Vermögens.

In Hinterpommern, so auch im Kreis Stolp, haben Holländer umfangreich landwirtschaftliche Flächen gepachtet. Sie bewirtschaften die Pachtflächen expansiv. Es ist zu vermuten, dass auch Ackerflächen dabei sind, die vor 1945 zum Starnitzer Gutsbetrieb gehörten. Bei meinem letzten Besuch in Starnitz 2008 waren die umfangreichen Stallgebäude des Gutes vollkommen leer. In einem kleinen Teil des Gutshauses wohnte damals die Tochter des letzten Kutschers von Starnitz. Sie gab mir einige Hinweise zur Geschichte des Gutes in den letzten 50 Jahren. Besonders beeindruckt hat mich bei diesem Besuch das Familienwappen unserer Familie, das unübersehbar den Giebel des Hauses über dem Haupteingang des Hauses schmückte. Mein ältester Sohn Elard hat 2019 mit seinen vier Kindern Starnitz besichtigt.

Die Geschichte von Starnitz ist noch nicht zu Ende – Geschichte ist nach vorne immer offen.

● Wilhelm von Gottberg ist Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und MdB a.D.



Starnitz [Starnice] 2019: Elard von Gottberg besuchte mit seiner Familie den einstigen Stammsitz der Familie. Im Giebel erkennt man deutlich das Familienwappen

waren voll von Flüchtlingsfuhrwerken. Drei Tage später hatten die Angriffsspitzen der Roten Armee den Flüchtlingstreck aus Starnitz eingeholt. Eine Katastrophe! Die Überlebenden, das waren glücklicherweise die meisten Menschen aus Starnitz, wurden gezwungen, in ihr Heimatdorf zurückzukehren. Am 15. März war man wieder „zu Hause“, einschließlich der Eigentümerin. Man nahm die alten Quartiere wieder ein. Zu dem Zeitpunkt befanden sich keine Russen im Dorf. Doch wenige Tage später erschien bewaffnetes russisches Zivilpersonal. Diese auf dem Gut eingesetzten russischen Kriegsgefangenen wurden zum Verhalten der Deutschen gegenüber den Kriegsgefangenen befragt. Da die Auskünfte

Armee abliefern. Er nutzte seine Position auch dazu, der Eigentümerin ein wenig Schutz zu gewährleisten. Um meine Tante aus dem Blick der Besatzer zu nehmen, verschaffte er ihr eine kleine Wohnung im Dorf. So oft es ging, lud er sie zum Essen ein, denn wer bei den Russen nicht arbeitete, bekam auch keine „Produkte“. Wer nichts gerettet hatte, um es an Russen oder Polen zu verkaufen oder zu tauschen, dem ging es schlecht. Daher waren viele Frauen mit Kindern am meisten vom Hunger betroffen.

Endgültige Ausreise

Anfang 1946 konnte meine Tante in die damalige sowjetische Besatzungszone ausreisen. Sie kam in ein Altersheim nach

KIRCHLICH UND WELTLICH

Das „Fürstenthum Cammin“

Vom pommerschen Bistum zum preußischen Landkreis

Wer heute Cammin [Kamień Pomorski] besucht, kommt an dem stattlichen Dom, der hoch über dem Camminer Boden, westlich der Insel Wollin thront, nicht vorbei. Bedeutung erlangte der Flecken dank der Dänen. Diese hatten die Stadt Wollin zerstört, wodurch das 1140 gegründete pommersche Bistum 1176 in das besser befestigte Cammin verlegt wurde und somit Namensgeber und Bischofssitz werden sollte.

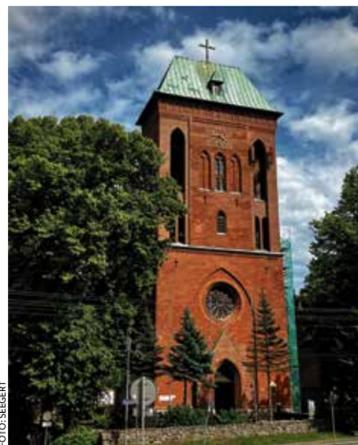
Interessant ist vielleicht, dass die Gründungsurkunde des Bistums von Papst Innocenz II. zwar Einkünfte, aber nicht Landbesitz bestätigte. Dennoch sollte eben jener Besitz an Flächen weitreichende Folgen haben: Zunächst auf kleine und verstreut liegende Besitzungen stützend, wurde 1240 schließlich das Land Stargard erworben. Dieses wurde bereits 8 Jahre später durch Bischof Konrad von Salzwedel gegen die westliche Hälfte des Landes Kolberg getauscht. Weitere Gebiete, wie die Herrschaft Naugard und Teile von Massow wurden zu Lehen gegeben oder verkauft. Auch das Land Lippehne in der Neumark sollte später an Brandenburg veräußert werden. So verfügte man schließlich über die Mittel, um auch die fehlende Hälfte des Kolberger Landes

vom pommerschen Herzog Wartislaw zu erwerben. Und so wurde das Kolberger Land mit den Hansestädten Kolberg und Köslin zum Kernland des Bistums Cammin, obgleich Cammin etwa 50 km von dessen Grenze entfernt lag.

Als nun 1295 Pommern geteilt wurde und die pommerschen Herzogshäuser Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin entstanden, war das Bistum nicht von der Teilung betroffen. Streit kam dennoch auf, da der geistliche Besitz mitten im weltlichen Gebiet der „Wolgaster“ lag. Aus Angst, dass das Bistum reichsumittelbar werden könnte, suchten die „Wolgaster“ Einfluss zu nehmen – auf die Besetzung des bischöflichen Stuhls, die Abhängigkeit des Stifts von den „Wolgastern“ und die Schutzherrschaft der Herzöge. Auch in den Teilungsverträgen von 1532 und 1541 behielten sich beide pommerschen Herzöge, Barnim XI. und Philipp, die Rechte über das Stift vor.

Auch zur Zeit der Reformation in Pommern machte das Herzoghaus seinen Einfluss geltend, so dass der Protestant und Kanzler Barnims, Bartholomäus Suawe, zum neuen Bischof wurde. Da sich jedoch die Stiftstände dagegen auflehnten, weil sie die Unabhängigkeit des Stifts

gefährdet sahen und Unterstützung beim König und Reichskammergericht fanden, wurde Suawe durch den Protestanten



Der Dom zu Cammin

Martin von Weyer abgelöst. Erst dieser neue Bischof wurde vom Papst bestätigt und vom König als Reichsfürst anerkannt. Nach dessen Tod im Jahre 1556 setzte das pommersche Herzoghaus dann einen Sohn Philipps und damit einen Vertreter

ihres Hauses zum Bischof durch. Doch als das Herzoghaus im Jahre 1637 mit Bogislaw XIV. ausstarb, machte der brandenburgische Kurfürst seine Erbansprüche aus dem Vertrag von Grimnitz (1529) geltend. Mit Schweden, der Schutzmacht Pommerns, kam es allerdings erst im Westfälischen Frieden zu einer entsprechenden Einigung. Der letzte Bischof, der Herzog von Croy, wurde mit Geld und Land abgefunden, das Land des Stifts aus der kirchlichen Bindung gelöst und in eine weltliche Verwaltung eingebunden.

Dennoch war das Gebiet ein eigener Verwaltungsbezirk, erhielt zunächst die Bezeichnung „inkorporiertes Land“ und schließlich „Fürstenthum Cammin“. Als so im Zuge der Kreisreform 1724 geschaffener Landkreis mit der Kreisstadt Köslin existierte dieser Landkreis bis 1872. Dann wurde er in die Kreise Bublitz, Kolberg-Körlin und Köslin aufgeteilt. T. Seegert

● Info Jedes Jahr im Sommer ziehen Dom und Orgel bekannte Organisten und zahlreiche Zuhörer an. Noch bis zum 1. September 2023 findet bereits die 59. Auflage des Orgelfestivals am Camminer Haff statt. Die Konzerte beginnen immer Freitag um 19 Uhr.

● MELDUNGEN

Strandbahn, neue Gleise und Tenöre

Wollin – Wo ist die sagenumwobene Jomsburg? Das dürften sich auch zahlreiche Interessierte gefragt haben, die vom 3. - 6. August in das Wolliner Slawen- und Wikingerdorf zum alljährlichen Wikinger-Festival an die Dievenow pilgerten. Auch in diesem Jahr gab es Kämpfe und Lebensart der Wikinger zu sehen. TS

Greifswald – In der pommerschen Universitätsstadt sammeln Studenten derzeit Unterschriften für die Initiative „Strandbahn Lubmin“. Ziel ist es, die 20 km-Strecke zum Seebad Lubmin wieder mit Personenzügen zu befahren. Derzeit verkehren hier nur Güterzüge zum Entsorgungswerk des alten Kernkraftwerkes. TS

Gollnow – Auf dem Gelände des Flughafens Stettin-Gollnow soll eine Verbrennungsanlage für medizinische, veterinärmedizinische und weitere Abfälle entstehen. Dagegen richtet sich nun massiver Protest von Anwohnern der benachbarten Ortschaften. Sie fürchten um die Gesundheit der betroffenen Familien. TS

Putbus – Nachdem 2021 der Schlossplatz durch die Universitäten Wien und Greifswald untersucht wurde, hat der Förderverein „Fürstliches Schloss zu Putbus e. V.“ eine Studie zum Wiederaufbau des Schlosses bei IPRO-Consult beauftragt. Das Unternehmen war am Aufbau der Dresdner Frauenkirche beteiligt. TS

Köslin – Gute Nachrichten für Schmalspurfreunde: Der Kösliner Schmalspurbahnverein erhält nun sogar neue Gleise! Das Eisenbahnunternehmen PKP spendet den leistungsfähigen Eisenbahnen etwa 4 Kilometer gebrauchte Gleise und Befestigungsmaterial im Wert von ca. 90.000 EUR. TS

Demmin – Noch bis zum 19. August wird im Rathaus der Hansestadt die Ausstellung „100 Jahre Demminer Museum“ zu sehen sein. Möglich wurde sie durch den örtlichen Heimatverein, der einige der insgesamt 37.000 Exponate – darunter ein Mammutzahn – aus dem Magazin holte und im Festsaal präsentiert. TS

Stettin – Nachdem in der Villa Strutz 2021 ein Glasfenster mit dem Abbild einer Meerjungfrau entdeckt wurde, erfolgte der Ausbau und die Konservierung des Buntglasfensters unter der Schirmherrschaft des Stettiner Denkmalpflegers M. Debowski. Ab dem 26. August soll das Glasbild in der Villa Lentz ausgestellt werden. TS

Heringsdorf/Swinemünde – Die Bürgermeisterin der Kaiserbäder, Marisken, will prüfen lassen, wie sich der zunehmende Schiffsverkehr, auch durch das geplante Swinemünder Containerterminal, auf den Tourismus auswirkt. Sie befürchtet die Gefährdung der Natur durch Havarien. Ein Anwalt wird tätig werden. TS

Stettin – Am 2. September 2023 findet das 23. Große Turnier der Tenöre im Sommertheater im Quistorp-Park statt. Der Gewinner wird nicht von einer professionellen Jury gewählt, sondern erhält die meisten Rosen von den Zuschauern überreicht. Es wird die ganze Breite klassischer Musik geboten. Eintrittskarten: biletym fm BS

„Es gibt keinen Ersatz für eine verlorene Heimat“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Der in Ihrer Zeitung veröffentlichte Artikel zur Rechtschreibreform trifft wieder genau den Punkt. Vielen Dank dafür!“

Otto Freiherr Hiller von Gaertringen, Bitburg

zum Thema: Ein Vierteljahrhundert Schreibreformen gegen das Volk (Nr. 30)



Ausgabe Nr. 31

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SCHÖNE ERINNERUNG ZU: ORT DER ERHOLUNG UND BILDUNG (NR. 31)

Nach dem Mauerfall war ich mit meinem Sohn in Königsberg, um ihm unter anderem die Heimat seiner Oma in der Hufenallee zu zeigen. Der Zoo war damals nicht so gut beschaffen. Dafür freue ich mich jetzt über ihren positiven Beitrag. Danke vielmals!

Karl Gläser, Berlin

EIN MYTHOS WIRD RELATIVIERT ZU: DIE „HEISSE“ SCHLACHT BEI TANNENBERG (NR. 31)

Es wäre vielleicht für den Bericht über die heutigen Ereignisse der „heißen“ Schlacht bei Tannenberg bedeutsamer und verdienstvoller gewesen, auch auf die historischen Umstände und den zeitgenössischen Kontext hinzuweisen, in dem diese Schlacht stattgefunden hat. Denn auf dem historischen Hintergrund des Jahres 1410 relativiert sich der Versuch der Polen, die Schlacht von 1410 als größtes Ereignis des Spätmittelalters und als unvergängliche militärische Leistung des polnischen Königs darzustellen.

Die geschichtliche Wirklichkeit war komplexer und ambivalenter: Wenn auch der Deutsche Orden in Ostmitteleuropa den „modernsten Staat“ des Mittelalters geschaffen hatte und verwaltete, so stand ihm doch seit 1386 die polnisch-litauische Union als neue Großmacht in Osteuropa gegenüber. Es ging um politische Macht im Ostseeraum, wirtschaftlichen Reichtum und religiösen Einfluss in Osteuropa (Litauen und Russland).

Die Unzufriedenheit der deutschen Städte im Herrschaftsbereich des Deutschen Ordens (Danzig, Elbing, Thorn etc.) – es ging um die Steuern – bewog den polnischen König, diesen bei den Steuern entgegenzukommen. Daraufhin waren die deutschen Städte bereit, dem polnischen König viel Geld zur Verfügung zu stellen, um damit sein Heer aufrüsten zu können. Der polnische König „kaufte“ mit diesem Geld asiatische Söldner, die zusammen

mit den polnischen Rittern das Ordensheer schlugen, was nicht außergewöhnlich war, denn im Spätmittelalter hatte sich das Heerwesen weiterentwickelt: Immer wieder schlugen Söldnerheere die „alten“ Ritterheere (so etwa 1302 die „Sporenschlacht“ bei Kortrijk oder 1477 die Schlacht bei Nancy).

Fast zur gleichen Zeit hatte der Jurist Paulus Vladimiri mit einer juristischen Untersuchung versucht, dem Deutschen Orden beim Papst und Kaiser sein politisches und historisches Existenzrecht zu bestreiten. Er hatte keinen Erfolg, aber sein Ansinnen wurde im 19. und 20. Jahrhundert von den Polen mit der These von den „alten polnischen Gebieten“ Ostdeutschlands wieder aufgenommen.

Klaus Fleischmann, Kaarst

FREIHEIT FÜR SÜDTIROL ZUR KOLUMNE: WAS VOM FASCHISMUS BLIEB (NR. 30)

Die Kolumne hat mich sehr bewegt. Mein Großvater mütterlicherseits war Südtiroler, er musste seine Heimat 1945 verlassen, da er Optant war. Dieser Schmerz über die verlorene Heimat ist nie aus unserer Familie gewichen. Er ist bis heute präsent. Es gibt keinen Ersatz für eine verlorene Heimat; es kann ihn nicht geben. Das werden viele Leser Ihrer Zeitung bestätigen können. Es war ein Beweggrund für mich, Ihre Zeitung zu abonnieren, um den Verlust der Heimat meiner Familie mit anderen teilen zu können, ihn so auch zu verarbeiten.

Auch wenn die meisten Deutschen dafür Richtung Osten blicken müssen, so sind meine Augen eben nach Süden orientiert. All diese Schikanen, die der italienische Staat Südtirol bis heute auferlegt, sind Zeichen des Kolonialismus, des Menschheitsverbrechens wider die Selbstbestimmung der Völker. Bis heute gibt es keine demokratisch legitimierte Möglichkeit für uns Südtiroler, unsere Heimat in eine selbstbestimmte Zukunft zu führen. Ein Skandal, wenn man bedenkt, welche hohen moralischen Stan-

dards die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihr Eigen nennt.

Ich selbst wohne in Oberbayern und bin Mitglied der Süd-Tiroler Freiheit. Ich bin 43 Jahre alt und ich werde niemals aufhören, für das Selbstbestimmungsrecht meiner Heimat die Stimme zu erheben.

Alexander Müller, Markt Schwaben

EINE SCHLIMME VORSTUFE ZU: EINSEITIG GEGEN RECHTS-EXTREME (NR. 31) UND: REISE-FREIHEIT EINGESCHRÄNKT (NR. 31)

Nicht nur die derzeitige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus (Grüne), ignoriert die Gefahr von links. Das haben viele Politiker vor ihr auch schon getan, genauso wie große Teile der Bevölkerung. Hier zeigt sich, wie sehr sich viele Bürger beeinflussen lassen.

Außerdem muss bezweifelt werden, dass dieses Ministerium die richtige Anlaufstelle ist, die für die Eindämmung des Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und der Homo- beziehungsweise Transfeindlichkeit zuständig ist. Das gilt auch für die Erleichterung der „Passver-sagung bei Teilnahme an ausländischen Veranstaltungen, deren Inhalte im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes stehen“. Wer soll das denn immer ernsthaft prüfen können?

Wieso wird ignoriert, dass ausländische Veranstalter in Deutschland Veranstaltungen durchführen, die gegen Demokratie und gegen das Grundgesetz verstoßen? Hier werden auch kriminelle Handlungen vorbereitet, und das mit Unterstützung und persönlicher Anwesenheit eines ausländischen Staatsoberhauptes.

Ist das möglicherweise eine Vorstufe zu weiteren Einschränkungen der Reisefreiheit? Es wäre wünschenswert, wenn unsere Politiker auch an anderer Stelle ähnliche Ideen entwickeln würden.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

WICHTIGER UNTERSCHIED ZU: EINER DER LETZTEN SEINER ART (NR. 31)

Im Nachruf auf Martin Walser heißt es, dass dessen Jahrgangsgenosse Günter Grass „Ex-Mitglied der Waffen-SS“ gewesen sei. Dieser Fehler wird leider häufig gemacht. Grass wurde am 10.11.1944 zur 10. SS-Panzer-Division „Frundsberg“ einberufen und als Ladeschütze ausgebildet. „Mitglied“ hätte er nur in der politischen Organisation der Allgemeinen SS, der sogenannten „Schwarzen SS“ werden können, bei der ihm eine SS-Nummer – analog zur Parteimitgliedsnummer in der NSDAP – zugewiesen worden wäre. Grass war jedoch kein „Mitglied“, sondern Soldat der Waffen-SS. Diese Unterscheidung sollte man schon machen.

Peter Hild, Mittelherwigsdorf

GUT INFORMIERTE KATZE ZU: SPIEGELEIER FÜR DEN KATER (NR. 31)

Eine Bereicherung sind mir die politischen und historischen Berichte in Ihrer Wochenzeitung, eine Freude zudem Artikel wie jener zum Weltkatzentag am 8. August. Als vorbeugende Maßnahme gegen Demenz bei Katzen empfehle ich diesen die Lektüre der PAZ, so wie bei meinem Felix (siehe Foto). Er ist stets bestens informiert und hat, neben Fressen und Schlaf, eine sinnvolle Betätigung, die ihn geistig fit hält.

Jörg Koch, Worms



FOTO: WEGH

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

STADTJUBILÄUM

Auf den Spuren des Wilden Markgrafen

Blütezeit unter den Hohenzollern – Das mit Preußen eng verbundene Gunzenhausen in Mittelfranken wird 1200 Jahre alt

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ein Schenkung Kaiser Ludwigs des Frommen verdankt Gunzenhausen seine erste urkundliche Erwähnung. Das Dokument, mit dem der Sohn und Nachfolger Karls des Großen sein Eigenkloster „Gunzinhuisir“ dem Reichskloster Ellwangen übertrug, ließ er in der Kaiserpfalz Ingelheim am 21. August 823 ausstellen.

Die Siedlungsgeschichte der heutigen mittelfränkischen 17.000-Einwohner-Stadt an der Altmühl reicht freilich viel weiter zurück. Seit etwa 150 nach Christi Geburt existierte ein Römerkastell nahe des nördlichsten Punktes des Obergermanisch-Raetischen Limes, der heute zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Auf dem Gelände des um 240 von den Alamannen zerstörten Römerkastells wurde das von Ludwig dem Frommen verschenkte Kloster erbaut. Es folgte im 12. Jahrhundert ein romanischer Kirchenbau.

Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts steht hier aber die mit ihrem Turm alle anderen Bauwerke Gunzenhausens überragende Stadtkirche St. Marien. In die Außenmauer der seit Einführung der Reformation 1528 evangelisch-lutherischen Kirche ist eine Steintafel eingelassen, deren Inschrift uns über die Historie des Gebäudes und seiner Vorgängerbauten informiert. Solchen steinernen Geschichtstafeln begegnet man an zahlreichen Häusern der Altstadt.

Anno 1368 erwarb der Burggraf Friedrich V. von Nürnberg die Stadt, die so in den Besitz der Hohenzollern kam und eine erste Blütezeit erlebte. Von der kündigt zum Beispiel die Stadtkirche mit ihren spätgotischen Wandmalereien. Sie zeigen an der Nordwand des Chores Christus und die zwölf Apostel mit Schriftbändern. Auf denen steht in deutscher Sprache das apostolische Glaubensbekenntnis. Es ist bis heute den Christen aller Konfessionen gemeinsam.

An einer anderen Wand reckt sich die riesenhafte Gestalt des mit einer gewaltigen Hakennase versehenen Christophorus, der schwer am Christuskind auf seiner Schulter zu tragen hat, bis zur Gewölbedecke. Unweit der Stadtkirche erhebt sich neben Resten des Wehrgangs der



Bunte Schutzschirme über Gunzenhausen: Die Altstadt mit dem Färberturm

Foto: imago/imagebroker

Stadtmauer der Färberturm, den man kostenlos besteigen kann. Von ihm hat man weite Sicht auf die Stadt und ins Altmühltal. Bevor Gunzenhausen 1806 in den Besitz der Wittelsbacher gelangte, gehörte die Stadt zum Territorium der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach.

Ein Gunzenhausener in Königsberg

Dem berühmtesten Sohn der Stadt ist an der Straße zwischen Rathaus und Blaskturm eine moderne Holzbüste gewidmet. Sie erinnert ein wenig an Lucas Cranachs Darstellung Martin Luthers als Junker Jörg. Gemeint ist aber der vor 525 Jahren in Gunzenhausen geborene Andreas Osiander. Der Nürnberger Stadtrat ernannte den sich zur Reformation bekennenden Osiander 1522 zum Prediger an der Lorenzkirche. In Nürnberg überwachte er den Druck des 1543 veröffentlichten, das

Weltbild revolutionierenden Buches, in dem Kopernikus darlegte, dass sich die Erde um die Sonne dreht.

Im Jahre 1548 berief Herzog Albrecht von Preußen Andreas Osiander als Professor an die theologische Fakultät der Universität Königsberg. Vier Jahre später starb der Reformator in Königsberg.

Der größte Gönner Gunzenhausens war Markgraf Karl Wilhelm Friedrich von Brandenburg-Ansbach (1712–1757). An zahlreichen Gebäuden weisen Inschriftentafeln auf ihn hin. Der „Wilde Markgraf“ trat bereits als 17-Jähriger sein Regentenamt an und heiratete die damals 15 Jahre alte Prinzessin Friederike Luise von Preußen. Die Ehe mit dieser Schwester Friedrichs des Großen verlief unglücklich. Ihr gemeinsamer Sprössling Alexander war der letzte Markgraf aus dem Hause Brandenburg-Ansbach.

Der lebenslustige, aber jähzornige Wilde Markgraf war ein Schürzenjäger. Seine bekannteste Geliebte war die Gunzenhausenerin Elisabeth Wunsch, mit der er vier Kinder hatte. Die beiden Söhne erhob er mit Einverständnis des Kaisers und Friedrichs des Großen als „Freiherren von Falkenhausen“ in den Adelsstand.

Die Beizjagd mit edlen Falken war die große Leidenschaft des den Prunk liebenden Wilden Markgrafen. Daran erinnert sein am Rande der Altstadt gelegenes Jagdschloss, das er sich 1749 erbauen ließ. Es heißt heute „Haus des Gastes“ und wartet mit Ausstellungen und Festveranstaltungen auf. Im angrenzenden Garten, der für Musikveranstaltungen genutzt wird, stand zu Zeiten Karl Wilhelm Friedrichs das „Mäusehäuslein“.

Die dort gezüchteten Nager dienten den zahlreichen Jagdfalken des Wilden

Markgrafen als Nahrung. Er besaß das größte, nämlich 51 Personen umfassende Falkenkörps, das sich ein deutscher Fürst jemals geleistet hat. Es verschlang zehn Prozent des Staatshaushaltes.

Sein großes Vorbild auf dem Gebiet der Falkenjagd war Kaiser Friedrich II. Die ersten beiden Kapitel von dessen lateinisch verfasstem Buch „Über die Kunst mit Vögeln zu jagen“ ließ er von seinem Hofprediger ins Deutsche übersetzen und drucken.

Der „Berliner“ vom Preußenkönig

Noch heute weist die Ausstattung des Jagdschlusses auf die Liebe zur Falkenjagd hin. Im repräsentativen Markgrafensaal hängen die Ölgemälde zweier von Christoph Anton Hirsch im Auftrag Carl Wilhelm Friedrichs porträtierter Falken. Der eine hieß „Luise“ und war ein Geschenk König Friedrichs V. von Dänemark. Das andere Gemälde zeigt den Falken „Berliner“. Der war ein Weihnachtsgeschenk von König Friedrich Wilhelm I. von Preußen an seinen Schwiegersonn, mit dem er sich prächtig verstand.

Unter den Fenstern des Jagdschlusses sind überaus kostbare Crailsheimer Fayencefliesen angebracht. Ihre manganfarbene Malerei feiert in zahlreichen unterschiedlichen Landschaftsszenen die Kunst, mit Falken zu jagen. Einige sitzen mit übergestülpter Haube ruhig da. Viele andere aber machen Jagd auf Hase, Rebhuhn und Reiher oder posieren auf dem geschlagenen Wild.

Der Wilde Markgraf erhob Gunzenhausen zu seiner Nebenresidenz. Die ließ er von seinen Baumeistern Carl Friedrich von Zocha, Leopoldo Retti und Johann David Steingruber mit schmucken Barockbauten ausstatten. Viele sind erhalten. Insbesondere am lang gestreckten Marktplatz. Auch Bürger und markgräfliche Amtsträger sorgten für repräsentative Bauwerke. Das größte Gebäude am Marktplatz firmiert heute als Rathaus.

Eine Schrifttafel an der leuchtend gelb verputzten Fassade informiert, dass hier früher der Oberamthof untergebracht war. Die Inschrift lautet: „Hier residierte und starb 1757 Markgraf Karl Wilh. Friedrich, der Wilde Markgraf.“ Er erlag einem Schlaganfall.

VERLAGSGESCHICHTE

Schlag nach bei Brockhaus

Lexikon-Wissen in Vor-Wikipedia-Zeiten – Der Verleger Friedrich Arnold Brockhaus starb vor 200 Jahren

Das bekannteste Produkt von Friedrich Arnold Brockhaus ist nach ihm benannt: das „Conversationslexikon oder kurzgefasstes Handbuch für die in der gesellschaftlichen Unterhaltung aus den Wissenschaften und Künsten vorkommenden Gegenstände mit beständiger Rücksicht auf die Ereignisse der älteren und neueren Zeit“, wie es 1809 hieß, aber bis heute kurz und bündig als „der Brockhaus“ bekannt ist. Doch der 1772 in Dortmund geborene Kaufmannssohn hat seinerzeit auch viel beachtete Journale und bis heute gelesene Bücher herausgegeben. Mit nur 51 Jahren starb er am 20. August 1823 in der Verlags- und Buchhandelsstadt Leipzig.

Bevor er in den Buchhandel einstieg, führte Brockhaus zunächst in Dortmund, dann in Amsterdam ein Kontor für Wollstoffe und andere englische Manufakturprodukte. Ab 1805 widmete er sich dem Sortiments- und Verlagsbuchhandel. Nach dem Tod seiner ersten Gattin ver-

ließ er Amsterdam und lebte seit 1811 im thüringischen Altenburg, wo er erneut heiratete. Aus erster und zweiter Ehe gingen insgesamt elf Kinder hervor.

In Altenburg schlug Karl Philipp Fürst von Schwarzenberg vom 10. bis 15. Oktober 1813 sein Hauptquartier auf. Er hatte den Oberbefehl über die gegen Napoleon verbündeten Armeen. Zur selben Zeit hielt sich auch Russlands Zar Alexander I. in Altenburg auf. Der Zar und der Fürst gewährten Brockhaus eine Audienz. Dessen Ergebnis war der „Befehl“ Schwarzenbergs an Brockhaus, die Nachrichten und offiziellen Schriften der „Hohen Alliierten“ zu verbreiten.

Zu diesem Zweck gründete Brockhaus die „Deutschen Blätter“ – und betätigte sich sogleich als Kriegsberichterstatte. Er war der erste Augenzeuge, der Berichte über die sich bis zum 19. Oktober 1813 hinziehende Völkerschlacht bei Leipzig veröffentlichte.

Bereits fünf Jahre vor diesem Coup hatte Brockhaus eine geschäftliche Entscheidung getroffen, die sich als goldrichtig



Emsiger Verleger: F. A. Brockhaus

erweisen sollte. Auf der Leipziger Buchhändlermesse kaufte er im Herbst 1808 die Rechte an dem 1796 von Renatus Gotthelf Löbel begonnenen „Conversationslexikon“. Brockhaus selbst und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter stellten es vorläufig fertig. Zu seinen Lebzeiten erschienen fünf stets aufs Neue überarbeitete und erweiterte Auflagen, zunächst in sechs, später in zehn Bänden. Bis zur Einstellung der gedruckten Fassung im Jahre 2014 erlebte „der Brockhaus“ 21 Auflagen.

Friedrich Arnold Brockhaus war Perfektionist: „Kein Blatt geht in und aus der Druckerei ohne meine Durchsicht.“ Seine eigene Druckerei hatte er in Leipzig gegründet, wo er sich 1817 niedergelassen hatte. Das Temperament von Brockhaus war aufbrausend und vertrug divergierende Meinungen oder gar Widerworte von seinen Autoren nur schlecht. Einer der Zurechtgewiesenen war der damals noch völlig unbekannt Philosoph Artur Scho-

penhauer, dessen Hauptwerk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ Brockhaus verlegte. Einen guten Riecher bewies er ebenso mit der Erstveröffentlichung der Memoiren Casanovas.

Der liberal und patriotisch gesonnene Brockhaus setzte sich in seinen Publikationen wie dem Journal „Hermes“ für Pressefreiheit, die deutsche Nationalbewegung, Verfassungen und Volksvertretungen in den deutschen Ländern ein. Doch das bekam ihm schlecht. Zensur, Verbote und Beschlagnahmungen seiner Publikationen machten ihm das Leben schwer. Erst recht nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819, die in den Ländern des Deutschen Bundes zur Einschränkung der Meinungsfreiheit die allgemeine Pressezensur einführten.

Heute ist „der Brockhaus“ ein Opfer des Internets geworden. Gäbe es kein Wikipedia würden wir alle noch im Brockhaus nachschlagen. V.-M. Thiede

● FÜR SIE GELESEN

Exzellente Einführung

Die Münchner Südosteuropa-Historikerin Marie-Janine Calic lässt ihrer vielgerühmten Darstellung Südosteuropas mit der „Geschichte des Balkans“ einen gedrängten Überblick über die Balkanstaaten folgen. Das Bild vom „Pulverfass Balkan“ hat sich bis heute gehalten, Krisen und Konflikte resultieren aus einem fast unentwirrbaren Knäuel von Völkern, Sprachen und Kulturen und einer Jahrhunderte währenden Fremdherrschaft unter Türken und Habsburgern.

Sie erzählt die Geschichte der Region von Slowenien bis nach Griechenland und ans Schwarze Meer von der Antike bis in die Gegenwart. Ein sich im 18. Jahrhundert entwickelnder „Kulturpatriotismus“ eskalierte im 19. Jahrhundert zu einem aggressiven Nationalismus, der bis heute, wie die Kriege im zerfallenden Jugoslawien gezeigt haben, virulent ist. Die Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg schuf neue Konflikte. Das 20. Jahrhundert mit Zweitem Weltkrieg, kommunistischer Herrschaft (hier wird besonders Tito herausgestellt) und die Wendezeit stellt die Autorin etwas stärker heraus, berühren doch EU-Beitritte und Konflikte (Kosovo, Bosnien-Herzegowina) Europa heute unmittelbar. Den „Mut zur Lücke“ bescheinigt sich Calic selbst, indem etwa Kunst und Literatur und das wichtige Thema der Volksdeutschen außer Acht bleiben. Ansonsten aber eine exzellente Einführung.

Dirk Klose

Marie-Janine Calic: „Geschichte des Balkans. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“, C.H.Beck Verlag, München 2023, Taschenbuch, 128 Seiten, 12 Euro



Gefühvoll und interessant

Der unterhaltsame Roman „Der Panzer des Hummers“ handelt von zwei Familien in Dänemark und in den USA, die durch kleine Begebenheiten miteinander verbunden sind, und sei es nur durch das Internet. Da sind die drei erwachsenen Geschwister, die schon früh ohne ihre Eltern auskommen müssen. Ea, die Älteste, ist alkoholkrank, Sidsel versucht als Alleinerziehende, Kind und Beruf in Einklang zu bringen, und der Bruder Niels lebt ein gewollt einsames Leben, nur die Einsamkeit der Natur gefällt ihm.

Die Personen werden im Wechsel in ihrem Alltag beschrieben. Die Schwierigkeiten, die sie bewältigen müssen, werden gefühvoll beschrieben. Der Roman ist mit vielen Metaphern gespickt – ein interessantes Buch, das nachdenklich stimmt.

Caroline Albertine Minor wurde 1988 in Kopenhagen geboren, wo sie heute noch lebt. „Der Panzer des Hummers“ wurde sowohl von der Presse als auch vom Buchhandel gelobt. Er wurde in viele Sprachen übersetzt. A. Selke



Caroline Albertine Minor: „Der Panzer des Hummers“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, Taschenbuch, 327 Seiten, 14 Euro

SCHREBERGÄRTEN

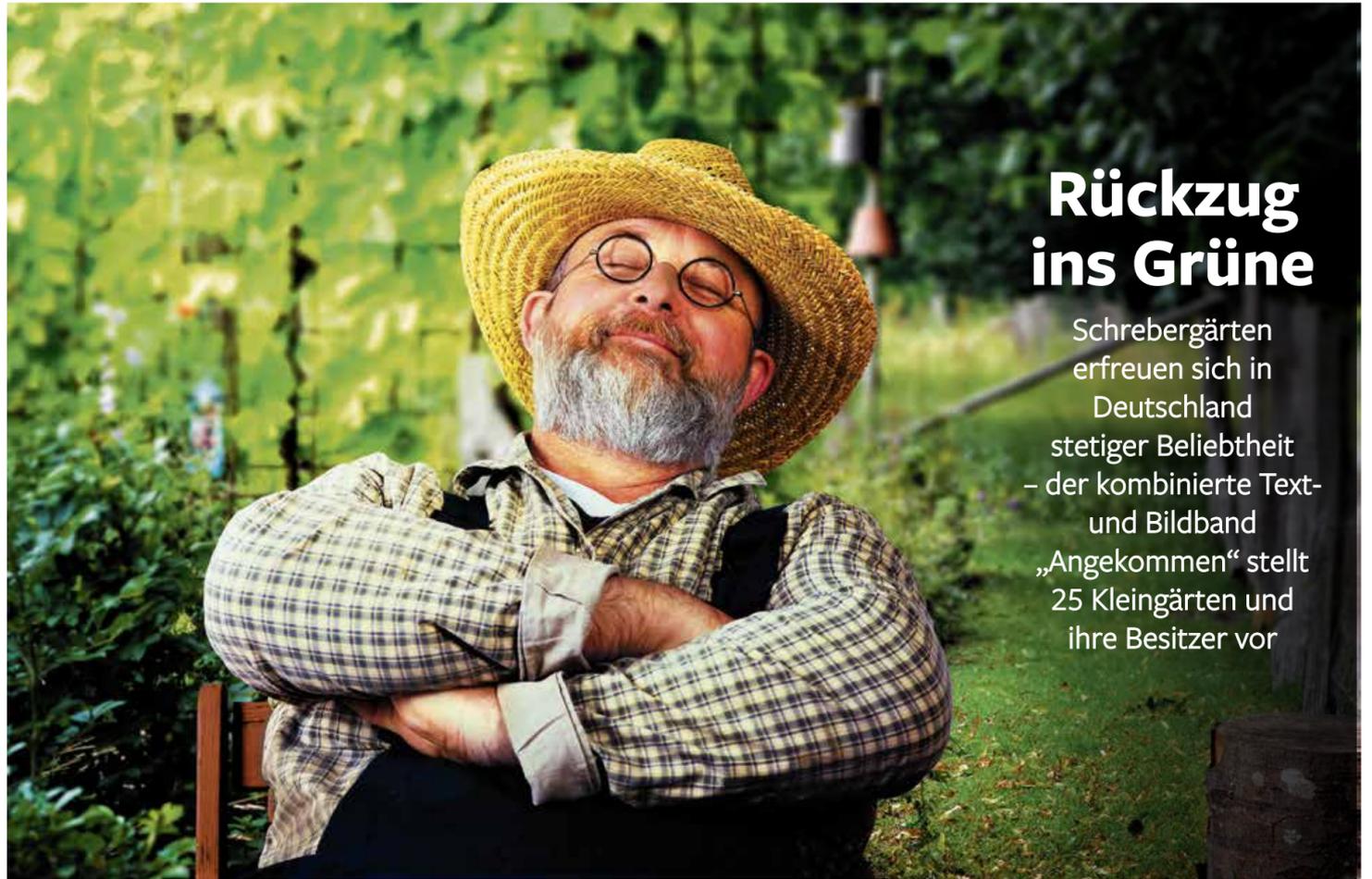


FOTO: IMAGO/Blickwinkel

Rückzug ins Grüne

Schrebergärten erfreuen sich in Deutschland stetiger Beliebtheit – der kombinierte Text- und Bildband „Angeskommen“ stellt 25 Kleingärten und ihre Besitzer vor

Menschen aus allen Teilen der Welt finden Gefallen am Experimentieren und Gestalten von Kleingärten in Deutschland. Die Fotografin Sabine Kress und die Journalistin Kathrin Henschel stellen in ihrem reich bebilderten Buch „Angeskommen – Wo die Welt sich trifft“ 25 Kleingarten-Pächter in ihrer Heimatstadt Mannheim vor. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen – neben Deutschen haben sich Kleingärtner beispielsweise aus Ungarn, Vietnam, Kasachstan, Albanien, Ägypten oder Äthiopien ihre Parzelle gesichert. Sie alle eint die Freude an ihrer Rückzugsoase im Trubel einer Großstadt. Die Kleingärtner präsentieren stolz ihre Erzeugnisse. Jedem Kapitel sind Zitate der Pächter vorangestellt, gefolgt von ihrer Lebensgeschichte. Kochrezepte mit ansprechenden Bildern sowie Erklärungen zu Kräutern und Pflanzen runden das Ganze ab. Die Autorinnen liefern ein gelungenes Porträt moderner Kleingärtner.

Manuela Rosenthal-Kappi



Sabine Kress/Kathrin Henschel: „Angeskommen. Kleingärten – wo die Welt sich trifft“, www.sabine-kress.de/angeskommen, Mannheim 2023, gebunden, 132 Seiten, 32 Euro

ZEITGESCHICHTE

Geschichte zweier deutscher Staaten

Katja Hoyer beschreibt ein differenziertes Bild von den Lebensverhältnissen „Diesseits der Mauer“

VON KARLHEINZ LAU

Der letzte Satz des Buches „Diesseits der Mauer“ drückt die Hoffnung aus: „Es ist an der Zeit, die Deutsche Demokratische Republik als das zu verstehen, was sie ist – ein Teil der deutschen Geschichte jenseits der Mauer.“ Diese Zielsetzung versucht Katja Hoyer begründend zu erreichen. Die Autorin, 1985 in Guben geboren, ging nach dem Geschichtsstudium in Jena nach England, wo sie heute am King's College in London als Geschichtsforscherin tätig ist.

In zehn Kapiteln berichtet sie über die einzelnen Abschnitte der Existenz der DDR vom Anfang 1949 bis zum Ende am 3. Oktober 1990. Das Buch schließt mit einem Epilog zum Thema Einheit. Zur Vorbereitung musste die Autorin eine große Zahl an Gesprächen führen mit Menschen unterschiedlicher Berufstätigkeiten und Herkunft in allen Teilen der DDR, aber auch mit politisch Verantwortlichen, nicht mit Willi Stoph oder Erich Honecker oder Erich Mielke, sondern mit Egon Krenz und Hans Modrow. Des Weiteren musste sie Archive, offizielle und nichtoffizielle Protokolle, Briefe und andere Schriftstücke auswerten. Allein die 22 Seiten Quellennachweise zeigen das Ausmaß der vorbereitenden Arbeit.

Die Art der Darstellung spielt einmal auf der Ebene des Otto Normalverbrauchers verschiedener Berufswege, aber auch führender Funktionäre wie Walter Ulbricht oder Mielke, sowie auf der Ebene

der gestaltenden Politik, also Partei- und Staatsführung. Ein Beispiel: Anklam, Ende Juni 1982. Erika Krüger kehrte mit großer Begeisterung von den Arbeiterfestspielen der DDR in Neubrandenburg zurück. Anschließend wird ihr Alltag in der Heimatstadt in einer Möbelfabrik geschildert. Zusammen mit dem Ehemann, ebenfalls in der Möbelfabrik tätig, führten sie ein finanziell auskömmliches und zufriedenes Leben mit ihren zwei Söhnen in ihrer neuen Wohnung und genossen einen relativen materiellen Komfort. Die Darstellung wird dann auf der Grundlage des Lebens dieser Familie, die in ihrer Realität glücklich in der DDR lebte, weitergeführt zu allgemeinen Aussagen über die Konsumpolitik, die Versorgung, die Engpässe, den Einfluss des Westens, die Intershops, wo nur mit „Westgeld“ gezahlt werden konnte. Aber auch die Befürchtungen der Staatssicherheit um Verluste der sozialistischen Gesinnung werden angesprochen.

An diesen und anderen Beispielen wird deutlich, dass viele Menschen in der DDR zufrieden mit ihrem Leben im real existierenden Sozialismus waren, aber nicht unkritisch ihre Realität beobachteten. Die Liste der Beschwerden war beachtlich: Wohnungsnot, Wartezeiten auf Waren und Dienstleistungen, fehlende Ersatzteile in Industrie und Landwirtschaft, Mangel an Konsumgütern, schlechte Straßen und Gehwege, zunehmende Sorgen um die Umwelt, etwa in den Braunkohlerevieren. Aus diesen Sorgen entwickelten sich bei immer mehr normalen Bürgern das Gefühl einer notwendigen Veränderung

und die entsprechenden Forderungen an die gestaltende Politik. Vornehmlich wurde dies auch durch die Kirchen unterstützt. Ein Schlüsseldatum waren ohne Zweifel die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Hier setzte eine Stimmung bei vielen Bürgern ein, die nicht mehr zurückzudrehen war.

Viele überraschende Erkenntnisse

Hoyer thematisiert die ihrer Meinung nach wichtigsten innen- und außenpolitischen Ereignisse der DDR in ihren Wirkungen auf die Menschen und in den Reaktionen durch die Partei- und Staatsführung, aber auch mit Seitenblick auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Das Buch bringt viele bisher nicht bekannte Informationen und überraschende Erkenntnisse.

Der Passus „Sternberg, Westpolen, Februar 1945“ zeigt nicht nur die Einstellung der Autorin zur polnischen Westgrenze, die damals überhaupt noch nicht anerkannt wurde; es wird aber auch auf das schwierige Problem der Vertriebenen hingewiesen. Die damalige sowjetische Besatzungszone war nicht nur Transitland Richtung Westen, sondern auch Aufnahmezone. Eine Überraschung ist die Tatsache, dass Ulbricht bis zu seiner Entmachtung offensichtlich an der Vision einer Annäherung an die Bundesrepublik festgehalten hatte, sein Nachfolger Honecker hatte dagegen die Vorstellung eines eigenen sozialistischen deutschen Staates, der aber seine Außenpolitik ohne Bevormundung durch Moskau selbst bestimmt. Das zeigen die vertraulichen Kontakte zwischen Ho-

necker und Kohl seit 1983, die ihren Höhepunkt im offiziellen Besuch Honeckers in Bonn 1987 fanden.

Das Buch bringt nicht nur eine Fülle von Informationen, sondern es zeichnet auch ein sehr differenziertes Bild der Lebensgewohnheiten und Einstellungen der Menschen in einem Umfeld, das sich völlig von den Lebensverhältnissen der Deutschen in der Bundesrepublik unterschied. Es werden zwei Linien gezeichnet, in welche die Bürger in Ost und in West 1945 ohne ihr Zutun hineingerieten. Die Ergebnisse waren 1990 die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, beide Teile der deutschen Nachkriegsgeschichte, die mit der Teilwiedervereinigung wieder eine deutsche Geschichte wird. Aber sie muss sich entwickeln, es ist ein langwieriger Prozess, der auch diffamierende Begriffe wie „Jammerrossis“ und „Besserwessis“ überwinden muss. Ein Kommentar kennzeichnet das Buch Katja Hoyers mit den Worten „Es war nicht alles gut in der DDR“, dem ist zuzustimmen. Es wird dringend zur Lektüre empfohlen, vornehmlich auch für die Bundesbürger, die bis heute die neuen Bundesländer noch nicht betreten haben.



Katja Hoyer: „Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949-1990“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 576 Seiten, 28 Euro

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN

St. Petersburg ehrt einen deutschen Philanthropen

88 Jahre nach seiner Zerstörung wurde das vor 134 Jahren aufgestellte Denkmal für Peter von Oldenburg rekonstruiert

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Am 9. August war es endlich soweit: In einem feierlichen Akt wurde vor dem Mariinskij-Krankenhaus in St. Petersburg das rekonstruierte Denkmal Peters von Oldenburg enthüllt. Anwesend waren neben offiziellen Vertretern wie dem St. Petersburger Vizegouverneur Oleg Jergaschow der Direktor der Eremitage Michail Piotrowskij sowie der aus Deutschland angeordnete Herzog Huno von Oldenburg. Letzterer ist der jüngste Sohn von Erbgroßherzog Nikolaus von Oldenburg, der, wie schon der Vorname verrät, ein Patenkind von Zar Nikolaus II. war.

Das Mariinskij-Krankenhaus veröffentlichte auf seiner Homepage einen ausführlichen Bericht sowie eine Fotostrecke des Ereignisses, doch auch überregionale russische Medien wie „Interfax“ und die „Nesawissimaja gazeta“ berichteten.

Unter der musikalischen Begleitung der Militärkapelle der Nationalgarde-Truppen der Russischen Föderation unter der Leitung von Alexander Terjajew wurde das Tuch von dem verhüllten Bronzedenkmal gezogen. Anschließend hielt Piotrowskij, Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen „Lichachev International Charitable Foundation“, welche an der Finanzierung des Projekts mitgewirkt hat, die Eröffnungsrede: „Heute, wo auf der ganzen Welt Denkmäler abgerissen werden, restaurieren wir Denkmäler. Heute muss Russland Verbündete um sich vereinen, und wir ziehen den Hauptverbündeten an – unsere Geschichte, die durch den Fürs-

mals – eine große Rolle spielen wird, damit es freundschaftliche Beziehungen zwischen der Gesellschaft Deutschlands und Russlands gibt, ich hoffe auf eine weitere Zusammenarbeit sowohl mit St. Petersburg als auch mit Russland“, sagte er.

Das Wort ergriff auch Anatolij Sawraschnow, Chefarzt des Mariinskij-Krankenhauses. Er dankte allen, die an der Schaffung des Denkmals beteiligt waren, allen voran dem Bildhauer.

Nach der offiziellen Eröffnung segnete ein orthodoxer Priester das auf einem Granitsockel stehende lebensgroße Denkmal Peters von Oldenburg, das ihn in Militäruniform mit Epauletten zeigt. Seine linke Hand ruht auf einer klassischen Halbsäule mit einem Stapel Bücher darauf, dem Symbol für Wissenschaft und Aufklärung.

An der Veranstaltung nahmen außer den Offiziellen der Gesundheitsbehörde, der Verwaltung und der Politik zahlreiche St. Petersburger und Gäste der Stadt teil, für die es ein historisches Ereignis war.

Wie kommt es, mag man sich fragen, dass gerade in einer Zeit der politischen Eiszeit zwischen Russland und Deutschland die Wiedererrichtung eines Denkmals für einen deutschen Adligen in Russland möglich wurde? Aufstellungsort und Zeitpunkt der Aufstellung des Denkmals sind nicht zufällig gewählt. Die Eröffnung fällt mit dem Geburtstag des Herzogs zusammen, und vor dem Mariinskij-Hospital stand schon einmal ein Denkmal zu seinen Ehren.

Peter von Oldenburg, geboren am 14. Mai 1812 in Jaroslawl und am 2. Mai 1881 in St. Petersburg verstorben, war ein Enkel von Zar Paul I. Er ist ein Prinz der russischen Nebenlinie aus dem Haus der Gottorf'schen Oldenburger. Er entstammt der Ehe von Herzog Georg von Oldenburg und der Großfürstin Katharina Pawlowna, der Schwester von Zar Alexander I. Peters Vater starb schon kurz nach seiner Geburt, und als die Mutter 1816 Wil-



Ölgemälde aus dem Bestand der Eremitage: Herzog Peter von Oldenburg

helm von Württemberg heiratete, der bald darauf König von Württemberg wurde, zogen Peter und sein älterer Bruder Alexander nach Stuttgart. Nach dem Tod der Mutter und des Großvaters, bei dem die Söhne zuletzt gelebt hatten, berief Peters Mitvormund Zar Nikolaus I. ihn nach Russland zurück, wo er seinen Militärdienst ableisten sollte.

Zu dieser Zeit war Peter als Kandidat für den griechischen Thron vorgesehen, doch der Zar bestand auf dessen Rückkehr nach Russland. Seinen Militärdienst begann er beim Preoboraschenski Leibgarderegiment des Zaren und brachte es bis zu seinem Ausscheiden aus dem Militär im Jahr 1834 zum Generalleutnant.

Fürst Pjotr Oldenburgskij, wie die Russen ihn nennen, bekleidete wichtige Regierungsämter. Er war Mitglied des Staatsrates, Vorsitzender des Departements für zivile und geistliche Angelegenheiten,

Hauptverwalter des Amtes für die Institutionen der Zarin Maria, Präsident der Kaiserlichen Freien Wirtschaftsgesellschaft sowie Gründer und Vorsitzender der Russischen Gesellschaft für Völkerrecht. Aus privaten Mitteln gründete er die Kaiserliche Rechtsschule in St. Petersburg.

Peter von Oldenburg steht aber vor allem für sein beispielloses karitatives Engagement. Ihm ist es zu verdanken, dass in St. Petersburg Armen- und Waisenhäuser sowie Schulen und Krankenhäuser eröffnet wurden. Insbesondere setzte er sich für die Mädchen- und Frauenbildung ein. Er hatte in Oldenburg bereits 1836 eine höhere Mädchenschule eingerichtet, aus der später das heute noch bestehende Gymnasium Cäcilien-Oldenburg hervorging.

Soziales Engagement

1858 gründete Peter das erste öffentliche Mädchengymnasium Russlands, das allen Ständen offenstand. Bei dieser Initiative unterstützte ihn die ebenfalls deutschstämmige Zarin Maria Alexandrowna. Außerdem initiierte und finanzierte Peter 1869 das nach ihm benannte Kinderkrankenhaus, das nach der Oktoberrevolution 1917 den Namen des Kinderarztes Rauchauf erhielt. Auch mit dem Mariinskij-Krankenhaus ist der Herzog durch sein wohlätiges Wirken verbunden. Er leitete das Armenkrankenhaus 40 Jahre lang und unterstützte weitere Krankenhäuser in St. Petersburg.

Das erste Denkmal wurde am 17. Juni 1889 in St. Petersburg vor der Hauptfassade des Mariinskij-Krankenhauses enthüllt. Es befand sich vor der Umzäunung des Krankenhauses auf der Seite des Ljutejnij-Prospekts und war der Straße zugewandt. Die Oktoberrevolution 1917 brachte eine Zäsur, da die Bolschewiki beschlossen hatten, dass alle Denkmäler für

„die Zaren und ihre Diener“ in Russland zerstört werden müssten. 1930 wurde das Denkmal auf der Grundlage eines Dekrets vom 12. April 1918 abgerissen. Ein Vertreter des Volkskommissariats für Bildung in Leningrad verunglimpfte ihn 1929: „Der Prinz war edel, aber nicht reich, und nachdem er die Gründung gemeinnütziger Einrichtungen zu seinem ‚Beruf‘ gemacht hatte, beraubte er sie erfolgreich. Die Präsenz seiner Denkmäler auf den Straßen Leningrads ist völlig unangemessen.“

Die Geschichte belegt dagegen, dass der Prinz sein Vermögen für wohltätige Zwecke spendete. Daneben trat er auch als Dichter und Komponist hervor und stand mit bedeutenden Künstlern seiner Zeit in Kontakt.

Dass Peter von Oldenburgs katitatives Engagement in Russland nicht vergessen ist, bezeugt unter anderem die Durchführung von Jubiläumsveranstaltungen im Jahr 2012 zu Ehren seines 200. Geburtstages durch die Stiftung des Oligarchen Oleg Deripaska „Volnoe Delo Foundati-

„... jede Handlung, die zeigt, dass wir noch ein Teil der zivilisierten Welt sind, (ist) ein Vergügen.“

Dmitrij Trawin
Schriftsteller

on“. Mit Unterstützung der Stiftung wurde auch das Buch „Fürst Peter Georgijewitsch Oldenburgskij“ herausgegeben, das Aufnahme in die russische Nationalbibliothek fand.

Das Mariinskij-Krankenhaus ist heute ein modernes und hochtechnologisches multidisziplinäres Krankenhaus mit einer Kapazität von mehr als 1000 Betten sowie eines der ältesten Krankenhäuser in St. Petersburg. Die Einrichtung verfügt über 28 Abteilungen – 23 spezialisierte medizinische und fünf Hilfsabteilungen sowie 15 Diagnose- und Behandlungsabteilungen und -dienste. Jährlich werden hier rund 300.000 Menschen stationär und ambulant versorgt. Im Juni wurde das Krankenhaus 220 Jahre alt.

An engste Beziehungen erinnern

Die Denkmalenthüllung fand just zu einem Zeitpunkt statt, da der deutsche Botschafter die russische Hauptstadt verlassen hat und bei seinem Abschiedsempfang sagte, dass „Russland sich vom Westen ... fernhalten will“. Der in der „Nesawissimaja gazeta“ erschienene Artikel anlässlich der Denkmaleinweihung sieht in der Tatsache, dass man sich in Russland an die guten deutsch-russischen Beziehungen erinnert, ein positives Zeichen und eine Einladung zum Dialog für die deutsche Bundesregierung. Es gehe darum, „die Nachwelt an die engsten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland in der Vergangenheit zu erinnern und die Bedeutung der aktuellen russisch-deutschen Beziehungen für die Zukunft Europas in diesem Licht zu betrachten“.

Der Schriftsteller und Publizist Dmitrij Jakowlewitsch Trawin resümierte: „Vor dem Hintergrund des Massen- ‚Wahnsinns‘ ist jede Handlung, die zeigt, dass wir noch ein Teil der zivilisierten Welt sind, ein Vergügen.“

„... dass nicht nur die historische Wahrheit und Gerechtigkeit gesiegt haben, sondern wir auch das historische Gedächtnis wiederherstellen.“

Oleg Jergaschow
Vize-Gouverneur St. Petersburg

ten von Oldenburg und alle Klassen und Kategorien von Menschen repräsentiert wird, die unabhängig von ihren Vor- und Nachnamen und Titeln Russland gedient haben.“

Jergaschow pflichtete seinem Vorredner bei: „Heute sind wir zusammengekommen, um zu sagen, dass nicht nur die historische Wahrheit und Gerechtigkeit gesiegt haben, sondern dass wir auch das historische Gedächtnis wiederherstellen. Pjotr Georgijewitsch Oldenburgskij ist nicht nur der Gründer des Mariinskij-Krankenhauses, sondern auch der Gründer, Philanthrop, Denker und Wissenschaftler vieler Richtungen, die die Entwicklung des Landes ermöglicht haben.“

Huno von Oldenburg bei der Eröffnung zugegen

Der Ururenkel Herzogs Peter, Herzog Huno von Oldenburg, bemüht sich seit 1989 darum, die oldenburgisch-russischen Beziehungen wieder zu knüpfen und hat sich seit Jahrzehnten für die Wiedererrichtung des Denkmals des Herzogs Peter in St. Petersburg eingesetzt. „Ich hoffe, dass das heutige Ereignis – die Eröffnung des Denk-



Feierliche Enthüllung des Denkmals für Peter von Oldenburg vor dem Mariinskij-Krankenhaus in St. Petersburg: Eremitage-Direktor Michail Piotrowskij (l.), Vizegouverneur Oleg Jergaschow (M.) und Herzog Huno von Oldenburg (r.) zerschneiden das Band



● AUFGESCHNAPPT

Der Krankenstand der Deutschen ist in die Höhe geschneit, jeder zweite hat sich dieses Jahr bereits krankschreiben lassen, so die Krankenkasse DAK. Vor allem seelische Erkrankungen haben sprunghaft zugenommen, die nicht selten in körperliche Folgeerkrankungen münden. Als Ursachen führen Medien Nachwehen von Corona-Panik und Lockdown-Belastungen an oder die Klima-Angst oder Befürchtungen wegen des Ukrainekrieges. Eher selten werden psychische Belastungen durch die aktuelle Politik thematisiert. Statt den deutschen Halt zu geben in dieser unsteinen Zeit, gießen die führenden politischen Köpfe des Landes noch Öl ins Feuer. So fürchten wegen der Heiz- und Wärmedämmungspläne der Ampel Millionen um ihr sicher geglaubtes Heim. Dass dies seelisch an die Nieren geht, darf nicht verwundern. Und da das geplante Gesetz weder technisch noch finanziell umsetzbar ist und sogar rechtliche Hürden dagegen stehen, drohen etliche Jahre der völligen Unsicherheit, wie es weitergehen wird. Ja, das kann krank machen. H.H.



Quo vadis, Frau Baerbock?

● STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Iken empfiehlt im „Hamburger Abendblatt“ (11. August) den harten Asylkurs Dänemarks, das sogar nach Syrien abschiebe:

„In Dänemark ist es eine sozialdemokratische Regierung, die den harten Kurs verfolgt ... Die Dänen wissen, was der Ökonom Milton Friedman einst postulierte – man kann einen Sozialstaat haben oder offene Grenzen, beides aber sei auf die Dauer nicht möglich.“

John Lydon, früherer bekannt als Johnny Rotten und als Urvater des Punk („Sex Pistols“) in die Musikgeschichte eingegangen, wirft in der „Welt“ (9. August) einen kritischen Blick auf die westlichen Gesellschaften:

„Die Welt ist viel zu weit nach links gerückt. Es gibt nur noch Symbolpolitik: Sie laden Schwarze zum Abendessen ein, weil sie schwarz sind und weil es trendy ist. Es ist aber vor allem herablassend ... Die Politik zerstört die Werte der Arbeiterklasse, die auf Empathie, Liebe und Respekt basieren ... Das sind alles Werte, die jetzt zugunsten eines modischen Elitismus beiseitegeschoben werden.“

Ralf Schuler nimmt auf „nius.de“ (12. August) die von der Ampel geplante Anhebung der CO₂-Bepreisung auseinander:

„Das Kuriose an der geplanten CO₂-Bepreisung ist ...: Aus Angst vor sozialen Verwerfungen und einem Abwürgen der Wirtschaft hat die Bundesregierung Gas, Strom und Kraftstoffe mit Milliarden an Steuermitteln heruntersubventioniert und diskutiert derzeit ähnliches für den in Deutschland nicht konkurrenzfähigen Industriestrom. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung mildert einen Preis-Effekt ab, den sie in Zukunft Jahr für Jahr verschärfend selbst herbeiführen möchte.“

Wenn etwa Drogenszene und Kinder aufeinandertreffen in Berlins Problemzonen, antworten Politiker oft beschwichtigend, dies sei eben ein „Platz für alle“. Dem widerspricht Moritz Einhorn in der „Berliner Zeitung“ (13. August) und warnt Bürgermeister Kai Wegner (CDU) vor dem Bruch seines Wahlversprechens:

„Mit seiner harten Haltung zu den Krawallen hat Kai Wegner die Wahl gewonnen. Wenn Wegner sich jetzt wie viele seiner Vorgänger für Kosmetik statt Konsequenzen entscheidet, wenn die Lage ‚tabuisiert wird‘ wie ein Vertreter der Anwohner vom Leopoldplatz den bisherigen Umgang mit dem Problem nannte, dann bekommen wir am Ende weder Plätze für alle noch für manche, sondern für keinen.“

Im britischen Online-Magazin „Spiked“ (14. August) sagt Fraser Myers zur Debatte um ein AfD-Verbot:

„Die AfD zu verbieten wäre ein brutaler Angriff auf die Demokratie. Es brächte Millionen deutscher Wähler zum Schweigen. Das Establishment schließt die Reihen gegen das Volk.“

● WORT DER WOCHE

„Wir haben einen Wirtschaftsminister, der sich nicht um die Wirtschaft kümmert.“

Peter Hübner, Präsident des Bauindustrieverbandes HDB, gegenüber der „Bild“-Zeitung vom 15. August über Wirtschaftsminister Robert Habeck

DER WOCHENRÜCKBLICK

Passt gerade nicht

Warum Kerosin plötzlich nicht mehr „klimaschädlich“ ist, und was auf Maui wirklich geschah

VON HANS HECKEL

Das ist ja mal ganz was Neues: Nachdem der Feldversuch für den Bau eines Oberleitungsnetzes für elektrisch betriebene Lastwagen offensichtlich fehlgeschlagen ist, soll eine der drei Teststrecken wohl bald abgerissen werden! Wirklich beeindruckend, wie gründlich der Versuch fehlgeschlagen ist, selbst für unser Deutschland nach 16 Jahren Merkel und unter der Ampel.

Die Teststrecke in Baden-Württemberg wurde von aufgewirbeltem Streusalz lahmgelegt, technische Probleme und organisatorisches Chaos begleiteten das Projekt von Anfang an. Überhaupt hatten Experten den Ausbau eines flächendeckenden Netzes an 4000 Kilometern Autobahn schon beim Start des Tests als „völlig utopisch“ verworfen. Warner wiesen zudem darauf hin, dass die gewaltigen Bauten die Landung von Rettungshubschraubern auf der Autobahn unmöglich machten. Die Öko-Bilanz fiel verheerend aus, und dann kostete der Spaß bislang auch noch stolze 190 Millionen Euro.

Ja, ja, alles so weit verstanden. Aber das Ding stoppen, nur weil es bestialisch teuer ist und – vollkommen absehbar – sowieso niemals funktionieren wird? Das überrascht uns dann doch ganz erheblich. Normalerweise lautet die Devise in solchen Fällen: Dann machen wir eben mehr davon, bauen ordentlich aus und versenken Finanzmittel in diesem Blödsinn, bis es kracht. „Es ist ja nur Geld“ lautet das Bonmot unseres Wirtschaftsministers bei derartigen Gelegenheiten, das uns ebenso im Gedächtnis haften blieb wie Habecks sagenhafte Auslassungen zum Thema Insolvenz.

Diese Marschrichtung schlug unsere Politik schon bei der Euro-Krise ein und setzt sie mit ihrem Angriff auf die Heime und Heizungen der Bürger fort. Auch das wird nicht funktionieren, wie wir uns hier neulich zusammengerechnet haben. Aber dann machen wir's eben umso doller.

Aber manchmal geht es eben wirklich nicht mehr. „Nichts klappt“ titelten wir vergangene Woche, ohne zu ahnen, auf welche plastische Weise uns das Auswärtige Amt in dieser recht pauschalen Bestandsaufnahme bestätigen sollte. Die ganze Welt lacht über eine deutsche Außenministerin, die es selbst beim zweiten Anlauf nicht schafft, von Abu Dhabi nach Australien zu fliegen, weil der

Schrottvogel der Flugbereitschaft die Startklappen nicht eingefahren bekommt. Das Geld für die Instandhaltung kann halt schon mal knapp werden, wenn man 137.000 Euro jährlich für die Visagistin von Frau Baerbock aufwenden muss. So geht das heute: Sie kriegen zwar nichts gebacken, sehen aber toll dabei aus! 200.000 Liter Kerosin mussten bei den gescheiterten Starts in die Luft gesprüht werden, um eine sichere Landung auf dem Ausgangsflughafen zu gewährleisten.

Ist das nicht auch umweltschädlich? Nicht doch, springt der WDR der Regierung bei: Nur ganz wenig davon lande auf dem Boden, das meiste verdunste in der Atmosphäre. In der Atmosphäre also – und was sagt das Klima dazu? Gar nichts, weil das nämlich jetzt gerade nicht passt.

Denn passen müssen die Geschichten schon, die man uns erzählt. Nicht zur Wirklichkeit natürlich, aber auf jeden Fall zum großen „Narrativ“. So wusste besagtes Außenamt zu dem entsetzlichen Feuer auf der Hawaii-Insel Maui umgehend zu schlussfolgern, dass wir hier einen klaren Beleg für die „tödliche“ Bedrohung durch die „Klimakrise“ vor uns hätten. Es kamen bekanntlich fast hundert Menschen ums Leben.

Die Wähler gehören bestraft

Wer etwas näher hinguckt, dem springt der Vergleich zum Ahrtal ins Gesicht: ein monströses Versagen der Behörden. Auf Maui wurde zunächst gar nicht gewarnt. Die Gefahr zeigte sich den Leuten längst in gewaltigen Rauchsäulen, während Sirenen und Warnapps noch gemütlich schwiegen und öffentliche Verlautbarungen versprachen, man habe die Sache unter Kontrolle. Nichts hatte man. Und als die Warnungen und Evakuierungen endlich anliefen, war es eben für entsetzlich viele Menschen zu spät.

Diese Nachricht ist aber nicht „hilfreich“. Denn die Einsicht, dass behördliches Versagen für die hohe Opferzahl verantwortlich sein könnte, liegt quer zur Erzählung, hier sei das Ergebnis einer „Klimakrise“ zutage getreten. Wenn ein Schiff wegen schlampiger Wartung unter der Aufsicht eines desinteressierten Kapitäns absäuft und dabei fast hundert Menschen ertrinken, weil sie nicht rechtzeitig gewarnt wurden, verweisen Kapitän und Mannschaft gewiss auch lieber auf das schwierige Wetter als Urheber der Katastrophe. Noch dazu, wenn es ihnen gelingt, die Menschheit, also irgendwie sogar die Ertrun-

kenen, für das Wetter mitverantwortlich zu machen wie in der beliebten Erzählung von der „Klimakrise“

Die Wahrheit über die Tragödie von Maui ist noch aus einem zweiten Grund zu sperrig, um sie in der Öffentlichkeit groß auszubreiten. Hinter behördlichem Versagen steht bekanntlich immer auch ein politisches. Die Politik übt schließlich die Aufsicht über den Apparat aus, sie ist der Kopf des Fisches. Die Regierung des Staates Hawaii, dem der Katastrophenschutz auf Maui unterliegt, steht aber politisch links, es sind Demokraten, die dort seit vielen Jahren das Zepter führen. Wären es Republikaner, ließe sich über die Versäumnisse des Gouverneurs sicher eine eigene Geschichte schreiben, die man uns ganz gewiss auch in Deutschland sehr gern erzählt hätte. Insbesondere, wenn der Typ womöglich zum Trump-Lager in seiner Partei zählte. Aber so?

Die Buchung des Unglücks aufs Konto der „Klimakrise“ bietet überdies die Chance für die Politik und ihr nahestehende Medien, die eigene Bevölkerung beim Kragen zu packen. Schließlich sollen an der „Krise“ ja die Menschen schuld sein wegen ihres sündigen Lebenswandels, ganz besonders natürlich die deutschen Menschen. So schiebt man die Verantwortung ganz sachte von einer linken Regierung und deren bräsigter Verwaltung auf die eigenen Bürger, auf dass deren Schuldgefühle erblühen mögen. Schuldgefühle machen gefügig. Wer sich schuldig vorkommt, der sehnt sich nach Vergebung und tut daher, was der Ankläger von ihm verlangt.

Wehe ihm, wenn nicht! Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede zum Jubiläum des Herrenchiemsee-Konvents, wo vor 75 Jahren das Grundgesetz entworfen wurde, das Richtschwert aus der Scheide gezogen und es grollend vor das Volk gehalten: „Kein mündiger Wähler kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehenden Auges politische Kräfte stärkt, die zur Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen.“

Wenn er mit diesen „Kräften“ meinte, darüber war sich die Medienwelt rasch einig, und das Bundespräsidialamt hat da auch nicht widersprochen: die AfD. „Mildernde Umstände“ ist ein Begriff aus dem Strafrecht. Ein Bundespräsident droht Oppositionswählern also mit der eisernen Härte des Strafrechts. Und das ausgerechnet zur Feier des Grundgesetzes – sehr aufschlussreich!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de